PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 - Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – . Die Zeitung wurde am Dienstag, 30. März 1976, fertiggestellt.

1. April 1976 Jg. 4 Nr. 13 50 Pfennig

Baden-Württemberg:

CDU und SPD wetteifern in der Reaktion

Die „Frankfurter Rundschau", Organ der „linken" Sozialdemokratie, versucht zu retten, was zu retten ist. Im Wahlkampf zum Landtag von Baden-Württemberg hat die SPD das Bild eines abgeschminkten Watschenmannes geboten. Allen voran Erhard Eppler, der Pfaffe, mit dem man ausgerechnet Arbeiter fangen will.

Die Sozialdemokraten, und die „Frankfurter Rundschau" führt es bloß öffentlich vor, versuchen jetzt schon die Schuld an ihrer Wahlniederlage den Volksmassen, die nicht fortschrittlich genug für den prächtigen Eppler sind, anzulasten.

Schwarz in schwarz wird Baden-Württemberg gemalt. Filbinger kann sich dort aufführen wie ein Landesfürst. Auf dem Marktplätzen wird er angeblich von seinem Staatssekretär angekündigt: „Ein Hoch dem edlen Landesvater", und verabschiedet „Habt Dank für Euren Volksbesuch". Wers nicht glaubt, so die „Frankfurter Rundschau", kennt sich im Ländle nicht aus.

Nicht nur daß Filbinger ein Reaktionär ist. Nein, die Bevölkerung selber ist reaktionär. Machtlos stünden SPD und FDP daneben, und besonders machtlos Erhard Eppler, der zu gut für diese Welt ist.

Die „Frankfurter Rundschau" versucht die Tatsache zu vertuschen, daß die Bevölkerung in Baden-Württemberg zwischen drei reaktionären Parteien zu wählen hat und daß die CDU hier das Geschäft der Demagogie besser versteht wie der halbe Pfaffe Eppler.

Die CDU führt den Wahlkampf als Verteidigerin des Fortschritts und der Freiheit und als Schutzmacht vor dem Sozialismus.

Sozialismus, das ist das, was die SPD vorhat, sagt Filbinger. So schadet die SPD nicht nur sich selber, was erträglich wäre, sondern auch noch dem Sozialismus. Es ist ein Glück, daß Eppler alles heftig abstreitet.

Schon immer hätte die SPD die Freiheit erfolgreich gegen den Kommunismus verteidigt. Das ist insofern richtig, als die SPD tatsächlich ein erbitterter Feind des Kommunismus ist.

„Fleiß und Erfindungsreichtum haben den Fortschritt geschaffen, von dem wir leben", blökt die CDU. Vertuscht wird dabei, daß es ganz verschiedene Leute sind, die Erfindungsreichtum haben, fleißig sind und den Fortschritt schaffen, und diejenigen, die davon leben.

Tatsache ist: Baden-Württemberg ist dicht industrialisiert. Die Ausbeutungsrate ist hoch. Die Kunst der Schweißauspressung haben die Kapitalisten hoch entwickelt.

Filbinger versucht die Arbeiterklasse bei dem Stolz zu fassen, den eine Klasse zu Recht hat, die die ganze Gesellschaft ernährt. Allerdings ist heute schon sicher, ein Einbruch in die Industriearbeiterschaft wird dem Reaktionär Filbinger nicht gelingen. Das ist ausgeschlossen.

Bloß befindet sich die Arbeiterbewegung unter Führung der SPD. Das ist der Grund dafür, warum die Arbeiterklasse nicht die Volksmassen führen kann und gegen die Reaktion um sich scharen.

Das ist auch der Grund, warum in den Landtagswahlen Stimmanteile für die CDU bis zu 80 Prozent vorkommen. Die SPD hetzt traditionell gegen die Bauern. Wo es doch in Wirklichkeit so ist, daß Arbeiter und Bauern ausgezeichnet gegen die Kapitalistenklasse zusammenstehen können. Immerhin produzieren die Bauern materiellen Reichtum und wissen, was Arbeit ist, ganz anders wie der Grundstücksspekulant Filbinger, der Hotelbesitzer ist und Kinder ausbeutet.

So zieht die CDU durch die Lande. Es ist natürlich überhaupt nicht wahr, daß Filbinger und seine Leute damit ungestört durchkommen. Mit Filbinger zieht eine Schwadron Polizei, daran allein kann man schon sehen, wie beliebt er sich fühlt. In Heidelberg hatte er 1 500 Leute auf einer öffentlichen Kundgebung. Die meisten davon gegen sich. In Freiburg hat er sich zusammen mit Kohl kaum halten können. Bloß die Sozialdemokraten kommen nicht mit ihm zurecht. Aber wie sollten sie auch. „Ein Mann kämpft für eine ehrliche Politik" ist die Losung, mit der die SPD antritt.

Gleichzeitig stellt sich Eppler hin bei einem Kurzarbeiterstand, der in der ganzen Bundesrepublik am höchsten ist, und sagt: „In den Betrieben wird wieder voll gearbeitet." „Ehrliche Politik".

Im Wahlkampf macht die SPD eine heftige Agitation gegen den Filbinger-Erlaß, der die Aufhebung der Berufsschulpflicht bedeutet. Das Berufsbildungsgesetz, das die Regierung in Bonn verabschiedet hat, legt das kein Jota anders fest.

Das ist ehrlich? Die SPD-ler sind tatsächlich gelähmt, weil sie soviel lügen müssen. Das einzige von Grund auf Ehrliche, was der Eppler gesagt hat, ist, daß er nicht meint, daß es 150 Sorten Wurst geben muß und 300 Sorten Brot. Das sagt der Mann zu einem Zeitpunkt, wo die Lohnentwicklung die Frage der Wurstsorten sowieso klärt.

Da hat es Filbinger wirklich leicht, der kurz angebunden feststellt, er sei gegen eine „sozialistische Einheitswurst". Dabei kann er vertuschen, daß er dabei ist, den Arbeitern die ganze Wurst vom Brot zu stehlen.

Die DKP, die seit ihrer Gründung versucht, im Windschatten der SPD mitzuziehen, hat sich zurückgehalten. Im Unterschied zu Bremen, wo sie ihren Mitgliedern das Letzte abverlangte, unter Berufung auf gefälschte Umfragen, man käme hart an die 5-Prozent-Grenze, tut sie in Baden-Württemberg so gut wie nichts. Diese Revisionisten wissen, daß sie gegenwärtig auch mit der intensivsten Wahlkampfführung ein weiteres Abbröckeln ihrer Stimmen nicht verhindern können. Sie warten auf bessere Zeiten.

Fortsetzung Seite 2

SPD stimmt zu: Sonntagsarbeit für Jugendliche

Im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat die SPD der vom Bundesrat geforderten Aufhebung des Sonntagsarbeitsverbots für Jugendliche im Hotel- und Gaststättengewerbe jetzt zugestimmt. Wie wir in der letzten Nummer der KVZ berichtet hatten, war ein entsprechender Antrag von dem Ministerpräsidenten Filbinger im Bundesrat eingebracht worden. Der fromme Mann ist selbst an Hotels beteiligt, die ihren Profit hauptsächlich aus der Ausbeutung von Lehrlingen ziehen. (Siehe auch Seite 8)

Seite 3
Währungskrise
Seite 6
Ein Siemensarbeiter berichtet von der Aktionärsversammlung
Seite 7
Polizeieinsatz gegen Postdemonstration
Seite 14
Sadat in der BRD
Seite 15
Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" und der Klassenkampf in China



ÖTV-Aktion in Freiburg. Siehe Seite 7.

Lohnauseinandersetzungen:

Dem Lohnkampf soll die staatliche Plünderung folgen

Nach den Abschlüssen in den meisten Bereichen der IG Metall äußert sich die bürgerliche Presse kaum noch zu den Lohnauseinandersetzungen. Man merkt gut, daß die Kapitalistenklasse den Eindruck hat, angesichts der Kampfbereitschaft der Arbeiter bis jetzt gut über die Runden gekommen zu sein. Man will auf die Tarifauseinandersetzungen den Deckel drauf bekommen, noch bevor sie abgeschlossen sind. Auf dieser Linie liegt es auch, wenn die Schlichtungsverhandlungen im öffentlichen Dienst an geheimem Ort stattfinden. Alle Beteiligten, Kapitalisten, bürgerliche Politiker und bürgerliche Journalisten genauso wie sozialdemokratische Gewerkschaftsführer wissen gut, welcher Sprengsatz in der Lohnfrage enthalten ist. Niemand soll mehr an ihn rühren.

Gleichzeitig ist das IFO-Institut für Wirtschaftsforschung mit Berechnungen an die bürgerliche Öffentlichkeit getreten, in denen es aufzeigt, daß den Arbeitern und Angestellten in diesem Jahr von jeder Mark Lohnerhöhung gerade 41 Pfennig bleiben werden nach Abzügen der Steuern. Nach dem Lohnraub durch die Kapitalisten in den Tarifauseinandersetzungen steht ein weiterer Raubzug, nun von seiten des Staates, bevor. Das „Handelsblatt", Leib- und Magenzeitung der Kapitalisten, meldet scheinheilig: „Die Arbeitnehmer werden jedoch von ihren Einkommensverbeserungen in diesem Jahr nur wenig spüren. Im Jahr 1974 verblieben ihnen von jeder zusätzlich verdienten Mark im Schnitt 60 Pfennige. Durch die Entlastungswirkung der Steuerreform waren es im vergangenen Jahr allerdings 80 Pfennige. In 1976 werden es jedoch nur 41,4 Pfennige sein, die ihm von jeder zusätzlichen Mark übrig bleiben. Fiskus, Kirche und Sozialversicherung werden in einem Zugriff von bislang nicht bekannter Drastik fast 60 Pfennige kassieren, befürchten die Konjunkturforscher."

„In diesem Jahr wird die Durchschnittsbelastung der Bruttolohngehaltssumme wieder stärker, nämlich um 1,7 Prozentpunkte auf 29,8 % steigen. Die Lohnsteuerlastquote wird mit 15,5 % (im Vorjahr 14,6 %) über dem Niveau vor der letzten Steuerreform von 15,1 % in 1974 liegen. Das Lohnsteueraufkommen wird auf 78,4 (im Vorjahr 69,98) Milliarden DM steigen."

Trotz anhaltender Arbeitslosigkeit und verminderter Beschäftigung will also der bürgerliche Staat aus der Gesamtheit der Lohnabhängigen mehr Geld als jemals herausholen.

Es ist wirklich so: Hat der Kapitalist aus der Arbeitskraft der Arbeiter herausgeholt, was nur drin ist, und verläßt der Arbeiter kaputt und mit geringerem Lohn die Fabrik, dann stürzen sich die Kapitalisten als Warenverkäufer, Vermieter usw. auf ihn und plündern ihn durch Preissteigerungen aus. Der größte Räuber aber ist der Staat der Kapitalistenklasse. Er erledigt seine Räuberei ganz kalt und geschäftsmäßig, zwischen der Lohnauszahlung auf dem Papier und der Lohnüberweisung auf das Konto. Der Kapitalist selber tritt als der Steuereinzieher auf.

Anders als für den Arbeiter sieht die Sache für den Kapitalisten aus. Hat er den Arbeiter in der Fabrik erst ausgebeutet und ihm das Mark aus den Knochen gesogen, hat er ihm erst den Lohn gedrückt, dann zieht er ihm den Rest durch Preissteigerungen aus der Tasche. Über Steuern jammern die Kapitalisten zwar, aber zu klagen haben sie nicht: Nach den gleichen Berechnungen lagen die Steuern, die die Kapitalisten direkt bezahlen, bereits 1975 3,3, % niedriger als im Vorjahr. 1976 werden sie mit 7,1 Milliarden auf den Stand von 1967 absinken. Die Steuern auf den Umsatz aber geben die Kapitalisten als Warenverteuerung an die Masse der Lohnabhängigen weiter.

Wer nun meint, sinkende Steuern beruhen auf sinkenden Gewinnen, der täuscht sich. Für die Gewinne rechnen die Wirtschaftsinstitute gegenwärtig mit einer 20 %-Steigerung im Durchschnitt, für einzelne Bereiche wie Stahl mit 100 %, Chemie 35 %, Automobilbereich mit 35 %.

Das Geheimnis liegt nicht in sinkenden Gewinnen, sondern in der Tatsache, daß der Staat der Staat der Kapitalistenklasse ist und durch seine Steuern von den Lohnabhängigen holt, was die Kapitalisten übriglassen, um es den Kapitalisten zuzustecken.

Auch diese Tatsachen müssen die Arbeiter und alle Lohnabhängigen berücksichtigen, wenn sie die Lohnfrage in den Tarifauseinandersetzungen aufwerfen.

Palästina: Generalstreik gegen die zionistischen Besatzer

Am Dienstag, dem 30. März, hat in den vom israelischen Zionistenstaat besetzten Gebieten Palästinas der angekündigte Generalstreik stattgefunden. Die Besatzer konnten ihn durch Verschärfung der Unterdrückung und Spaltung nicht verhindern. Bis zuletzt hat die bürgerliche Presse Gerüchte in die Welt gesetzt, daß er gar nicht stattfinden wird. Sie hatte Furcht vor dem Scherbenhaufen ihrer Propagandalügen, den der Ausbruch des Generalstreiks unweigerlich bedeuten mußte. Jetzt hat sie ihn. Den Generalstreik und den Scherbenhaufen.

Die palästinensischen Massen kämpfen gegen die Besiegelung der zionistischen Besatzung, die durch die Enteignung von 2 000 Hektar arabischen Bodens erreicht werden soll. Den 30. März haben sie zum „Tag des Bodens" erklärt. Der Generalstreik ist Höhepunkt und Zuspitzung der Massenkämpfe gegen die Besatzermacht. Diese kann nur mit Verschärfung der Unterdrückung antworten. Sechs Kämpfer wurden am Dienstag erschossen, Hunderte verhaftet. Am Sonntag war die Polizei in einer Araberschule in Ost-Jerusalem und hatte 50 Schüler und drei Lehrer verhaftet. Am Montag haben die palästinensischen Lehrer den Unterricht ausfallen lassen.

Nicht nur in den nach 1967 besetzten Gebieten wird gekämpft. Im ganzen Zionistenstaat haben die palästinensischen Arbeiter gestreikt. In Haifa, mitten im Zentrum des Siedlerstaates, rebellieren Jugendliche gegen die Kolonialmacht.

Die bürgerliche Presse beschränkt sich auf knappe Berichterstattung. Die Wahrheit kann sie nicht mehr unterdrücken, sie möchte sie zumindest verstecken. Das Fernsehen beschränkt sich auf Filmdokumente, die rebellierende Massen und den brutalen Einsatz von Armeeeinheiten zeigen müssen.

Alle zusammen haben sie behauptet, daß der Zionistenstaat eine Friedensmacht sei. Es zeigt sich, daß dieser Staat eine Besatzermacht ist, seine Existenz auf Vertreibung und Unterdrükkung des palästinensischen Volkes gründet. Das war schon immer so. Die Kämpfe in den besetzten Gebieten verhelfen jedoch der Wahrheit zum Durchbruch.

Behauptet haben sie, daß Israel das Land entwickle. Verschwiegen haben sie, daß die Zionisten durch Ausrottungsfeldzüge und Errichtung einer Gewaltherrschaft ein Land unterjocht haben, das vom palästinensischen Volk fruchtbar gemacht worden war. Den Palästinensern wurde das fruchtbare Land genommen. Es ist den zionistischen Siedlern vorbehalten. Die produzierten Reichtümer werden zur Durchfütterung einer militarisierten Volkswirtschaft benutzt und zur Tributzahlung an die Imperialisten. Auch die jetzige Enteignung arabischen Bo-

Fortsetzung Seite 2

SPD und CDU wetteifern in der Reaktion

Fortsetzung

Es wäre blanker Unsinn zu glauben, die politische Auseinandersetzung in diesem Wahlkampf wäre erschöpft in dem Watschenspiel, das Filbinger mit E. Eppler aufzieht.

Die bürgerliche Presse hat mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit beobachtet, wie die verschiedenen bürgerlichen Politiker mit den Massenbewegungen zurechtkamen, denen sie sich in diesem Wahlkampf vielfach gegenübersahen.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland ist die einzige revolutionäre Organisation, die in den Wahlkampf eingegriffen hat. Das Wesentliche ist nicht, daß es immerhin möglich war, in 26 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen.

Entscheidend ist, daß es dazu beigetragen hat, daß in der politischen Auseinandersetzung nicht nur auf großen, sondern auch auf vielen kleinen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen die Massen oft nicht einer Phalanx von bürgerlichen Biedermännern gegenüberstanden, sondern diese Front verschiedentlich aufgerissen werden konnte. So daß die bürgerlichen Politiker als die Kapitalistenknechte, die sie sind, dastanden. Das stärkt das politische Selbstbewußtsein der Massen.

Die bürgerlichen Parteien und Presseorgane bewerten diesen Wahlkampf und den Ausgang der Wahlen als ein entscheidendes Vorzeichen für den Verlauf des Bundestagswahlkampfes. Daran ist was Wahres. Alle bürgerlichen Parteien stoßen bei ihren Manövern, die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie politisch zu rechtfertigen und parlamentarisch einsegnen zu lassen, auf den Widerstand der Volksmassen. Ihren Lügen und Verdrehungen wird die Wahrheit entgegengestellt.

Palästina:
Generalstreik gegen die zionistischen Besatzer

Fortsetzung

fertigen und parlamentarisch einsegnen zu lassen, auf den Widerstand der Volksmassen. Ihren Lügen und Verdrehungen wird die Wahrheit entgegengestellt.

Palästina:
Generalstreik gegen die zionistischen Besatzer
Fortsetzung

des Landes, sondern zur Vorwärtsverteidigung.

Behauptet wurde der unselbständige und ausweglose Charakter des Befreiungskampfes. Eine Handvoll Leute sei am Werk. Die Kämpfe der letzten Wochen zeigen, daß ausgebeutete und unterdrückte Massen am Werk sind. Die PLO ist ihre bewaffnete Befreiungsorganisation. Der Generalstreik zeigt, daß die Arbeiterklasse kämpft. Sogar der Rundfunk mußte berichten, daß sich 50000 Arbeiter im Streik befinden; daß die israelischen Kapitalisten mit Aussperrung drohen. Die palästinensischen Arbeiter sind Teil der Weltarmee des Proletariats, die überall für die Befreiung von Imperialismus und Ausbeutung kämpft.

Behauptet wurde, daß die Palästinafrage eine Flüchtlingsfrage sei. In diesen Tagen kämpfen palästinensische Bauern um ihr Land und gegen dessen Raub. Die überwältigende Mehrheit der Flüchtlinge sind gewaltsam vertriebene Bauern.

Die „Bild"-Zeitung schweigt sich seit Tagen beharrlich aus. Jeder erinnert sich noch an ihre Riesenschlagzeilen, die 1967 den „Blitzkrieg" des Zionistenstaates verherrlichten. Einen Expansions- und Aggressionskrieg gegen die arabischen Staaten. Der US-Imperialismus mußte im UNO-Sicherheitsrat die Enteignungsaktionen als illegal bezeichnen. Der „Bild"-Zeitung hat es die Sprache verschlagen.

dens erfolgt nicht zwecks Entwicklung

Der Generalstreik, die Massenkämpfe in den besetzten Gebieten sind Bestandteil des nationalen Befreiungskampfes der palästinensischen Massen gegen zionistische Besatzung und Unterdrückung. Auf der einen Seite steht das palästinensische Volk, das für die Befreiung seines Heimatlandes Palästina kämpft. Auf der anderen Seite steht der zionistische Kolonialstaat, der dieses Land 1948 unter seine Gewaltherrschaft gebracht hat und sich seither durch Krieg und Unterdrückung ausdehnt auf immer mehr palästinensisches und arabisches Gebiet. Dieser Staat beutet auch Juden aus. Oft streiken die jüdischen Arbeiter zur Verteidigung ihrer Lebensbedingungen.

Eine Versöhnung von Juden und Palästinensern ist möglich. Aber nur, wenn der zionistische Kolonialstaat zerschlagen wird. Der Massenstreik geht in diese Richtung. Der bewaffnete Kampf der PLO kann sich auf die Massenbewegung stützen.

Rohstoffe für die Kriegsvorbereitung

Die Bundesregierung hat einen Bericht über die Rohstoffversorgung vorgelegt. Es geht darum, die Rohstoffversorgung des westdeutschen Kapitals in Krisenzeiten zu sichern. Im Kriegs- und Krisenfall über Rohstoffreserven zu verfügen und in der Ausplünderung der Rohstoffreichtümer der Völker die imperialistischen Konkurrenten zu schlagen.

Eroberung von Rohstoffquellen ist seit jeher ein Hauptziel des Imperialismus. Für den BRD-Imperialismus, der kaum über Rohstoffvorkommen im eigenen Land verfügt und ein Viertel des Bruttoinlandprodukts exportiert, ist die Rohstoffpolitik von zentraler strategischer Bedeutung.

Ausbeutung und staatliche Ausplünderung für den Kapitalexport zur Rohstoffgewinnung

Der BRD-Imperialismus hat im wesentlichen 2 Wege in der Rohstoffpolitik verfolgt. Erstens hat er gewaltige Anstrengungen gemacht, sich direkt Rohstoffquellen in der Dritten Welt anzueignen durch Kapitalexport. Die Profite, die das Finanzkapital aus der Arbeiterklasse in Westdeutschland gepreßt hat, legt es z.T. in der Dritten Welt an, um dort die Ausbeutung und Gewinnung der Rohstoffreichtümer der Völker der Dritten Welt durch die Ausbeutung der Arbeitskraft dieser Völker zu betreiben. Diese Tätigkeit wird zudem subventioniert mit Steuermitteln, die den Lohnabhängigen hier in der BRD ausgeplündert wurden. So vermerkt der Rohstoffbericht unter den Erfolgen der Rohstoffpolitik der Bundesregierung,

– daß die Fördersätze von 50 auf bis zu 66,2/3 % für „besonders bedeutsame Vorhaben" erhöht worden sind,

– daß der Rahmen der förderungswürdigen Tätigkeiten erweitert wurde,

– daß die Rückzahlungstermine für staatliche Kredite aufgeschoben wurden,

den. So vermerkt der Rohstoffbericht unter den Erfolgen der Rohstoffpolitik der Bundesregierung,
– daß die Fördersätze von 50 auf bis zu 66,2/3 % für „besonders bedeutsame Vorhaben" erhöht worden sind,
– daß der Rahmen der förderungswürdigen Tätigkeiten erweitert wurde,
– daß die Rückzahlungstermine für staatliche Kredite aufgeschoben wurden,

– daß die Absicherung von Investitionen im Ausland durch die ebenfalls aus Steuermitteln betriebene Hermes-Versicherung verbessert wurde durch eine neue Definition des „politischen Risikos".

Außerdem wurden besondere Forschungsarbeiten finanziert. Hilfen für Rohstoffinvestitionen ergäben sich schließlich auch aus den steuerlichen Regelungen des „Entwicklungssteuergesetzes" und des „Auslandsinvestitionsgesetzes", die Steuerermässigungen für im Ausland investierte Profite und Profite, die im Ausland gemacht werden, vorsehen. Weitere Steuererleichterungen werden geprüft, wobei zu bedenken ist, daß diese Steuererleichterungen ja für schon aus Steuermitteln weitgehend subventionierte Kapitalvorhaben gelten.

Lagerbildung, um den Zusammenschluß der Dritten Welt zu unterlaufen

Der 2. Weg der Rohstoffpolitik ist die verstärkte Lagerbildung in der Bundesrepublik. Das westdeutsche Finanzkapital hat wie alle Imperialisten die Krise genutzt, um die Rohstoffvorräte gewaltig zu erhöhen. Von 1973 bis 1975 sind sie verdoppelt bis verdreifacht worden. Dies ist ein Mittel, um den Bemühungen der Dritten Welt, ihre Rohstoffreichtümer zu verteidigen und zumindest für einen besseren Preis durchzusetzen, zu vereiteln. Dabei haben die Länder der Dritten Welt einige Erfolge erzielen können. Von 1971 bis 1975 sind die Rohstoffpreise auf ca. das Doppelte im Durchschnitt gestiegen. Dies Ansteigen der Rohstoffpreise hat allerdings mit dem Anstieg der Industriepreise, die die Länder der Dritten Welt zahlen müssen, nicht Schritt halten können. Von Februar 75 auf Februar 1976 sind die Rohstoffpreise wieder um 20 % im Durchschnitt gesunken. Mit der Lagerbildung und auf Grund gesunkener Nachfrage in der weltweiten Wirtschaftskrise konnten die Imperialisten Preissenkungen

gen. Dies Ansteigen der Rohstoffpreise hat allerdings mit dem Anstieg der Industriepreise, die die Länder der Dritten Welt zahlen müssen, nicht Schritt halten können. Von Februar 75 auf Februar 1976 sind die Rohstoffpreise wieder um 20 % im Durchschnitt gesunken. Mit der Lagerbildung und auf Grund gesunkener Nachfrage in der weltweiten Wirtschaftskrise konnten die Imperialisten Preissenkungen

durchsetzen, während ihre Ausfuhrpreise für industrielle Güter weiter gewaltig gestiegen sind. Der Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen die imperialistische Ausplünderung, die sich in ständig wachsender Verschuldung dieser Länder ausdrückt, wird darüber weiter fortschreiten, wie das geschlossene Auftreten im sogenannten Nord-Süd-Dialog und bei der Seerechtskonferenz zeigt.

Die Völker der Dritten Welt im Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung

Der Imperialismus kommt nur über Raub und Erpressung voran, um auf der Grundlage der Ausbeutung im eigenen Land andere Völker auszubeuten und zu unterdrücken. Jeden Schritt, den er unternimmt, unternimmt er zugleich gegen den imperialistischen Konkurrenten, und die imperialistische Konkurrenz steuert auf den imperialistischen Krieg.

Rohstoffsicherung ist von entscheidender Bedeutung bei der Kriegsvorbereitung.

40 Rohstoffe führt der Bericht der Bundesregierung an, die fast alle zu 100 % aus dem Ausland importiert werden müssen. Durch Raub, Erpressung, Übervorteilung und direkte Ausbeutung der Völker – so wollen es die Imperialisten und dagegen wächst der Zusammenschluß der Völker. Der Kampf der Völker für eine neue Weltwirtschaftsordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung und zum gegenseitigen Nutzen der Völker ist Teil der proletarischen Weltrevolution und unmittelbare Unterstützung des revolutionären Kampfes des Proletariats in den imperialistischen Ländern, entweder durch die Revolution den Krieg zu verhindern oder den Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturz der imperialistischen Bourgeoisie zu verwandeln. – (bb)

(Quellen: Handelsblatt 19.3. / Süddeutsche Zeitung 27.3. / Frankfurter Allgemeine 31.12.75)

unmittelbare Unterstützung des revolutionären Kampfes des Proletariats in den imperialistischen Ländern, entweder durch die Revolution den Krieg zu verhindern oder den Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturz der imperialistischen Bourgeoisie zu verwandeln. – (bb)
(Quellen: Handelsblatt 19.3. / Süddeutsche Zeitung 27.3. / Frankfurter Allgemeine 31.12.75)

Die Krise in der SPD

In der SPD kracht es. In München haben Vertreter des rechten wie des linken Flügels einen Pakt mit der CSU gesucht, um sich gegenseitig auszustechen. Der rechte Flügel in der SPD ist dabei, sich in einem „Fritz Erler Kreis" als innerparteilicher Kampfverband zu organisieren und möchte die Juso-Linke möglichst gleich aus der Partei werfen. Der Vorsitzende des Bezirks westliches Westfalen wiederum meint, man müßte eigentlich den Münchener Oberbürgermeister aus der Partei rauswerfen. Und Hans Koschnik reist von einem Krisentheater zum anderen und soll den Streit besänftigen.

Jochen Steffen, Ruhestandslinker der SPD aus Schleswig-Holstein macht für den innerparteilichen Streit das Scheitern der Reformpolitik verantwortlich: „Besieht man sich die Fakten der Politik in der Bundesrepublik, so sind mit wenigen Ausnahmen . . . von den Reformen die Worthülsen übrig geblieben. Alles, was Strukturen hätte verändern können, ist raus. Ideologisch wird das verkauft als ‚liberale Politik'. Als politischer Saldo bleibt eine wachsende Repressionsbereitschaft und Repression, die inhaltlich die Liberalität gefährdet und soziale Sicherheitssysteme, die zunehmend unsicherer werden."

Nicht die Reformen sind gescheitert, sondern Reaktion wurde betrieben

So wertvoll dieses Eingeständnis eines Parteivorstandsmitgliedes der SPD ist, daß von der vergangenen Reformlyrik nichts übriggeblieben ist, als wachsende Unsicherheit und Polizei: Ganz falsch wäre es, der SPD-Linken das als „Scheitern" abzukaufen. Die SPD-Regierung hat im Gegenteil eine äußerst effektive Politik zugunsten des Finanzkapitals durchgeführt. „Die gegenwärtige Regierung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die beste Regierung, um die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse **einzuleiten** und die relative Stärke des westdeutschen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten **auszuspielen,** ohne sie durch eine offen imperialistische Gewaltpolitik zur Geltung zu bringen", heißt es im Rechenschaftsbericht des ZK des KBW vom Februar 1975. Und diese Feststellung hat sich als vollständig richtig erwiesen: Keine CDU-Regierung hätte so glatt ein Haushaltssicherungsgesetz, die Entrechtung im öffentlichen Dienst, die Gewaltparagrafen 88 a und 130 a, den § 218 gegen die Arbeiterklasse und das Volk durchsetzen können wie es der SPD/FDP-Regierung gelang. Keine CDU-Regierung hätte angesichts des Reallohnabbaus im letzten Jahr auch nur halbwegs die „Ruhe an der Lohnfront" durchsetzen können. Die SPD-Politik ist also keineswegs gescheitert: Die SPD in der Regierung hat der Finanzbourgeoisie aktiven Dienst geleistet als Speerspitze der Reaktion.

Wenn es jetzt zu Widersprüchen innerhalb der SPD kommt, dann als Reaktion auf die Tatsache, daß die Tätigkeit als Speerspitze der bürgerlichen Reaktion auf Kosten der Wählerstimmen und der Fähigkeit der SPD gegangen ist, die Massen zu binden. Der Streit geht darüber, wie diese Fähigkeit zurückgewonnen werden kann. Verloren gehen der SPD gegenwärtig „Teile der Kleinbourgeoisie, die ihre Reformeuphorie vorübergehend auf die Seite der SPD getrieben hat". Die gehen „mit Katzenjammer auf die Seite der CDU/CSU über . . ., ebenso wie enttäuschte Teile der Arbeiterklasse mit geringem Klassenbewußtsein" (Rechenschaftsbericht). Die SPD-Rechte spekuliert auf diese Schichten und versucht deshalb mit der Reformlinken abzurechnen. Verloren gehen der SPD auf der anderen Seite aber auch solche Teile der Arbeiterklasse, die zu ihren aktivsten und bewußtesten gehören.

In der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere in der Gewerkschaftsjugend wird der Widerspruch, in dem die SPD-Politik zur Arbeiterbewegung steht, immer fühlbarer. Das gleiche gilt für die Bewegung unter den Studenten, den Schülern, Teilen der Intelligenz. Die SPD-Linke wird insbesondere in dieser Richtung tätig und versucht, den Übergang dieser Schichten zum Kommunismus zu verhindern.

Unterwerfung unter bürgerliche Regierungspolitik

Der Dortmunder Juso-Kongreß am vergangenen Wochenende sah einen wichtigen Teil dieser SPD-Linken in Aktion. Die erste Festlegung, die er getroffen hat, war die unzweideutige Bindung der Jungsozialisten an die SPD und die SPD-Regierung. Entschieden wurde, die SPD bei der Bundestagswahl mit Pauken und Trompeten zu unterstützen und nicht etwa mit gedämpftem Trommelschlag wie eine Minderheit von Delegierten vorgeschlagen hatte, weil man doch „Kritik" habe. Begründung für die Unterstützung „mit aller Kraft": Die SPD sei langfristig gesehen die einzige Kraft, die Verwirklichung sozialistischer Zielsetzungen ermöglichen könne. Und aktuell könne nur mit der SPD verhindert werden, daß die Bundesrepublik ein reaktionärer Staat werde, der im Inneren unfähig zu Reformen und nach außen isoliert sei. Unter Berufung auf Sozialismus und Demokratie ist das die tatsächliche Unterwerfung unter verschärfte Ausbeutung und bürgerliche Reaktion, wie sie von der SPD-Regierung betrieben wird.

Weiter beschloß der Jungsozialisten-Kongreß, sich stärker als bisher den tatsächlich sich entwickelnden Bewegungen zuzuwenden. Im Herbst, d.h. während des Bundestagswahlkampfes, soll eine Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere durchgeführt werden. Zwei hauptamtliche DGB-Jugendfunktionäre würden in den Vorstand gewählt ebenso wie ein Vertreter der Juso-Hochschulgruppen. An Bedeutung verloren haben die Staatsliebhaber vom Schlage des Johano Strasser, Karsten Voigt und ähnlicher Helden der gegenstandslos-seichten Strategiedebatten der Vergangenheit. Sie selber und ihre in die Jahre gekommene Anhängerschaft frönen heute ihrer eigentlichen Leidenschaft: Nachdem sie jahrelang darum gestritten haben, eine Art Staatskapitalismus zu befördern durch Erhöhung des sogenannten Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, kämpfen sie heute darum, ihren eigenen Anteil am bürgerlichen Staat zu erhöhen und es etwa zum Oberregierungsrat, zum Volkshochschulleiter oder gar zum Professor zu bringen. Sie geben so praktisch den Hintersinn ihrer Staatsliebhaberei zu erkennen. Mit der Bewegung der arbeitenden Jugend hatten sie nie zu tun.

Wenn sich künftig die Jungsozialisten stärker auf die Bewegung der arbeitenden Jugend und auf die Studentenbewegung konzentrieren und sich nicht mehr damit beschäftigen wollen, die ideologischen Rückstände von 1968 weiter zu zersetzen, dann ist das keineswegs aussichtslos. Im Aufschwung der Bewegungen wird Reformismus massenhaft spontan produziert, und die Jungsozialisten haben einige Erfahrung darin, spontane Bewegung reformistisch zu fesseln und in oppositioneller Gebärde einer direkt reaktionären Regierungspolitik zu unterwerfen. Wenn die Ergebnisse des Kongresses schriftlich vorliegen, wird es nötig sein, im einzelnen darauf zurückzukommen. – (wm)

1975: Doppelt soviel Sperrzeiten für Arbeitslosengeld verhängt

Die Bundesanstalt für Arbeit hat im vergangenen Jahr 195 133 mal das Arbeitslosengeld gesperrt wegen Arbeitsaufgabe und 44 243 mal wegen Ablehnung einer „zumutbaren" Arbeit. 1974 waren die entsprechenden Zahlen 123 188 und 21 969. Sperrzeit bedeutet: Vier Wochen kein Arbeitslosengeld. Wer wegen der zunehmenden Arbeitshetze und wegen des Lohnabbaus kündigt, erhält obendrein 4 Wochen kein Arbeitslosengeld. Ist er dann nicht bereit, eine noch schlechter bezahlte und noch schlechtere Arbeit anzunehmen, die das Arbeitsamt für „zumutbar" erklärt, erhält er weitere 4 Wochen das Arbeitslosengeld gesperrt. In der Hand des kapitalistischen Staates ist das Arbeitsamt ein Büttel der Ausbeutung, den die Lohnabhängigen zahlen müssen.

Verelendung der kleinen Bauern

1974 gab es 737 000 Menschen in der BRD, die gezwungen waren, länger als bis zum 65. Lebensjahr zu arbeiten. Davon arbeiteten 30 % der Männer und 40 % der Frauen in der Landwirtschaft. Diese Werte liegen überhoch, denn der Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen insgesamt liegt bei 7 %. Der Grund dafür liegt in den extrem niedrigen Renten in der Landwirtschaft. Seit dem 1.1.76 kriegen die ledigen Bauern durchschnittlich 217,60 DM, die verheirateten 326,20 DM. Daß man davon nicht leben kann, liegt auf der Hand. – (p.)

Aufblähung der Dienstaufsicht bei den Hamburger Gerichten und Staatsanwaltschaften

Seit wenigen Tagen liegen die Zahlen über die Entwicklung des Personalbestandes bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in der BRD für 1974 vor. Aus diesen Zahlen ergibt

Aufblähung der Dienstaufsicht bei den Hamburger Gerichten und Staatsanwaltschaften

Seit wenigen Tagen liegen die Zahlen über die Entwicklung des Personalbestandes bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in der BRD für 1974 vor. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß 1974 allein in einer Stadt wie Hamburg 502 Richter und 163 Staats- und Amtsanwälte tätig waren, das sind ca. 100 Richter und ca. 60 Staatsanwälte mehr als noch 1961, obwohl die Bevölkerung von Hamburg seit 1961 um ca. 120 000 Menschen abgenommen hat. Wenn man die jeweilige Zahl für 1961 gleich 100 setzt, dann ist die Zahl der Präsidenten und Direktoren der Hamburger Gerichte auf 165,8 gestiegen, während sich die Zahl der Amtsrichter nur geringfügig vermehrt hat (113,3) und der Personalbestand des übrigen Dienstes an den Hamburger Gerichten fast konstant blieb (105,0). Überhaupt sind die Staatsanwaltschaften erheblich ausgebaut worden (156,7). Davon die General-, Ober- und Erste Staatsanwälte auf 154,5, die als Sachbearbeiter tätigen Staatsanwälte auf 145,3 und die Amtsanwälte auf 285,7, weil sie billiger sind als die Staatsanwälte, während das ganze übrige Personal der Staatsanwaltschaften abgebaut wurde (92,3). – (Aus: Ortsbeilage Hamburg)

Russische Arbeiter bei Olympia – Wilhelmshaven

Seit einiger Zeit arbeiten bei den Olympia-Werken mehrere Hundert russische Arbeiter. Sie wurden von der sowjetischen Regierung an die Olympia-Werke vermietet, um hier zu lernen, wie man nach kapitalistischer Manier durch Akkordarbeit, Fließband und REFA-System ausgebeutet wird. Danach werden sie in die Sowjetunion zurückgeschickt, um genau diese Methoden auf ein sowjetisches Zweigwerk der Olympia-Werke anzuwenden und zu übertragen.

Demonstration gegen die Abschiebung der vier türkischen Revolutionäre

600 Menschen demonstrierten am 27. März in Köln gegen die Absicht von Staat und Justiz, die vier türkischen Revolutionäre Mustafa Tutkun, Ömer Özerturgut, Hatice Yurtdas und Yüksel Ugurlu auszuweisen und sie dem faschistischen türkischen Regime auszuliefern. Sie setzten sich ein für die Freilassung von Mustafa Tutkun, der in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf in Abschiebehaft sitzt, und für die Freiheit von Yüksel Ugurlu, den die Justiz noch sucht. Zur Demonstration aufgerufen hatte das Solidaritätskomitee für die vier türkischen Patrioten, in dem auch der KBW mitarbeitet.

Währungskrise

Umfangreiche Kapitalbewegungen des westdeutschen Finanzkapitals

Die Währungskrise, in deren erster Welle die italienische Lira abgewertet, das Pfund tiefer denn je gestürzt und der französische Franc aus dem Europäischen Währungsverbund genommen wurde, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit Kapitaltransaktionen westdeutscher Banken. Dies wurde bisher mit Schweigen übertüncht, ist aber dem Monatsbericht der Bundesbank für März zu entnehmen.

Die gesamten westdeutschen Nettokapitalanlagen im Ausland haben im letzten Jahr um 21,9 Milliarden DM zugenommen. Das ist etwas mehr als die Rekordzunahme von 1969, mehr als das Vierfache gegenüber 1974 und mehr als das Zweiunddreißigfache von 1973. 12,6 Milliarden DM haben die westdeutschen Kapitalisten insgesamt an ihren ausländischen Kapitalanlagen verdient. Das ist das Dreifache dessen, was die inländischen Aktiengesellschaft an Dividende ausgeschüttet haben.

Jahr für Jahr investieren die westdeutschen Kapitalisten mehr zum Aufkauf und Bau von Fabriken im Ausland. 4,9 Milliarden DM haben sie im letzten Jahr aufgewandt, um auf diese Weise Rohstoffquellen zu sichern, ihre Warenmärkte auszudehnen und neue Gebiete ihrer Ausbeutung zu erschließen.

BRD-Finanzkapital Gläubiger Europas

Hauptsächlich aber hat sich das westdeutsche Finanzkapital mit dem riesigen Kapitalexport im letzten Jahr – dessen Summe ausgereicht hätte, um das Jahreseinkommen jedes einzelnen der 21,4 Millionen Arbeiter und Angestellten um über 1 000 DM zu erhöhen – zum ersten Finanzier Europas gemacht. Denn der Löwenanteil ging mit 13,8 Milliarden DM als Darlehen der Banken ins Ausland. Die Bundesbank schreibt dazu: „Dieses Rekordergebnis spiegelt u.a. den hohen Kreditbedarf in vielen Ländern wider."

Außer den Darlehen, die die Banken direkt gaben, vermittelten sie Anleihen in DM an ausländische Staaten. Der Bruttoabsatz dieser unter Federführung westdeutscher Banken ausgegebenen DM-Auslandsanleihen war mit 7,5 Milliarden DM fast fünfmal so groß wie ein Jahr zuvor. Die Schuldnerländer erhalten DM, wofür letztlich nur westdeutsche Waren gekauft werden können. Und natürlich muß der Kredit auch in DM zurückbezahlt werden, die das Schuldnerland nur erhalten kann, wenn es Waren an die BRD verkaufen kann, wodurch es also nochmals an den Geldgeber gekettet wird.

Die Zahlungsbilanzdefizite sind Folge der weltweiten Wirtschaftskrise, in der sich die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der verschiedenen Länder schroff bemerkbar macht. Notwendig ziehen sie Währungskrisen nach sich, doch in dieser Krise hat das westdeutsche Finanzkapital in besonderer Weise gehandelt, ihren Ablauf bestimmt und für sich entscheiden können.

Eine Untersuchung der „Morgan Guaranty" stellt fest, daß die jetzt erfolgten Abwertungen gegenüber der DM höher sind als es den verschiedenen Inflationsraten entsprechen würde.

Die BRD-Imperialisten nutzten ihren Vorsprung und ihre höheren Fähigkeiten in der Kunst der Schweißauspressung, um ihren Konkurrenten Schläge auszuteilen, die den Vorsprung sichern sollten.

Italien konnte zu Jahresbeginn seinen Außenhandel nur in Gang halten, nachdem neben den USA die BRD gegen harte Auflagen einen Kredit gewährte bzw. über die Europäische Gemeinschaft vermittelte. Ein bereits zugesagter Kredit des Internationalen Währungsfonds wurde letztes Wochenende zurückgestellt. Das „Handelsblatt" berichtet dazu: „Wie es heißt, möchte der IWF erst Klarheit über Roms wirtschaftspolitisches Konzept haben."

Die französische Regierung hatte gezielt versucht, Schulden im Ausland zu machen. Damit sollten die Devisenreserven erhöht und der Kurs des Franc nach oben gedrückt werden. Denn die Schulden werden in ausländischer Währung aufgenommen und müssen in die eigene umgetauscht werden. Dadurch steigt am Devisenmarkt die Nachfrage nach der eigenen Währung, folglich der Kurs. Auf diese Weise sollte der Franc wieder in den europäischen Währungsverbund eintreten können, was auch im Juni 1975 gelang. Aber das ist natürlich die Methode, sich 1 000 DM zu leihen, um dann zu sagen, wieviel Geld man habe. Rund 22 Milliarden Dollar Auslandsschulden soll Frankreich inzwischen haben. Vor 14 Tagen mußte es den Währungsverbund verlassen und damit seine Währung abwerten.

Großbritannien hatte ein riesiges Handelsdefizit von 7 Milliarden Dollar und mußte sich ebenfalls verschulden. Die OECD, Organisation der westlichen imperialistischen Länder, hat in diesen Tagen gefordert, die Löhne dürften bis Mitte des Jahres nicht mehr als 2,5 Prozent steigen. Und im gleichen Bericht wird eine Teuerungsrate von 12 Prozent angestrebt.

In der gleichen Zeit hatte die BRD einen Handelsüberschuß von 18 Milliarden Dollar. Die BRD-Imperialisten nutzten die Exporteinnahmen, um sie den Käufern ihrer Waren gegen Zins wieder auszuleihen und sie zu ihren Schuldnern zu machen. Durch den Kapitalexport wurde – da er die Nachfrage nach DM drückte – der DM-Kurs tiefer gedrückt als es dem Warenhandel entsprochen hätte. Das ganze Jahr 1975 bildete die Mark das untere Ende der „Europäischen Währungsschlange".

Ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Länder

Die ungleichmäßige Entwicklung der Länder bewirkte Handelsüberschuß bei dem einen, Handelsdefizit bei dem anderen. Um den Warenhandel weiter zu gewährleisten, mußten sich die Defizit-Länder zu einem großen Teil bei der BRD verschulden und verfestigten so neue Abhängigkeiten. Diese Abhängigkeiten sind Mittel der Konkurrenz der Imperialisten, und sobald sie zur Wirkung kamen, entluden sie sich in einer ersten Währungskrise gewaltsam.

Im Januar haben die westdeutschen Banken ihren Kapitalexport abrupt und drastisch reduziert. Da die Kapitaleinfuhr des Auslands in die BRD unverändert geblieben ist – was zeigt, daß bewußte Manöver des westdeutschen Finanzkapitals den Umschlag besorgten – überstieg insgesamt erstmals seit 1973 der Kapitalimport den Kapitalexport, d.h. es gab einen Netto-Kapitalimport. Die Summe der ans Ausland neu vergebenen Darlehen wurde von den Banken im Januar um 1,8 Milliarden DM auf ein Viertel der Dezembersumme gesenkt, der Kauf von Anleihen und Aktien ebenfalls auf etwa ein Viertel.

Unterstrichen wird dies am kurzfristigen Kapitalverkehr, der im bisherigen noch nicht erfaßt ist. Hier haben die westdeutschen Banken nochmals 13 Milliarden DM im Ausland angelegt. Insgesamt hatten sie damit Ende 1975 kurzfristige Forderungen an das Ausland von 50 Milliarden DM, während es vor drei Jahren erst 17 Milliarden DM waren. Im Januar nun haben sie mit einem Schlag die Vergabe neuer kurzfristiger Kredite um insgesamt 2,3 Milliarden DM gegenüber Dezember reduziert. Dadurch schlug auch im kurzfristigen Kaptalverkehr der Netto-Kapitalexport von 2,6 Milliarden DM im Dezember in einen Nettokapitalimport von 1,3 Milliarden DM im Januar um.

Dieser Umschlag des Kapitalverkehrs kann nicht einfach Folge veränderter Bedingungen auf den Finanzmärkten sein. Denn dazu sind sie einerseits zu groß und plötzlich, zum anderen sich sich die Zinsdifferenz des Auslandes gegenüber der BRD in dieser Zeit kaum verändert.

BRD-Finanzkapital drehte an der Währungskrise

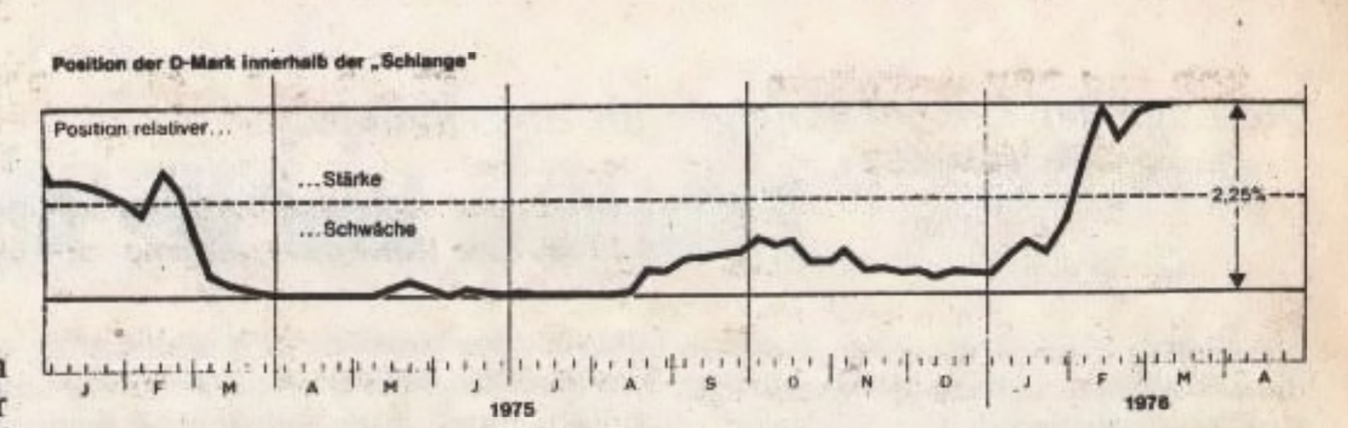
Tatsache ist jedenfalls, daß sich die europäischen Wechselkurse just mit dem Umschlag des Netto-Kapitalexports der BRD in einen Netto-Kapitalimport ebenso plötzlich verschoben haben und die Währungskrise zum Ausbruch brachten. Innerhalb weniger Tage stieg der Kurs der DM innerhalb der „Europäischen Währungsschlange" vom unteren Ende Ende Januar / Anfang Februar nach ganz oben, wiederum bewirkt durch den Kapitalzufluß in die BRD und den Kapitalabfluß aus den anderen Ländern.

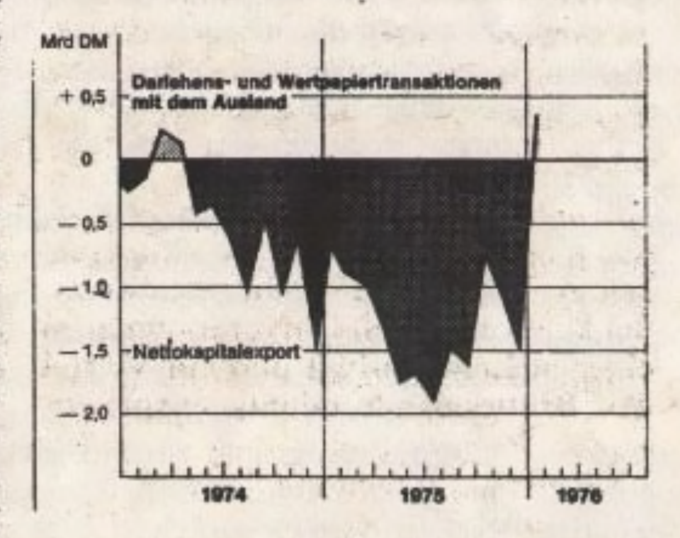
Alle wichtigen Währungen Europas mußten abgewertet werden. Die BRD-Imperialisten konnten jetzt mit den Anleihen für Italien und Irland über zusammen 1,3 Milliarden Dollar das größte bisherige Finanzgeschäft dieser Art unter ihre Regie bringen. Die Anleihe wird aufgelegt in DM und Dollar, womit sich die BRD eindeutig gegenüber ihren europäischen Konkurrenten an die Seite des US-Imperialismus stellen konnte.

Die Währungskrise war unvermeidlich. Ihr konkreter Ablauf war unmittelbar Folge gezielter imperialistischer aggressiver Machtpolitik, um die Stellung des westdeutschen Finanzkapitals zu stärken. Je enger die Verflechtung des Handels, je mehr jede Bourgeoisklasse auf ihren Export angewiesen ist, um so erbitterter der Konkurrenzkampf und um so verheerender die Auswirkungen, und um so mehr verschärft die Bourgeoisie in **allen** Ländern den Druck auf die Arbeiter, um zu neuen Schlachten zu rüsten.

In Großbritannien hat die „Cambridge Economic Policy Group" diese Woche ihrer Regierung rigorose Importkontrollen vorgeschlagen. Das läuft schon auf einen Handelskrieg hinaus.

Sicherlich sind noch nicht alle Seiten des Vorgangs erschlossen. Tatsache aber ist, daß er vor den Volksmassen verborgen wird. Und es ist sicher, daß es sich dabei um einen Wind handelt, wie er einem Gewitter vorausgeht. Darauf muß man vorbereitet sein. – (fb)





Das linke Schaubild zeigt den plötzlichen Abbruch des Kapitalexports Ende 1975 / Anfang 1976. Das obere Schaubild zeigt, wie unmittelbar nach dem Umschwung im Kapitalexport der Kurs der DM stieg, nachdem er das ganze Jahr am untersten Rand der in der „Währungsschlange" festgelegten Bandbreite sich befand. (Beide Schaubilder aus Bundesbank-Monatsbericht, März 1976)

Die relative Stärke des BRD-Imperialismus kommt aus der Ausbeutung

Relativ zum Ausland stehen „wir" noch am besten da, tönen die bürgerlichen Politiker, womit sie stets auf die „relative Stärke" des BRD-Imperialismus innerhalb der Europäischen Gemeinschaft anspielen.

Jüngst hat eine Statistik der EG-Kommission enthüllt, worin diese „relative Stärke" besteht, im wesentlichen darin, daß innerhalb der EG-Länder der Grad der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten sich in der BRD ‚relativ am stärksten' entwickelt hat.

Folgende Zahlen muß man dazu betrachten. Um 19 % wurde von 1970 bis 1975 die industrielle Nettoproduktion in Westdeutschland gesteigert und dies von einem gleichzeitig um 17,7 % verringerten Teil der Arbeiterklasse, welcher in Lohn steht. Praktisch bedeutet dies, daß die in Lohn stehenden Industriearbeiter 1975 pro Kopf um 44,5 % mehr Gebrauchswerte produzierten als noch im Jahre 1970. (In der letzten KVZ im Vorspann zu Seite 4 hatten wir dafür irrtümlich 31 % angegeben.)

Für die Arbeiterklasse in Westdeutschland hat sich diese Steigerung der gesellschaftlichen Produktion aber ausgewirkt als Fessel und in der Vernichtung von Arbeitsplätzen und steigender Arbeitshetze und Arbeitsintensität, Abbau der Löhne. Gewachsen ist mit diesen 44,5 % allein der Reichtum der Kapitalisten, welche sich als Privateigentümer der Produktionsmittel alles aneignen, was die Arbeiterklasse schafft. Praktisch kostenlos haben sie sich dieses ungeheure Wachstum der gesellschaftlichen Produktion angeeignet. Denn man kann dieser Statistik entnehmen, daß sich bei einem Preisanstieg von 6,1 % im Jahre 1975 die Lohn- und Gehaltssumme nur um 4,1 % erhöht hat. Das heißt, daß 1975 die westdeutsche Arbeiterklasse absolut weniger der von ihr geschaffenen Waren über ihren Lohn erhalten hat als noch im Jahr zuvor.

Preise und Löhne in der EG

(Anstieg in Prozent zum Vorjahr)

	Preisindex des priv. Verbrauchs	Lohn- und Gehaltsumme insges.	Lohn- und Gehaltsumme je Beschäftigten	Lohn- und Gehaltsumme in % im BIP	Lohnkosten[1]	Lohnkosten[1]
	1975	1975	1975	1975	1970—75	1975
Deutschland	6,1	4,1	7,8	54,7	41	6,5
Dänemark	9,5	11,5	14,0	56,9	80	19,0
Luxemburg	10,5	13,4	15,1	67,0		
Niederlande	10,8	12,5	13,5	61,7	56	15,0
Frankreich	11,8	14,3	15,2	52,9	74	21,5
Belgien	12,4	15,8	17,3	57,8	61	21,5
Italien	17,0	20,5	19,0	57,0	115	34,0
Irland	20,9	22,0	24,6	54,8	87	29,0
Großbritannien	21,5	28,7	31,7	66,4	102	33,0

[1] Je Einheit Bruttowertschöpfung zu konstanten Preisen in der Industrie einschließlich Baugewerbe.

Nichts anderes bedeutet dies, als daß gegenwärtig die Kapitalisten aus der Arbeiterklasse mehr unbezahlte Arbeit pressen als je in den Jahren zuvor.

Unübertroffen sind sie dabei von den anderen EG-Kapitalisten. Wie man der Statistik entnehmen kann, stiegen die „Lohnstückkosten" in der BRD 1975 um 6,5 %, während sie in Frankreich um 21,5 %, in England um 33 % und in Italien um 34 % anstiegen. Zieht man von diesen Zuwachsraten die Preissteigerungsraten der entsprechenden Länder ab, so erhält man einen ungefähren Vergleich über die unterschiedliche Entwicklung der realen Entwicklung der „Lohnkosten" innerhalb der EG-Länder. Dementsprechend haben sich die Lohnkosten in der BRD 1975 nur um 0,4 % erhöht, dagegen in Frankreich um 9,7, in Italien um 17 und in Großbritannien um 11,5 %. „Relativ" gesprochen, nämlich im Vergleich zum BRD-Imperialismus haben sich so die „Lohnkosten" für Frankreich um das 24,25-fache, für England um das 28,75-fache und für Italien um das 42,5-fache gegenüber der BRD erhöht.

Nichts anderes folgt daraus, als daß der BRD-Imperialismus in der Lohndrükkerei und dem Lohnabbau „relativ" am erfolgreichsten war innerhalb der EG, daß es ihm im Verlauf der Krise gelungen ist, die Ausbeutungsrate weit mehr zu steigern als seinen Mitkonkurrenten in der EG. Über eine Steigerung der Ausbeutungsrate konnte er so seine Profite im Verhältnis zum eingesetzten Kapital unverhältnismäßig stärker erhöhen und seinen Waren- und Kapitalexport in die anderen EG-Länder forcieren. Auf der relativ höchsten Ausbeutung der Arbeiterklasse, darauf baut die „relative Stärke" des BRD-Imperialismus auf.

Die 1. a.o. DK des KBW beschließt Beteiligung an den Bundestagswahlen



Auflage: 150 000
Handliche Taschenausgabe
Best.Nr.: 10 100
Preis: 80 Pfennig

Am 27. März fand in Mannheim die 1. außerordentliche Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland statt. Einziger Tagesordnungspunkt war die Beteiligung des KBW an den Bundestagswahlen. Grundlage der Beratung war ein Referat, das im Auftrage des Zentralen Komitees vom Sekretär des ZK, Joscha Schmierer, vorgetragen wurde. Einstimmig wurde die folgende Resolution und damit die Beteiligung des KBW an den Bundestagswahlen beschlossen.

Der Text des Referats und die in der Resolution angeführten Dokumente sind in den Ortsbüros des KBW und über den Buchvertrieb Mannheim erhältlich.

Resolution

In Erwägung,

daß die Bourgeoisie in den Bundestagswahlen sich die Legitimation holen will für die weitere Verschärfung der Reaktion auf der ganzen Linie,

daß diese Verschärfung der Reaktion letztlich die schrankenlose Steigerung der Ausbeutung und die Durchsetzung der Tendenz zur Verelendung zum Zweck hat sowie den Expansionsbestrebungen und Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus dient,

daß diese Reaktion dementsprechend zum Ziel hat, die Arbeiterklasse politisch zu isolieren, um sie isoliert um so heftiger niederzudrücken,

daß beträchtliche Teile des Volkes den Kampf gegen die Reaktion an verschiedenen Punkten bereits führen und die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Hinabdrückung ihrer Lage bereits aufgenommen hat,

daß der Parlamentarismus als Betrugsinstrument der Bourgeoisie gegen die Volksmassen aber noch keineswegs erledigt ist,

daß die Ideologie der herrschenden Klasse gerade mit Hilfe des bürgerlichen Parlamentarismus als herrschende Ideologie verteidigt wird,

beschließt der KBW, sich an den Bundestagswahlen zu beteiligen mit eigenen Kandidaten, um den Wahlkampf zu nutzen

für einen Propagandafeldzug gegen die Ideologie der herrschenden Klasse,

für die Verankerung des Programms des KBW in der Arbeiterklasse und die Gewinnung der Volksmassen für dieses Programm,

für die Verbreitung des Programms und der Auffassungen der Marxisten-Leninisten im ganzen Land,

insgesamt für die Erfüllung der Aufgaben der Kommunisten, wie sie im Programm des KBW festgelegt sind und in der Resolution des ZK vom 10. Januar 1976 für die gegenwärtige Lage konkretisiert sind.

Die Lage der Lohnabhängigen im Einzelhandel

Filbinger und die Ausbeutung bei der Firma Schneider

Freiburg. „Noch nie haben sich Sozialismus und Demokratie untereinander vertragen. Weil in jeder sozialistischen Gesellschaft Freiheit und Eigentum auf der Strecke bleiben.... Am 4. April gilt es für uns alle, die Freiheit zu verteidigen. Deshalb wählt CDU!" (Filbinger in einer Wahlzeitung vom Februar 1976)

„Jetzt bin ich 20 Jahre alt. Ich stehe den ganzen Tag im Laden, mache meine Nerven kaputt und steh' mir die Beine in den Bauch von neun bis halb sieben. Am Schluß habe ich 40 Jahre geschafft, der Schneider ist reich und ich habe genau so viel wie heute." (Verkäuferin der Firma Schneider)

In Freiburg hat die Firma Schneider eines der 6 modernsten Kaufhäuser der Welt hingebaut. (Aussage der Badischen Zeitung) Es ist der ganze Stolz und das Glück seiner Besitzer. „Wir Baden-Württemberger wissen: Sein Glück muß jeder sich selbst erarbeiten." (Filbinger, Wahlzeitung) Wir baden-württembergischen Arbeiter wissen: Wenn das stimmt, müßten die baden-württembergischen Kapitalisten todunglücklich sein; sie „säen nicht, sie ernten nicht", sie schaffen nicht – und doch gehören ihnen alle Fabriken, Kaufhäuser, in denen sie die Arbeiter und Angestellten für die Mehrung ihres, der Kapitalisten, privates „Glück" arbeiten lassen.

Die Lohnabhängigen im Einzelhandel

Das Einzelhandelskapital wird in immer weniger Händen konzentriert. In den letzten 14 Jahren sind 100 000 Einzelhandelsgeschäfte eingegangen. Hatten die großen Einzelhandelskonzerne 1962 noch 26 Prozent der Marktanteile, so waren es 1975 bereits 47 Prozent. In eins damit geht die Konzentration der Lohnabhängigen im Einzelhandel, deren Lage immer stärker der Lage der Industriearbeiter ähnelt. Gleichzeitig wird die Arbeitskraft im Einzelhandel besonders chlecht bezahlt und zu extrem schlechten Bedingungen vom Handelskapital vernutzt. Die Kapitalisten können dabei nutzen einmal den Druck der Reservearmee, die sich im Zuge der Konzentration und Zentralisation ständig vergrößert hat und die ständig eine latente Reserve von Ungelernten, Hausfrauen und Rentnern umfaßt. Zweitens setzen sie zahlreiche Instrumente der Spaltung ein, worunter die Lohnform (Prämienlohn, Umsatzbeteiligung) eine besonders wichtige ist. Und drittens erleichtert ihnen die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation den Druck auf die Lohnabhängigen. In Hamburg sind z.B. von 102 039 Beschäftigten im Einzelhandel nur etwa 2 500 in der Fachgruppe Einelhandel der Gewerkschaft HBV organisiert. Die Führung der HBV ist weit rechts, und die in letzter Zeit stark anschwellende gewerkschaftliche Bewegung muß sich durchweg gegen diese Führung erst Raum schaffen. Trotzdem ist auch n der Krise die Mitgliederzahl der HBV um 8,65 Prozent angewachsen. Die Bewegung unter den
Prozent angewachsen. Die Bewegung unter den
Lohnabhängigen im Handel drängt auf Zusammenschluß in der Gewerkschaft auf dem Boden des Klassenkampfes, wobei entsprechend der Aufbausituation häufig gewerkschaftliche Betriebsgruppen der erste Schritt sind.

Circa 500 Kollegen und Kolleginnen arbeiten bei Schneider/Freiburg. Viele von ihnen haben bei Kaufhof, Plaza oder „Kaufhaus für Alle" gekündigt, weil ihnen der Druck und die Arbeitsatmosphäre nicht mehr gefiel, viele junge Kollegen wurden nach der Lehre nicht übernommen. Andere kommen aus den kleinen Einzelhandelsgeschäften, wo der Besitzer einem den ganzen Tag im Nacken sitzt, wo die Lehre bei vielen so aussah: „Manchmal mußte ich tagelang nur den Keller ausmisten."

Der Gedanke bei den meisten: Geh zu Schneider und du bist aus dem Schneider. Was sich bald als Täuschung herausstellen sollte.

Niedriger Lohn, lange Arbeitszeit

Der Lohn ist natürlich genauso niedrig wie überall im Einzelhandel. Im ersten Jahr nach der Lehre in der Gehaltsstufe 2, in der die meisten eingestuft sind, ganze 840 DM brutto, ca. 630 DM netto. Die Spitze in dieser Stufe sind nach 9 Tätigkeitsjahren 1 300 DM brutto.

Für junge Kollegen ist es mit diesem Gehalt schier unmöglich, daheim auszuziehen und z.B. in Freiburg ein Zimmer zu nehmen. Ein Mädchen, aus einer Gemeinde nördlich des Kaiserstuhls kommend, ist nach Freiburg gezogen – für zwei Monate, dann hat das Geld nicht mehr gereicht. Jetzt wohnt sie wieder zu Hause, muß einen ca. 40 km langen Anfahrtsweg in Kauf nehmen und bei der Fahrt mit einem öffentlichen Verkehrsmittel ist sie von 7.30 bis fast 20.00 Uhr unterwegs.

Für diesen niedrigen Lohn stehen wir bei Schneider täglich 9 Stunden und 40 Minuten im Laden. Davon 70 Minuten Pause. Am kurzen Samstag mit 45 Minuten Pause. Einen Tag in der Woche frei. Während der Arbeit befinden wir uns in dauerndem Wechsel: Ware bestellen, Ware auspacken, auszeichnen, einsortieren, kassieren, beraten, umräumen etc. Das geht an die Nerven. Die Arbeit unter diesen Bedingungen und bei dieser Arbeitszeitregelung belastet familiäre und persönliche Beziehungen und beschränkt die Möglichkeiten der Erholung auf ein Mindestmaß. Am langen Samstag z.B. kommen viele Kollegen nicht vor 19.30 nach Hause. Besonders schlimm ist das vor Weihnachten, wo vier Wochen lang der Laden samstags bis 18.00 offen und manchmal sogar noch der wöchentliche Tag (Rolliertag) gestrichen ist.

Niedrige Löhne und Gehälter, nervenaufreibende Arbeit, ungünstige Arbeitszeitregelung – das ist die eine Seite der Medaille. Der Grad der Ausbeutung im Einzelhandel ist hoch, so hoch, daß die Firma Schneider nach dem Haus in Freiburg eins in Pforzheim baut, im nordbadischen Gaggenau bereits Grundstücke ins Visier genommen hat und Offenburg als Standort eines Neubaus im Gespräch ist. Das ist die andere Seite der Medaille.

Die großen Kaufhauskonzerne stehen zueinander in erbitterter Konkurrenz. Gleichzeitig würgen sie im Verein mit Supermärkten die kleinen „Tante Emma-Läden" langsam ab (zwischen 1972 und 1974 haben 19 000 dieser Läden dichtgemacht), wobei die Verkäufer, die dabei ihren Arbeitsplatz verlieren, eine Reservearmee ausmachen, die von den Kapitalisten als Lohndrükker eingesetzt wird.

Ausgetragen wird diese Konkurrenz auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten: Aus den Angaben der großen Kaufhauskonzerne über die Umsatzentwicklung im letzten Jahr geht hervor, daß Kaufhof, Karstadt usw. den Umsatz um ca. 3 bis 4 % erhöht, die Verkaufsflächen erweitert – und das Personal reduziert haben.

Schneider will in Freiburg zwischen Kaufhof und Hertie Fuß fassen. Das ging los während des Eröffnungsgeschäfts damit, daß die Beschäftigten bis an den Rand der Erschöpfung getrieben wurden, Überstunden in Massen machen mußten, was sich gleich ins Weihnachtsgeschäft fortsetzte.

3 Monate standen die Beschäftigten bei Schneider in verschärftem Streß. Der Personaleinsatz war so knapp gehalten, daß viele Kollegen Einschränkungen ihrer Pausen, massenweise Überstunden und Streichung ihrer Rolliertage hinnehmen mußten.

Entlassungsdruck

Trotz dieser „großen Anstrengungen in unser aller Interesse" wurden die finanziellen Erwartungen der Herren Schneider etwas enttäuscht: Die Umsätze fast aller Abteilungen liegen nicht wenig unter ihrem Soll. Unruhe bei der Geschäftsleitung, besorgte Mienen bei den Abteilungsleitern: Ihre Karriere hängt von ihrer „Bewährung" ab, sprich viel Umsatz bei wenig Personalkosten.

Aber die Schneider-Kapitalisten sind umsichtig und dynamisch packen sie Probleme an. Umsichtig wurde der Eröffnungstermin so gelegt, daß für die meisten Kollegen die Probezeit nach Weihnachten und die ersten 6 Monate ohne Kündigungsschutz im März vorüber ist. Auf der Grundlage dieser umsichtigen Terminplanung ging's dann dynamisch ans Durchputzen des Geschäfts.
schäfts.

Einige Kollegen erhielten am Tag vor Heiligabend oder an Sylvester, andere Ende Januar / Anfang Februar die Kündigungsschreiben. Begründung immer die gleiche: Ihre Arbeitsleistung läßt zu wünschen übrig. Oft widersprachen diese Begründungen direkt den Beurteilungen, die die Betroffenen zum Ende der Probezeit von ihren Abteilungsleitern erhalten hatten.

Ein Beispiel: In der Schmuckabteilung waren nach Ansicht der Geschäftsleitung zuviel Verkäuferinnen eingesetzt. Kolleginnen wurden von dort weg und als Springer eingesetzt. Bei „Bewährung" in ihrer neuen Aufgabe wurde eine Gehaltserhöhung in Aussicht erstellt. Klar, daß man als Springer an Sondertischen – einmal Unterhosen, dann Schallplatten, dann Töpfen – als ausgebildete Schmuckverkäuferin kein Wahnsinnsinteresse hat. Aber beide haben gearbeitet und nicht wenig. Nach 1 1/2 Monaten: Entlassen wegen mangelnder Arbeitsleistung. Das ganze Manöver war von Anfang an genau kalkuliert.

Nicht viel zu spüren ist hier von der Sozialgebundenheit des Eigentums – vielbeschworen von CDU, SPD und FDP – wohl aber von der Freiheit für die Kapitalisten, Arbeiter auszubeuten und wenn ihnen die Ausbeutung keinen Profit mehr bringt, diese auf die Straße zu werfen. Freiheit für die einen – Diktatur über die anderen.

Arbeitsbedingungen schlechter als das Gesetz erlaubt

Einer Kollegin wurde gekündigt, an die 50 Jahre alt, geschieden, schulpflichtige Tochter, ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld, weil vorher als Haushaltsgehilfin keinen Versicherungsbeitrag gezahlt und noch keine 6 Monate vollbeschäftigt. Abgeschafft und verzweifelt, weiß sie nicht wie's weiter gehen soll. Eine junge Kollegin kommt aus Lahr, wo eine der höchsten Arbeitslosenquoten Baden-Württembergs besteht. Sie findet dort so schnell keine Arbeit. Aber Filbinger weiß es: „Zwei Drittel aller arbeitslosen Jugendlichen wollen nicht arbeiten." Eine andere gekündigte Kollegin ist völlig am Ende: „Zu was bin ich noch nütze. Ich kriege doch keinen Job mehr." – „Die CDU darf stolz darauf sein, daß heute sie alle – Alemannen, Schwaben etc. – dieses Land als ihr Land ansehen, ein Land, in dem es sich zu leben lohnt." – Für die Kapitalisten durchaus!

Protestdemonstration der HBV in Essen



Am Mittwoch, dem 24.3., fand in Essen eine Protestdemonstration und -veranstaltung der Beschäftig-

Am Mittwoch, dem 24.3., fand in Essen eine Protestdemonstration und -veranstaltung der Beschäftigten im Einzelhandel statt. Aufgerufen hatte die HBV. Zirka 300 Kollegen nahmen daran teil.

In einer breiten Flugblattbefragung erklärten 14 960 von 15000 HBV-Mitgliedern in Essen, die 8,5 %-Forderung der HBV sei das Mindeste, unter dem keiner aus der Tarifrunde herauskommen dürfe, und sie wollten die Forderung akiv unterstützen. Über die in vielen Betrieben beschlossenen Festgeldforderungen hatte sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hinweggesetzt.

Vom Einsatz an den Sondertischen sind alle Kollegen „begeistert": Die Dekorateure müssen oftmals Überstunden schieben, weil der Aufbau eines Standes während der Öffnungszeit den „Geschäftsfluß" stören könnte.

Die Verkäufer sind fast dauernd dem Zug ausgesetzt; bei jedem Öffnen der Seitentüren fürchten sie um ihre Nieren. Sie stehen den ganzen Tag auf engstem Raum in dauerndem Trubel, das geht an die Nerven und in die Beine: Aber Hauptsache, sie können noch kassieren.

Um die „Ästhetik" des sechstmodernsten Kaufhauses der Welt nicht zu stören, werden an den Sondertischen keine Stühle aufgestellt: „Wo sollen die hin und was denken Sie, wie komisch das aussieht?" Das sagen Leute, Aufsichtsangestellte, der Chef der Hausinspektion, die selbst nie dort stehen müssen.

„Seit 1900 gibt es ein Gesetz: In offenen Verkaufsräumen muß für die daselbst beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge eine nach der Zahl dieser Personen ausreichend geeignete Sitzgelegenheit vorhanden sein. Sie muß auch während kürzerer Arbeitsunterbrechungen benutzt werden können."

Seit 1892 existiert die Firma Schneider; 76 Jahre Zeit, um dieses Gesetz auswendig zu lernen. 3 Monate gab es überhaupt nirgends Stühle, außer an den Lebensmittelkassen, dann haben sich einige Frauen Notbehelfe in die Kassenaufbauten gestellt. 2 Tage lang, bis Siegbert Schneider in seiner ganzen Überflüssigkeit durch die Hallen schwebte und diese Notbehelfe wegnehmen ließ. Nach einem offenen Brief des Betriebsrates kamen dann einige Stühle, aber z.B. in der Lebensmittelabteilung oder an den Sondertischen sucht man sie vergebens. Dort aber sind sie am nötigsten: Manche Verkäuferinnen müssen bis zu 8 Stunden zwischen den Rolltreppen stehen, unter sich den Rolltreppenmotor, der den ganzen Körper „in ein angenehmes Kribbeln versetzt". Kaum traut man sich ein paar Schritte weg – es könnte ein Kunde kommen und dazu ein Herr von der Geschäftsleitung.

Im Restaurant, am Kuchenbüffet, streicht ein ständiger Luftstrom über die Torten. Vielleicht hat sich der Architekt gedacht, das ist gut für den Kuchen, dann bleibt er frisch – an die Menschen hinter dem Büffet hat er nicht gedacht; von denen wurde er ja auch nicht bezahlt, sondern von den Kapitalisten, und für die sind Arbeiter in gewissem Sinn nur Teile einer Maschinerie: Wenn so ein Teil „chronische Bronchitis kriegt oder Rheuma, weil er erhitzt im Zug steht", dann findet sich nach ein paar Mal Fehlen schon ein Entlassungsgrund – der Teil wird ausgewechselt – oder er geht von allein, weil er sich nicht kaputt machen will. Draußen stehen genug.

Der Unmut über diese Zustände wächst. Viele Kollegen setzen sich während der Arbeitszeit mal kurz ab und rauchen eine; man versucht, die Pausen auszudehnen, manche machen blau.

Entsprechend wächst die Kontrolle durch die Geschäftsleitung: Nachdem der erste Personalchef entlassen war, führte sich der nächste, Herr Lehmann, damit ein, daß er an der Stempeluhr jeden Kollegen, der abends nach dem Umziehen stempelte, anschnauzte. Die Verkäufer sollen förmlich an den Ladentisch gebunden werden. Jede Minute, für die sie ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten verkauft haben, soll für ihn auch was abwerfen. Die halben Stunden allerdings, die man für's Geldhochbringen aufbringen muß, die hat noch keiner bezahlt gesehen. Man wagt auch kaum noch, während der Arbeitszeit sich mal zu unterhalten. Dauernd läuft einer der Geschäftsführer, der Revisor oder der Hausdedektiv durch die Gänge und beobachtet.

Eine Kollegin, allein in einer Abteilung, die normalerweise mit 4 Verkäuferinnen besetzt ist, mußte auf's Klo. Während ihrer Abwesenheit war der 2. Geschäftsführer da gewesen und hatte gemeckert, weil die Kasse unbesetzt war. Die Herren sind sich nicht zu schade, ihre Kontrolle auf die Toiletten auszudehnen: Striktes Rauchverbot mit der Warnung, daß kontrolliert würde.

Die Geschäftsleitung allein kann mit ihren Aufsehern die Kollegen nicht völlig überwachen und antreiben. Die Abteilungsleiter spielen da eine große Rolle: Sie sind verantwortlich für die Wirtschaftlichkeit ihrer Abteilungen, sie sind auch am Umsatz beteiligt – und ab und zu werden sie geschmiert: An einem der langen Samstage vor Weihnachten wurden die Abteilungsleiter nach Feierabend zum Empfang gebeten, während die Kollegen sich todmüde nach Hause schleppten. Kollegen aus dem Partyservice „durften" 2 Stunden länger bleiben zur Bedienung.

Filbinger, der jetzt wieder gewählt werden will, rechnet der CDU hoch an, daß sie als „bestimmende politische Kraft in Baden-Württemberg den Ausgleich der Interessen schafft und Klassenkampfdenken entschieden ablehnt". In unserem Betrieb sieht man, es gibt diesen Ausgleich der Interessen nicht: Jede Mark mehr Lohn, die wir uns erkämpfen, schmälert Schneiders Profit, jede Minute unbezahlte Mehrarbeit, die er aus uns herausholt, trägt zur Vergrößerung seines Eigentums bei.

Filbinger kann noch so sehr das Klassenkampfdenken ablehnen: Wo es Klassen gibt, gibt es Klassenkampf, wo Menschen ausgebeutet werden, fangen sie an, sich zu wehren. Bei uns im Schneider sind die Kollegen nicht mehr bereit, sich allem zu beugen. Vereinzelt noch machen sie ihrem Unmut Luft. Eine gekündigte junge Kollegin ging zu Personalchef Lehmann, hat ihm die Meinung gesagt, bis er sie rauswarf. Eine andere hatte sich was zu trinken geholt während der Arbeitszeit, als einer von der Geschäftsleitung in die Abteilung kam. Sie hat ihren Becher nicht weggestellt: „Wenn der was gesagt hätte, dann hätte ich ihn gefragt, ob er da oben nicht ein Bier trinkt, wenn er einen trockenen Hals hat."

Für die bevorstehenden Betriebsratswahlen haben die HBV-Mitglieder im Betrieb ein Programm beschlossen, auf das der neue Betriebsrat verpflichtet werden soll. Es enthält die folgenden Forderungen:

Keine Entlassungen aus Rationalisierungsgründen!
Keiner macht die Arbeit eines entlassenen Kollegen!
Keine Überstunden! Keine Einschränkung der Pausenzeiten!
Ersetzung des Rolliertages, wenn er auf einen Feiertag fällt!
Stühle an allen Kassen, in allen Abteilungen und an die Sondertische!
Schutzvorrichtungen gegen die Zugluft!

Die Durchsetzung dieses Programms in unserem Betrieb wäre ein Schritt hin zur Herstellung einer geschlossenen Front der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter. Ein Schritt dahin, daß sich die Kollegen in unserem Betrieb darauf besinnen: Wir sind keine Maschinen, die Tag für Tag schaffen zur Bereicherung des Kapitalisten, kommandiert, bevormundet und von oben herab behandelt durch seine Geschäftsführer und Aufseher; wir sind Menschen, und in unserer Einigkeit liegt unsere Stärke gegenüber denen, die von unserer Arbeit reich werden. – (s., Zelle Innenstadt, Freiburg)

60 DM innerbetrieblich angeboten

Der Trick ist ihnen verreckt

Singen. Nachdem am Mittwoch, dem 24. März, das Scheitern der Tarifverhandlungen in Südbaden bekannt wurde, legten die Kollegen der meisten größeren Metallbetreibe im Kreis Konstanz die Arbeit nieder.

Die Kapitalisten hatten sich geweigert, den sogenannten „Ludwigsburger Kompromiß" anzunehmen. Sie weigerten sich, das Festgeld von je 110 DM für die ersten drei Monate des Jahres zu zahlen, lehnten eine Vereinbarung über das Verbot von Maßregelungen ab und versuchten erneut, die Verhandlungskommission der IGM auf eine Verlängerung des Tarifvertrages für betriebliche Sonderzahlungen bis 31.12.76 festzulegen, um der IGM für den Rest des Jahres die Hände zu binden.

Bei der Georg Fischer AG in Singen legten am Mittwoch zirka 1200 Kollegen für eine Stunde die Arbeit nieder, es wurde eine Versammlung durchgeführt, auf der die Kollegen ihre Entschlossenheit bekräftigten, die 110 DM durchzusetzen. Die Kollegen der Fahr-Gießerei in Stockach haben eine Stunde gestreikt, ebenso die 100 Kollegen der Gießerei bei Allweiler in Radolfzell.

Diese Streikaktionen müssen den Direktoren der drei großen Metallbetriebe im Raum Singen, Georg Fischer, Alu-Singen und Fahr-Gottmadingen, in die Knochen gefahren sein. Jedenfalls haben sie sich zusammengesetzt und einen Plan ausgeheckt, dessen Resultat am Donnerstag morgen in allen drei Betrieben am schwarzen Brett zu lesen war. Die Geschäftsleitungen verkündeten, sie wollten den Arbeitern freiwillig entgegenkommen und boten ihnen ab 1. April 5,4 % und für die Monate Januar, Februar und März jeweils 60 DM.

Dieser Aushang löste bei den Kollegen in der Fahr heftige Debatten aus. Einige meinten, man müsse sich jetzt ruhig verhalten, wenn die Geschäftsleitung schon so großzügig sei. Andere jedoch stellten klar, daß dies ein faules Manöver sei, um die Kollegen ruhig zu halten, da die Fahr-Kapitalisten gerade ziemlich in Zeitdruck sind und sich im Zusammenhang mit der Tarifrunde keinen längeren Streik leisten könnten. Daß die Fahr-Arbeiter zum Kampf bereit sind, haben sie bereits am 12. Februar gezeigt, als zirka 1600 der 2400 Beschäftigten für nahezu zwei Stunden die Arbeit hinlegten.

Im Verlauf der Debatte wurde der Plan der Kapitalisten folgendermaßen eingeschätzt. Nachdem das 60 DM Angebot in den Betrieben widerspruchslos hingenommen worden wäre, hätten sie dieses Angebot der Forderung nach 110 DM in der Schlichtung gegenübergestellt. Der Schlichter hätte dann, na sagen wir 80 Mark vorgeschlagen, was bei brutto 1500 zufällig genau den von den Kapitalisten auch für die ersten drei Monate angepeilten 5,4 % entspricht. Für die verbleibende Differenz, so würden die Kapitalisten dann hoffen, lohne es sich für die Kollegen ja eigentlich nicht mehr zu streiken.

Nachdem man sich auf diese Einschätzung geeinigt hatte, war klar, da mußte etwas unternommen werden. Denn 110 Mark sind 110 Mark, und 60 oder 80 Mark sind entsprechend weniger. Das sieht jeder auf den ersten Blick, und jeder Kollege stellt sofort fest, daß diese Differenz vielleicht gerade seine gestiegenen Mietkosten sind. Im Gegensatz zu dem Schmierentheater der Prozentfeilscherei in den letzten Wochen sind diese Überlegungen frischer Wind für den Kampf. Man beschloß also, nach der Mittagspause vor den Verwaltungsbau zu ziehen. Die Kollegen der Kreiselheuermontage machten den Anfang. Die Frühschicht der Dreherei und Schweißerei schlossen sich an, wurden diesen Kollegen doch gerade in den letzten Wochen die Vorgabezeiten um 10 bis 15 Prozent gekürzt. Aus den weiter entfernt liegenden Abteilungen Werkzeugbau und Maishäckslermontage stießen ebenfalls Kollegen hinzu, alles in allem zirka 300 Mann, die mit Sprechchören die Geschäftsleitung aufforderten, zur Forderung nach 110 DM Stellung zu nehmen.

Nach einer Weile erschien dann auch einer von denen, hatte aber außer einem dummen Gesicht nicht viel zu bieten. Schließlich wurde eine Abordnung aus dem schnell herbeigerufenenen ersten Bevollmächtigten der IGM, dem Betriebsratsvorsitzenden und zwei der entschlossensten Kollegen bestimmt, die sich zu Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zurückzogen. Der oberste Boss der Geschäftsleitung war noch nicht da, der kam dann eine Viertelstunde später. Mit einem Pfeifkonzert wurde ihm der Zugang zum Verwaltungsgebäude verwehrt und er wurde aufgefordert, Stellung zu nehmen. Er meinte jedoch nur, mit einer Masse rede er nicht. Unter Pfiffen und Buh-Rufen ließ man ihn ins Verwaltungsgebäude.

Nach ungefähr einer halben Stunde erschienen sie alle wieder. Der IGM-Bevollmächtigte meinte, es mache den Eindruck, daß nicht die Schlichtung eingeleitet, sondern am Montag noch einmal verhandelt würde, und wir sollten uns einmal die Vorschläge des Direktors anhören. Der versprach uns dann hoch und heilig, daß er sich in den wahrscheinlich stattfindenden Verhandlungen am Montag für die 110 DM einsetzen würde, im übrigen hätten wir sein Angebot in den falschen Hals gekriegt. Daß wir es nicht in den falschen Hals gekriegt haben, sondern unsere Einschätzung richtig war, zeigt die Tatsache, daß die Anschläge am nächsten Tag in allen drei Betrieben wieder eingesammelt waren. Ihr Trick, die Ruhe in den Betrieben herzustellen, ist ihnen verreckt, da haben sie ihn einfach zurückgenommen.

Der IGM-Bevollmächtigte meinte in seinem Schlußwort, dies sei eine Demonstration für den „Ludwigsburger Kompromiß" gewesen. Da hat er sich getäuscht. Für die 5,4 % hat in der Fahr niemand demonstriert, die sind schon bei Bekanntwerden als völlig unzureichend bezeichnet worden. Wofür gestreikt wurde, war das Festgeld von 110 DM. Das zeigte auch die Debatte hinterher, wo viele Kollegen feststellten, daß diese Forderung für alle zwölf Monate durchgesetzt werden müßte, und daß die Forderung der ÖTV viel besser sei und wir nächstes Jahr auch so eine bräuchten. – (w., Kommunistische Gruppe Singen)

Saubere Berechnung

Programmgemäß sind in der letzten Woche die großen Automobilkonzerne mit Preiserhöhungen von rund 5 % herausgekommen. Der DGB stellt dazu fest, daß nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bei einer unterstellten fünfprozentigen Lohnerhöhung in der Autoindustrie Preissenkungen um 1,7 % möglich wären, wenn die Entwicklung der „Arbeitsproduktivität", d.h. also die Steigerung der Ausbeutung, auch nur ebenso groß bliebe wie im Durchschnitt der letzten vier Jahre. Eine größere Produktivitätssteigerung sei jedoch für dieses Jahr wahrscheinlich.

Das ist eine saubere Berechnung für einen Dachverband der Industriegewerkschaften, der zusammen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern der Einzelgewerkschaften gerade alles tut, um die Arbeiter und Angestellten auch in dieser Tarifauseinandersetzung drunten zu halten. Die Arbeiter zur Mäßigung angesichts der wirtschaftlichen Lage aufzurufen und die Kapitalisten nachher zu ermahnen, daß sie wegen der geringen Lohnerhöhungen und der gesteigerten Ausbeutung eigentlich die Preise senken könnten, statt sie zu erhöhen, kann man sich etwas Heruntergekommeneres vorstellen als solche Gewerkschaftsführer?

Loderer, der Vorsitzende der IG-Metall, kommt jetzt damit heraus, daß neue Tarifverhandlungen noch in diesem Jahr nicht ausgeschlossen seien. Nachdem er die Lohnauseinandersetzung mit allen Mitteln gebremst hat, deutet er jetzt an, die IGM werde im Herbst vielleicht über ein 13. Monatsgehalt und über vermögenswirksame Leistungen verhandeln. Es ist eine freche Verhöhnung der Gewerkschaftsmitglieder und aller Arbeiter, wenn Loderer jetzt damit herauskommt. Gleichzeitig zeigt er, daß er gut weiß, was auf die Arbeiter jetzt zukommt. Da will er für sich Spielraum haben, um erneut als Arbeiterführer hervorzutreten und die unvermeidlichen Kämpfe in die Irre zu führen.

IG Chemie Köln

Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft

Köln. Im Interesse der Arbeiter und Angestellten den Raubbau an ihrer Arbeitskraft zu verhindern und den Chemiekapitalisten entgegenzutreten, hat die Delegiertenhauptversammlung der IG Chemie Köln Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft beschlossen, die auf dem Gewerkschaftstag eingebracht werden:

Verkürzung der Schichtarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich; Zusatzurlaub für Schichtarbeiter über die Regelung im Manteltarif hinaus; Kurzpausen von mindestens 5 Minuten pro Stunde für Beschäftigte in Takt-, Akkord-, Fließ- oder Prämienarbeit; Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze von 63 auf 60 Jahre; einheitliche Ausbildungsvergütung für alle Auszubildenden, die wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert und den Lebensunterhalt sichert; Wegfall der Altersstaffelung in den Tarifverträgen, einheitliche Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte. Ein Antrag für mehr Urlaub, Angleichung des Urlaubsgeldes der Auszubildenden an das der Erwachsenen und stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit wurden angenommen.

1. Mai-Demonstration gefordert

Offenbach. Die Vertrauensleutekonferenz der IGM Verwaltungsstelle am 13.3. hat den DGB aufgefordert, am 1. Mai eine Demonstration durchzuführen.

Köln. Der 1. Mai muß als Kampftag mit Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel durchgeführt werden. Das beschloß die Delegiertenversammlung der IG Chemie Verwaltungsstelle Köln.

Kiel: Gegen politische Entrechtung

Kiel. Die Hauptdelegiertenkonferenz Ortsverwaltung Kiel der HBV am 20. März fordert von der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder die sofortige und ersatzlose Aufhebung des sogenannten Ministerpräsidentenerlasses und das Einstellen aller Initiativen für ein Sondergesetz sowie alle bisherigen Auswirkungen des Ministerpräsidentenerlasses rückgängig zu machen.

Sie fordert den HBV-Hauptvorstand auf, geeignete Initiativen zur Durchsetzung dieser Forderungen zu ergreifen und entsprechende Aktionen durchzuführen.

VW Wolfsburg – Brief der Vertrauensleute

Die IG Metall als Kampforgan einsetzen

tion durchzuführen.
Köln. Der 1. Mai muß als Kampftag mit Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel durchgeführt werden. Das beschloß die Delegiertenversammlung der IG Chemie Verwaltungsstelle Köln.
che Ausbildungsvergütung für alle Auszubildenden, die wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert und den Lebensunterhalt sichert; Wegfall der Altersstaffelung in den Tarifverträgen, einheitliche Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte. Ein Antrag
des Ministerpräsidentenerlasses rückgängig zu machen.
Sie fordert den HBV-Hauptvorstand auf, geeignete Initiativen zur Durchsetzung dieser Forderungen zu ergreifen und entsprechende Aktionen durchzuführen.
VW Wolfsburg – Brief der Vertrauensleute
Die IG Metall als Kampforgan einsetzen

Wolfsburg. „Die Vergangenheit zeigt uns, daß bisher immer Gründe vorlagen seitens der Arbeitnehmer, bei materiellen und sozialen Verbesserungen zurückzustecken. Auch unsere Organisation hat sich teilweise von solcher Argumentation beeinflussen lassen. Auf diesem Weg können wir nicht mehr weiter gehen. Wir müssen damit anfangen, unsere IG Metall als Kampforganisation zu sehen und sie so einzusetzen." Das schrieben die Vertrauensleute aus Wolfsburg in einem Brief an die Tarifkommission. Entgegen dem Drängen der Arbeiter aus allen Werken, das Verhandlungsergebnis abzulehnen, nahm die Tarifkommission der IGM die 5,4 %, mindestens 97 DM, und die Urlaubsregelung, einen Tag mehr bis Januar 1979, mit 36 gegen 24 Stimmen an. Zwei Fünftel der Tarifkommission stimmten gegen das Ergebnis. Hierin drückt sich die breite Ablehnung durch die Belegschaft aus.

Der Abschluß ist günstig für das Kapital. Während die Sozialdemokraten von Vernunft beim Abschluß reden und über die Preiserhöhungen bei VW lamentieren, geht das Kapital rigoros vor. Ist der Arbeiter billiger geworden, ist das nur ein weiterer Grund, ihn bis auf die letzte Minute auszubeuten.

Die Vertrauensleute in Emden haben den richtigen Weg eingeschlagen, um sich auf die kommenden Kämpfe vorzubereiten. Sie waren auf ihrer Vertrauensleutesitzung für Ablehnung des Ergebnisses. Trotzdem stimmten ihre Vertreter in der Tarifkommission dafür. Die Vertrauensleute kritisierten dieses Verhalten kräftig und forderten die Tarifkommissionsmitglieder auf, zurückzutreten. Unter dem Druck der Kollegen sah sich dann der Betriebsratsvorsitzende Schmiedel (Aufsichtsratsmitglied) gezwungen, als Tarifkommissionsmitglied zurückzutreten. Die IG Metall muß als Kampforganisation eingesetzt werden. Das ist richtig. Die sozialdemokratischen Versöhnler stehen dem im Wege. Es ist nur korrekt, sie zu entfernen. – (w., VW-Zelle Wolfsburg)

Streik-Kündigungen mußten zurückgenommen werden

Krefeld. Drei Betriebsräte waren von der Firma Taschner fristlos gekündigt worden, weil sie mit ihren 60 streikenden Kollegen solidarisch waren. Am 17.3.76 streikten in Krefeld zirka 1500 Arbeiter gegen das unzureichende Angebot der Metallkapitalisten. Darunter auch die 60 Kollegen der Firma Taschner. Die Kündigung der drei Betriebsräte haben sich die Metallarbeiter nicht gefallen lassen. Auf einer Betriebsrätekonferenz der IG Metall wurde das Vorgehen der Geschäftsleitung scharf verurteilt. Die Geschäftsleitung versuchte zu spalten. Zwei der drei Betriebsräte wurden wieder eingestellt. Der Betriebsratsvorsitzende jedoch nicht. Aber der Schachzug gelang den Kapitalisten nicht. „Massive Arbeitskämpfe drohen", schrieb die „Westdeutsche Zeitung" vom 24.3. Darüberhinaus hatten die Betriebsräte eine Reihe von Solidaritätsadressen, auch von Betrieben außerhalb Krefelds, bekommen. Deshalb mußte die Geschäftsleitung alle Kündigungen zurücknehmen. Die IG Metall will darauf bestehen, daß in den Tarifvertrag aufgenommen wird: Wegen der Beteiligung an den Streiks darf niemand gemaßregelt werden.

5,4 % Abschluß wird abgelehnt

Rüsselsheim. Die Vertrauensleutevollversammlung von Opel Rüsselsheim hat am Dienstag mit großer Empörung den Abschluß abgelehnt. Sie fordert ihre Vertreter in der Tarifkommission auf, gegen den Abschluß zu stimmen.

Darmstadt. Die Funktionärskonferenz der IGM Verwaltungsstelle Darmstadt hat am Montag, 29.3., das Ergebnis abgelehnt mit 38 zu 24 und fordert ihre Tarifkommissionsmitglieder auf, dies auf der Tarifkommissionssitzung zu vertreten. Der Beschluß wurde gefaßt entgegen der Meinung des Bezirksleiters der IGM Hessen.

Bremerhaven. In einer Stellungnahme an den IG Metall Bezirksvorstand verurteilten die Kollegen und Lehrlinge der Firma Cassens & Plath den 5,4 % Abschluß für den Bereich Unterweser: „5,4 % reichen nicht, wir brauchen mehr. Für die ersten drei Monate haben die Unternehmer 330 DM zugestanden. Diese 110 DM pro Monat sind ein Zugeständnis an die Streikbereitschaft der Metaller. Diese 110 DM zeigen auch, welcher Abschluß möglich ist. Wir fordern Euch auf, den 5,4 % Abschluß sofort zurückzunehmen und die Urabstimmung einzuleiten."

Keine Maßregelung

Essen. Am 24.3. fand die reguläre Vertreterkonferenz der Verwaltungsstelle Essen mit 160 Delegierten statt. Die Delegierten verabschiedeten eine Resolution gegen „Maßregelungen und Entlassungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten", wie sie anläßlich der Warnstreiks stattgefunden hatten.

Streiks in NRW

In Südbaden, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wurde in zahlreichen Betrieben gestreikt, darunter auch in Paderborn und Castrop-Rauxel.

Castrop-Rauxel. Gegen die Lohnpolitik der Kapitalisten führten 60 von 100 Beschäftigten (praktisch die gesamte Morgenschicht) der Balo Motorenbau GmbH in Castrop-Rauxel am 23.3. einen halbstündigen Warnstreik durch.

Streik bei Hella

Paderborn. Die Vertrauensleutekonferenz der Paderborner IGM hat die große Tarifkommission aufgefordert, sich nicht weiter hinhalten zu lassen und die Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Daraufhin haben 200 Kollegen bei Hella (WMI) Paderborn eine halbe Stunde gestreikt, um der Forderung nach 8 %, 330 DM und zwei Tagen mehr Urlaub Nachdruck zu verleihen. Bei Hella ist der größte Teil der Kollegen in Lohngruppe 2 und 3 eingestuft. – (h., Paderborn)

Verwarnungen nach Streik zurückgenommen

Emsdetten. Mit Streiks und Überstundenverweigerung hatten die 180 Arbeiter bei der Firma Jansky geantwortet, als die Kapitalisten die vereinbarte Überstundenregelung nicht einhielten. 32 Verwarnungen wurden ausgesprochen. Am letzten Donnerstag wurde zwischen 13 und 13.45 Uhr erneut gestreikt. Sämtliche Verwarnungen wurden zurückgenommen und die Überstundenregelung so vereinbart, daß die Nachtzulage von 20 % ausbezahlt werden muß.

Großkundgebung am 8. April in Speyer

Speyer. Auf 819 soll die Belegschaft bei VFW jetzt abgebaut werden. Darin ist die Zahl von 89 Auszubildenden schon enthalten. Das erklärte mündlich die Geschäftsleitung. Am 8.4. findet eine Großkundgebung der IG Metall und einer Bürgerinitiative gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze statt.

Kronach (Coburg). Am letzten Mittwoch hat die Belegschaft der „Kronacher Werkzeugbau Klug" die Arbeit unbefristet niedergelegt. Sie streikt dagegen, daß der Kapitalist den Haustarifvertrag gekündigt hat und für die Arbeiter und Angestellten Lohnkürzung dabei herauskommt. Die 35 Gewerkschaftsmitglieder stellten vor dem Werk Transparente und Tafeln auf.

John Deere Vertrauensleute mit ÖTV-Kollegen solidarisch

Mannheim. Mit heftigem und langanhaltendem Beifall wurde auf der Vertrauensleutesitzung bei John Deere vom 23.3. die Erklärung eines Vertrauensmannes begrüßt, der zur Solidarität mit dem Kampf der Kollegen im öffentlichen Dienst für die 135 DM Forderung aufrief.

Ersatzlose Streichung des § 218

Kiel. Die Delegierten der Hauptdelegiertenkonferenz der Ortsverwaltung Kiel der Gewerkschaft HBV lehnen die am 12. Februar vom Bundestag verabschiedete Neufassung des § 218 ab. Sie treten für die ersatzlose Streichung des § 218 ein. Der Bundestag wird aufgefordert, einen Volksentscheid zum § 218 zu beschließen.

Beck's Bier: Neuer Manteltarifvertrag

Die Überstunden wurden verweigert

Bremen. Bei Beck & Co. in Bremen wird das Bier hergestellt, „das man auch ohne seinen Namen erkennt". Die Kapitalisten haben in den letzten Jahren eine große Steigerung ihres Bierumsatzes erzielt. Die Auftragslage und die Profite sind ausgezeichnet. Grundlage der Steigerung ist nicht etwa eine Vergrößerung der Produktionsanlagen, sondern verschärfte Arbeitshetze und Überstunden der Kollegen. Fast überall wird in zwei Schichten gearbeitet, der Rest in drei. Letzten Sommer wurde in der Dosenanlage mit zwei Schichten sechs Tage in der Woche rund um die Uhr gearbeitet (zweimal zwölf Stunden). In anderen Abteilungen sieht es ähnlich aus. Im Februar und März mußte fast an allen Sonnabenden produziert werden, was der Betriebsrat genehmigte. Die Überstunden in der Woche, wenn die Spätschicht eine bis zwei Stunden dranhängt, und das Reinigen der Maschinen am Wochenende laufen erst gar nicht über den Betriebsrat. Die Geschäftsleitung nimmt sich die Freiheit. Den letzten Streik bei Beck hatte es 1952 gegeben, und die Herren glaubten wohl, sich alles rausnehmen zu können.

Ein neuer Manteltarifvertrag

In den letzten Wochen entwickelt sich der Widerstand. Ein neuer Manteltarifvertrag war fällig. Nach acht Wochen Verhandlung war am Donnerstag, 11.3., das Ergebnis zu erfahren. Ein Tag mehr Urlaub, ab 1979 ein weiterer Tag. Urlaubsgeld 20 % vom Bruttolohn, bisher waren es 300 DM für alle. Für Lohngruppe 3 sind das etwa 317 DM. In der Frühstückspause wird darüber diskutiert. Als Ergebnis hängen einige Kollegen ein Plakat zur Einberufung einer Versammlung am nächsten Tag, 13 Uhr, auf. Zweimal wird das Ding abgerissen, einmal vom Betriebsratsvorsitzenden, ein zweites Mal vom Sani, ebenfalls Betriebsrat. Ein drittes Plakat bleibt schließlich hängen.

Noch am Nachmittag tritt die Verhandlungskommission erneut zusammen und beschließt, den erst für 1979 vorgesehenen Tag Urlaub bereits für
vorgesehenen Tag Urlaub bereits für
dieses Jahr zu geben. Ein erster Erfolg der Kollegen allein auf die Ankündigung, man wolle sich versammeln!

Ruhe gibt es deshalb nicht. Die Kollegen fordern mehr Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Am Freitag Vormittag wird eine Unterschriftensammlung für eine legale außerordentliche Betriebsversammlung gestartet, weil eine Reihe der Kollegen Bedenken haben, einfach die Maschinen abzustellen. Mittags erklärt der Betriebsratsvorsitzende vor etwa 100 Kollegen, er unterstütze das alles nicht, und wenn schon Versammlung, dann lieber außerhalb der Arbeitszeit im Gewerkschaftshaus. In einer Abstimmung wird das von fast allen anwesenden Kollegen abgelehnt. Die Unterschriften werden beim Betriebsrat abgegeben und man hört anderthalb Wochen nichts davon. Dafür erhalten zwei Kolleginnen aus der Kantine eine schriftliche Ermahnung der Geschäftsleitung für ihre „ungesetzlichen" Aktivitäten am Donnerstag. Am darauffolgenden Donnerstag erschien in der Ortsbeilage der KVZ eine Korrespondenz über die Bewegung bei Beck's, in der auch diese Einschüchterungsmaßnahme enthüllt wurde. Die Geschäftsleitung bot Freitag mündlich an, die Ermahnungen zurückzunehmen und einer betroffenen Kollegin Bildungsurlaub zu gewähren.

Überstunden wurden verweigert

Diese Woche gab es ein Hin und Her mit den Überstunden. Die Geschäftsleitung wollte länger arbeiten lassen, hatte es aber mit Protesten aus der Belegschaft zu tun. Zum Erfolg hatte dies, daß sich die Handwerker weigerten, länger zu arbeiten. Ab Dienstag war pünktlich Feierabend. Fast alle Kollegen aus der Produktion begrüßten dies. Sie haben schon lange gemerkt, daß sie sich hier kaputtmachen.

Am Montag, 22.3., erschien ein Flugblatt des KBW, in dem die sofortige Einberufung der Betriebsversammlung gefordert wurde und einiges über die Überstunden zu erfahren war. So gab es vor einiger Zeit eine Überprüfung der Überstunden durch das Gewerbeaufsichtsamt. Festgestellt wurde, daß bei Beck noch mehr Überstunden gemacht werden, als gesetzlich sowieso schon erlaubt sind. Zur Konsequenz hatte dies nur, daß die Meister die Stunden buchmäßig anders aufschreiben, damit sie nicht so leicht nachweisbar sind. Die Geschäftsleitung bestreitet nun nicht etwa diese Tatsache, sondern sucht nach „undichten Stellen" im Betriebsrat, „weil es sonst keiner wissen könne".

Das Flugblatt stieß auf großes Interesse und breite Zustimmung unter den
esse und breite Zustimmung unter den
Kollegen. Indessen veröffentlichte der Betriebsrat am Dienstag, 23.3., die Termine für die Betriebsversammlung. Am 2.4. und 9.4. jeweils 17 Uhr im Gewerkschaftshaus, ganz den Wünschen der Geschäftsleitung entsprechend. Die Arbeiter werden auch unter diesen schlechteren Bedingungen ihre Forderungen vertreten: mehr Urlaubs- und Weihnachtsgeld! Schluß mit den Überstunden! Schriftliche Rücknahme der Ermahnungen! – (k.)

IG Druck Tarifkommission

Gegen den Willen der Mitglieder gehandelt

Oldenburg. Am 7.3. fand die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Oldenburg der IG Druck und Papier statt. Der Bezirksvorsitzende Lange kam, obwohl angekündigt, nicht. Er hätte sich nicht nur rechtfertigen müssen, daß er die aufgestellte Festgeldforderung des Ortsvereins Hannover frech als „Chaotenforderung" bezeichnete, sondern auch wegen der Tatsache, daß die Tarifkommission eine 9 %-Forderung aufgestellt hat, obwohl von 48 eingegangenen Forderungen der Ortsvereine 32 für eine Festgeldforderung waren (14 für eine Prozentforderung und 2 für Sockel und Prozent).

In der Tarifkommission hatten sich von 41 Funktionären 5 (fünf!) für eine Festgeldforderung ausgesprochen und 13 für eine Prozentforderung. Der große Rest von 23 Funktionären hatte sich der Stimme enthalten. Dieses Ergebnis konnte natürlich mit solchen Stimmenverhältnissen den Mitgliedern schlecht offengelegt werden. Also läßt der Hauptvorstand der IG Druck und Papier den Chefredakteur in der Gewerkschaftszeitung „druck und papier" den Mitgliedern folgende „Ergebnisse" mitteilen: „Nach lebhafter Diskussion in der Mitgliedschaft ist die Entscheidung gefallen. Am 25. Februar trat die zentrale Tarifkommission für die Druckindustrie in Stuttgart zusammen. Sie hat nahezu einstimmig beschlossen ..." und dann folgen die einzelnen Forderungen. Verschwiegen wird, daß mehr als die Hälfte der Mitglieder der Tarifkommission sich der Stimme enthielten. So kam die Prozentforderung durch und sie brauchten ihren Mitgliedern gegenüber nicht zu vertreten, daß sie für Prozentforderungen gestimmt hätten.

Behauptet wird im Druck-Zentralorgan: „DM-Forderung und Prozentanhebung halten sich die Waage." So wird gerechtfertigt, warum die Tarifkommission nicht dem mehrheitlichen Willen der Ortsvereine nach einem einheitlichen Festgeldbetrag zugestimmt hat. So veröffentlicht der Chefredakteur auch als Beispiel fast gleich viele Festgeldforderungen wie Prozentforderungen aus verschiedenen Ortsvereinen. So sollen die Mitglieder glauben, daß die Tarifkommission nur nach dem Willen der Mitglieder handelte.
delte.

Die Kollegen waren einfach sauer. Einige standen auf und warfen den Funktionären Abgehobenheit von den Kollegen in den Betrieben und völlige Übergehung der Ortsvereinsforderungen vor. Der Ortsvereinsvorsitzende Werner Mock wurde dabei nicht geschont, denn er versuchte, die Prozentforderung in Verbindung mit einer neuen Lohnrahmenstruktur als das einzig Wahre den Kollegen unterzujubeln. Und mit seiner Krämerseelennatur vertrat er dann auch noch die Ansicht, daß „man sich ja im nächsten Jahr noch Nachschlag holen" könne, wenn es in diesem Jahr nicht reichen sollte. Als er dann auch noch erklärte, daß die Kollegen gar nicht bereit seien, zu streiken, weil keine Einheit in den Betrieben herrsche, spielten die Kollegen nicht mehr mit. Sie meinten, daß man nicht lamentieren solle, ob ein Streik durchführbar sei, sondern man müsse ihn anpacken und durchführen! Sie sagten, daß die Kapitalisten in diesem Jahr bestimmt nicht die Hände in den Schoß legen würden, sondern versuchen werden, der Arbeiterklasse Niederlagen beizubringen.

Die 9 Prozent auf den Ecklohn sind umgerechnet 32,40 DM in der Woche (138 DM im Monat) mehr. Die Lohngruppen unter dem Ecklohn sollen einheitlich den Betrag erhalten, der in Prozenten auf den Ecklohn herauskommt. Dabei sind diese 32,40 DM eine Grundlage, die einen einheitlichen Kampf ermöglicht. Diese 32,40 DM pro Woche mehr müssen erkämpft werden. – (Stalling-Zelle, Ortsgruppe Oldenburg)

IG Druck Offenbach: „Berufsverbote zurücknehmen!"

Offenbach. Auf der Jahreshauptversammlung der IG Druck Offenbach wurde einstimmig gefordert: „Rücknahme aller Berufsverbotserlasse. Die vielen hundert bereits ausgesprochenen Berufsverbote müssen zurückgenommen, die Praxis der Gesinnungsschnüffelei und Verunsicherung muß beendet werden." Nach kurzer Debatte, in der auf die elende Lage der jugendlichen Schulabgänger ohne Ausbildungsmöglichkeit und Arbeit eingegangen wurde, unterstützte die Jahreshauptversammlung einstimmig die Forderung, „alle arbeitslosen Schulabgänger vom Arbeitsamt als Arbeitslose anzuerkennen und ein Arbeitslosengeld zu zahlen in Höhe der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung."

IG Chemie Festgeldforderungen

Im Bezirk Nordrhein der IG Chemie wurden zahlreiche Festgeldforderungen in den Betrieben aufgestellt:

Betrieb	Forderung
Clouth-Gummiwerke	8,5 % mind. 120,–
Wacker-Chemie	155,–
Herbol	150,–
Erdöl-Chemie	150,–
Böttcher	5 % u. 80,–
Degussa	3 % u. 120,–
Sachtleben	160,–
Akzo	155,–
Verw.Stelle Wuppertal	150,–
Messer-Griesheim	135,–
Wiederhold	150,– bis 170,–
Uranit	2,5 % u. 120,–

IG Chemie Heidelberg

Heidelberg. Die Vertrauensleute der IG Chemie Verwaltungsstelle Heidelberg haben auf einer Sitzung am 25.3. der großen Tarifkommission empfohlen, 110 DM und 3 % mehr Lohn zu fordern.

Frankfurt/M. Auf einer Betriebsversammlung in der letzten Woche in den Farbwerken Hoechst wurde von mehreren Kollegen bei der Aussprache über die Tarifrunde die von der IG Chemie aufgestellte gemischte Sockel/Prozentforderung von 50 DM und 5 % kritisiert. 30 Kollegen aus dem Bereich der angewandten Physik überreichten dem Mitglied der Großen Tarifkommission Schäfer einen Protestbrief, in dem sie 170 DM für alle forderten.

HBV: 115 DM Festgeld für Einzelhandel

Hannover. Die Delegiertenkonferenz der HBV Hannover, 110 Delegierte, fordert:
1. Die Stufenausbildung im Einzelhandel soll abgeschafft werden zugunsten dreijähriger Regelausbildung.
2. Die HBV soll aus der Konzertierten Aktion austreten.
3. 115 DM Festgeld als Tarifforderung.



Augsburg. Siemens hat in Augsburg Massenentlassungen angekündigt. Dagegen und gegen Entlassungen und Stillegungen in weiteren Betrieben hatten am 22.3.76 1700 Arbeiter und Angestellte protestiert. Die Siemens-Aktionäre haben auf ihrer letzten Jahresversammlung am 18. März mit Befriedigung festgestellt, daß sie ihren guten Schnitt gemacht haben.

Ein Siemensarbeiter berichtet von der Aktionärsversammlung

Vorstand: „Gut durchs Jahr gekommen"

München. Peter von Siemens, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, übernimmt im Kongreßsaal des Deutschen Museums die Begrüßung, wobei er seiner Zuversicht Ausdruck gibt, daß es wieder aufwärts geht. Das Hauptreferat hält der Vorsitzende des Vorstandes, Dr. Plettner.

Seine einleitenden Worte sind: *„Auch Siemens hatte im vergangenen Jahr in weiten Bereichen des Unternehmens mit größeren Schwierigkeiten als bisher zu kämpfen. Im ganzen gesehen sind wir jedoch gut durchs Jahr gekommen."*

Jetzt bin ich aber sprachlos. Auf der letzten Betriebsversammlung bei Siemens-Hoffmannstraße hatte der Bericht der Geschäftsleitung ganz anders gelautet. Da war doch klar gesagt worden, daß Siemens reale Verluste hatte hinnehmen müssen. Deshalb mußten doch auch 14000 Kollegen entlassen werden, deshalb mußten auch 30000 Kollegen kurzarbeiten. Und nun spricht dieser Dr. Plettner davon, daß der Auftragseingang im Inland um 7 % gestiegen ist. Im Ausland seien die Aufträge aus den Ölländern, nach dem sprunghaften Anstieg durch den ungewöhnlich hohen Anteil an Großaufträgen im Vorjahr, jetzt etwas zurückgegangen. In den übrigen Ländergruppen hielten sich die Aufträge auf dem im Vorjahr erreichten hohen Niveau. Neben kleinen Einschränkungen im Geschäft mit Frankreich und Italien stiegen die Aufträge z.B. aus Österreich, Schweden und Finnland überdurchschnittlich.

Nun kam er auf den Umsatz zu sprechen. Wieder eine Überraschung für mich: Der Umsatz war gegenüber dem letzten Jahr um 10 Prozent gestiegen.

Die Datentechnik, der Bereich, der uns immer als besonders in den roten Zahlen stehend hingestellt wurde, hatte den größten Anstieg von 4 Prozent im Verhältnis zu den anderen Bereichen zum Jahr 69/70.

Die eingangs erwähnten Verluste lagen also darin, daß die Steigerungen nicht ganz so hoch lagen wie im Jahr zuvor. Die Kapitalisten haben auf jeden Fall ihren Schnitt gemacht. Daß ihre Erwartungen nicht ganz erfüllt wurden, führt Dr. Plettner auch auf die „überhöhten Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaft" zurück. Und um dies zu erklären, geht er sehr weit zurück in die Geschichte, bis er bei den Protestbewegungen der 60er Jahre gelandet ist. Die wären nämlich schuld, daß „die Überzeugung, daß nur harte Arbeit die Volkswirtschaft vorwärtsbringt, gelitten hat". Gelitten hat allerdings die Überzeugung, daß die Arbeiter durch ihre harte Arbeit etwas anderes als die Erträge der Kapitalisten.

Trotz aller Umsatzsteigerungen, trotz der guten Auftragslage, sei mit einer Dauerarbeitslosigkeit bis in die 80er Jahre zu rechnen. Siemens denkt auch in Zukunft nicht daran, wieder Leute einzustellen, vielmehr soll die Produktion um 15 Produzent gesteigert werden, durch Vollauslastung und Überstunden. – (Siemens-Zelle, München)

Siemensjahresbericht

Wie Maden im Speck Dividende und Gratisaktien für 8 Mrd. DM

In ihrem neuesten Jahresbericht zur Hauptversammlung rechnet die Siemens AG ihren Aktionären vor, wie sich ihre Aktien vermehren, ohne daß sie auch nur einen Finger krümmen müssen. Aus einer Aktie, die ein Kapitalist 1960 an der Börse gekauft hat, sind inzwischen zwei geworden, ohne daß er einen einzigen Pfennig zulegen mußte und die Dividende obendrein verjubelt hat.

Der Arbeiter, dem solche Wunder nicht widerfahren, weiß dennoch, woher diese Verdoppelung kommt. Er hat sie nämlich dem Aktienbesitzer vollbracht.

Der Profit, den der Arbeiter durch seine Arbeit schafft, wird nur zum Teil als Dividende ausgeschüttet. Zum anderen Teil wird er in Kapital verwandelt, das nun im folgenden Jahr ebenfalls Profit liefern und die Summe der Dividende erhöhen soll.

Es wird aber nicht auf die einzelne Aktie mehr Dividende ausgeschüttet, sondern es wird von Zeit zu Zeit durch Ausgabe neuer Aktien das „Grundkapital" erhöht. Es wird so insgesamt mehr Dividende gezahlt, ohne daß auf die einzelne Aktie mehr gezahlt würde.

Auf die neu ausgegebenen Aktien haben die alten Aktienbesitzer ein Bezugsrecht und sie kassieren dabei fast genausoviel wie schon durch die Dividende. Zwar müssen sie der Aktiengesellschaft für den Bezug der neuen Aktien etwas bezahlen, aber weit weniger als ihr Kurs an der Börse ist. Nehmen wir an, der Bezugspreis für eine neue Aktie sei 200 DM, ihr Kurs aber 400 DM. Ein Aktionär, der Bezugsrechte für zwei Aktien hat und dafür 400 DM bezahlen muß, verkauft eine der beiden neuen Aktien an der Börse wieder für 400 DM und hat dann immer noch eine Aktie neu, ohne daß ihn das etwas gekostet hat. Und natürlich bekommt er auf die neue Aktie die gleiche Dividende wie auf die alten. Außer der Dividende bekommt er auch noch Gratisaktien.

So hat dann ein Kapitalist, dem die tägliche Anspannung des Geschäfts zuviel geworden ist, und der sich z.B. vor 15 Jahren Aktien von Siemens gekauft und die Dividende jeweils auf Hawai oder im Tessin zwischen den Aufsichtsratssitzungen verpulvert hat, statt Aktien für sagen wir 2 Millionen DM jetzt für 4 Millionen DM und kann statt den 100000 DM, die er damals verfressen hat, jetzt 200000 DM im Jahr auf den Kopf stellen. Alles aufgrund eines Rechtstitels.

In der BRD wurden letztes Jahr 4,3 Milliarden DM Dividende ausgeschüttet. Außerdem wurden Kapitalerhöhungen im Kurswert von 7,2 Milliarden DM mit Bezugsrecht durchgeführt. Dafür mußten die Alt-Aktionäre nur 3,5 Milliarden DM bezahlen, so daß ihnen 3,7 Milliarden DM geschenkt wurden.

Die Arbeiterklasse muß diesen nutzlosen Haufen Schmarotzer nicht nur aushalten, sondern vermehrt auch noch beständig ihren Reichtum, woraus die Kapitalisten aus zusätzlichem Kapital zusätzlichen Profit und Mehrarbeit vom Arbeiter fordern. Naturnotwendig, wie es die Kapitalisten hinstellen, ist daran nichts. „Natürlich" ist vielmehr, wenn diejenigen, die alles produzieren auch das Kommando haben.

Ein Bankhai ist Vorsitzender der ÖTV-Schlichtungskommission

Da sieht man gleich klar

Der pensionierte Bankhai aus Hamburg, den wir letzte Woche unseren Lesern vorgestellt haben, ist prompt Vorsitzender der Schlichtungskommission geworden. Damit hat jetzt in der Schlichtungskommission der Dienstherr sechs Sitze, die DAG zwei, die ÖTV vier, und den Vorsitz hat ein Bankhai.

Diese Kommission ist ungefähr so neutral wie neulich der Schiedsrichter im Spiel Mönchengladbach gegen Real Madrid. Bloß braucht diese Kommission gar nicht bestochen zu werden. Sie sind mehrheitlich Angehörige der Gegenseite.

Diese Kommission tagt, nach dem Fernsehen, „an einem geheimgehaltenen Ort". Sie haben Sorge, daß ihnen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf den Pelz rücken. So würde es auch ausgehen.

Am Dienstag Abend hat sich die Kommission vorläufig mal vertagt. Man hat nicht zu einem „neutralen" Vorschlag gefunden. Wie geht das zu, wo doch die Mehrheit für die andere Seite so klar ist?

Genau deswegen kommen die Schwierigkeiten. Ein Schlichtungsergebnis aus dieser Küche wird von allen Beschäftigten mit Vorsicht genossen. Wir haben schon letzte Woche gesagt, daß es bloß gut ist, daß sie einen Bankhai zum neutralen Vorsitzenden gemacht haben. Da sieht man gleich klar.

Von den Belegschaften aus werden nach wie vor Aktionen verlangt. Es werden auch Aktionen durchgeführt. Das zeigt eindrucksvoll die Stärke dieser Lohnbewegung.

Es wird ja einiges unternommen, um Aktionen zu verhindern. In der ÖTV mauern die Kreisverwaltungen. Nach wie vor. Wo Aktionen von der Post zum Beispiel stattfinden, wird neuerdings aufgefordert, sich nicht zu beteiligen. So weit sind die SPD-ler am Dienstag in Berlin gegangen.

Das alles schlägt der Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes voll ins Gesicht. Es wird gemacht, damit die Beschäftigten mutlos werden sollen und die Sache den SPD-lern überlassen. Bloß, es funktioniert nicht. Man hat schließlich seine Erfahrungen. Die Sozialdemokraten treiben gegenwärtig ein gefährliches Spiel. Damit brauchen sie nicht durchzukommen.

Die Regierung wird *nicht* zahlen, es wird bei der Schlichtung *kein* irgendwie verkaufbarer Kompromiß herauskommen. Mit einer *Ausrede* kommt die Gewerkschaftsführung nicht aus dieser Lohnbewegung heraus. Es gibt entweder Lohnkampf oder sie hat Lohnraub zu verantworten. Zwischendrin ist nichts.

Deswegen denkt man in den Belegschaften auch nicht an Aufgeben. Wie könnte man? Deswegen werden die Aktionen fortgesetzt. – (mf.)

Polizei gegen Postlerdemonstration

„Wir Postler sind doch keine Knechte"

Westberlin. Die Lohnrunde im öffentlichen Dienst soll niedergeschlichtet werden. So hofft es die Regierung. Entgegen steht ihnen der Wille der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die 135 DM durchzusetzen.

Die Postler haben in Westberlin einen richtigen Schritt eingeleitet. Kein Verlaß auf die Verhandlung, ist ihre Devise. Schon in der letzten Woche hatte der Vertrauensleutekrörper des Fernmeldeamtes 3 mit über 3000 Beschäftigten eine Demonstration geplant. In anderen Amtsgruppen der DPG in Westberlin stieß sie sofort auf positiven Widerhall. Eilig reiste der sozialdemokratische Bezirksvorsitzende der DPG, Waldemar Hirsch, an, um von der Aktion abzuraten. Das gelang nicht. Er mußte sogar zugestehen, daß die DPG in Westberlin offiziell zur Demonstration aufruft.

Als dieses in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes bekannt wurde, gab es sofort eine starke Strömung unter den Kollegen der ÖTV und der GEW, sich daran zu beteiligen.

Dem Bezirksvorstand der ÖTV, Heinz Hackbart, flatterten Aufforderungen von Betriebsgruppenvorständen, Vertrauensleuteversammlungen auf den Tisch, ebenfalls zu dieser Demonstration aufzurufen. Das war gar nicht im Sinne der Sozialdemokraten. Sie hätten es am liebsten, daß bei dieser Aktion nicht mehr als fünf Postler vorzuführen sind, um dann zu behaupten, daß keine Kampfbereitschaft unter den Kollegen vorhanden ist.

Kurz vor der Demonstration gab es deshalb eine telefonische Absprache zwischen den Vorständen von DPG und ÖTV, daß kein ÖTV-ler zugelassen werden sollte. Diese Meldung wurde jedoch nicht öffentlich, sondern nur über Rundruf an Betriebsgruppenvorstände gemeldet. Viele erreichte diese Meldung gar nicht.

Am Dienstag um 16 Uhr versammelten sich über 800 Menschen am Abmarschplatz. Vorwiegend waren es Postler. Der Zug wurde sofort in Bewegung gesetzt. Alle, die nur fünf Minuten später kamen, mußten bereits hinterherlaufen, um den Zug zu erreichen. Trotzdem wuchs die Demonstration ständig an und erreichte eine Stärke von über 1200. Es wären noch wesentlich mehr geworden. Der bürgerliche Staat hatte aber groß auffahren lassen. Ein Polizeiaufgebot von selbst für Westberlin ungemeiner Größe umzingelte die Demonstration. Das Ziel der Demonstration, ein Postamt, glich einer belagerten Festung. Während der Demonstration gab es immer wieder brutale Polizeieinsätze in die Demonstration hinein. Geleitet wurden diese Einsätze von Bernd Lindemann, Mitglied des Bezirksvorstandes der DPG, Sozialdemokrat, 1974 aus dem Hauptvorstand abgewählt. Dieser Lump ließ die Polizisten gegen Transparente vorgehen, die von Nichtpostlern getragen wurden. Die Texte auf diesen Transparenten unterschieden sich in nichts zu denen der Postler. Sie waren gekennzeichnet als Jugendgruppe der ÖTV in der Bundesversicherungsanstalt oder Kollegen des Klinikums Steglitz, Schulgruppe der GEW usw. Besonders erpicht waren die Polizisten auf Transparente aus Bereichen der Industrie. Kollegen des Metallbetriebes Fritz Werner, die ein Schild trugen: Kollegen von Fritz Werner untestützen den Kampf für 135 DM, wurden gleich zu Beginn tätlich angegriffen und das Schild wurde ihnen entrissen.

Trotz laufender Störversuche verhinderten die Demonstranten jedoch, daß alle Transparente, die die Einheit der Arbeiterklasse im Lohnkampf zum Ausdruck brachten, aus der Demonstration entfernt wurden. So wurden Transparente von Kollegen der Druckindustrie, der Metallindustrie, der Schwarzkopfwerke weiter mitgeführt. Dies kann man nur richtig würdigen, wenn man weiß, mit welcher Brutalität die Polizei vorging.

Immer wieder erschollen die Sprechchöre: Wir Postler sind doch keine Knechte, wir kämpfen jetzt für unsere Rechte.

Diese Parole war 1974 das Startsignal, mit denen die Postler die Kampfaktionen, die zum großen Streik im öffentlichen Dienst führten, in Westberlin einleiteten. Die Parole: Weg mit der Schlichtung, Urabstimmung und Streik für 135 Mark, bildete den zentralen Kern. In der Abschlußrede wurde unter Beifall darauf hingewiesen, daß die Postler nicht nur demonstrieren können, sondern auch streiken. – (h., Westberlin)

Niederlage für Polizeiminister Maihofer

Heidelberg. Polizeiminister und oberster Dienstherr Maihofer sollte am Dienstagabend in Heidelberg „garantiert liberal" für die FDP Stimmen fangen. Das gelang ihm nicht, obwohl er sich in einen kleinen Saal mit 200 Sitzplätzen verkroch. Verfolgt und gestellt wurde er von einer Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst, von Arbeitern, Angestellten und Studenten. Vier Transparente mit ihren Forderungen wurden an die Wände gehängt. Einen zusammenhängenden Beitrag konnte er nicht halten. Von heftigen Zwischenrufen und Sprechchören zur Stellungnahme gezwungen, ließ er heraus, daß er 7000 Mark netto und einige Tausende nebenbei verdient, daß er sich zur Gewalt des Staates gegen das Volk bekennt. Die Polizei sei da, um die „Spielregeln der Verfassung" zu garantieren. Das Thema des Abends sei Terrorismus und Extremismus. Der Kern der Verfassung müsse gewahrt werden. Zwischenruf: Kern der Verfassung ist das Privateigentum. Frage von Maihofer: Was sollen wir tun? Sprechchor: Aufhebung des Privateigentums! Nieder mit dem Lohnsystem!

Er, Maihofer, sei gegen die 135 Mark Forderung im öffentlichen Dienst. Das mache den Staat kaputt. Anwort: Ja. Weg mit dem Beamtenrecht, weg mit dem KPD-Verbot!

Nach dreißig Minuten mußte er die Diskussion für das „Gespräch mit den Bürgern" freigeben. Anläßlich des Beitrags eines Beamten, der sich beklagte, daß er sich im gehobenenen Dienst aufopfere, ständig Überstunden mache, aber noch nicht befördert worden sei, wurde enthüllt, daß, abgesehen von den Spitzenbeamten, die zur Volksunterdrückung da sind und deren Gier nicht mit 135 DM zu befriedigen ist, kein Lohnabhängiger Dankbarkeit des Staates für Aufopferung erwarten kann. Daß vielmehr das Dienstrecht, das Beamtenrecht, das geplante Streikverbot im öffentlichen Dienst Mittel der herrschenden Klasse sind, diejenigen, die sie in Dienst nimmt, selber zu unterdrücken. Nötig hat es der Staat, weil er das Privateigentum schützt und dies den Interessen der Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst nicht entspricht.

Maihofer sagte: „Jetzt wird mir klar, daß für Sie viel mehr hinter der Forderung steht." Zu Recht fürchtet Maihofer, daß die Gewerkschaftsbewegung, die sich auf der Festgeldforderung zusammengeschlossen hat, weitergeht und mit ihrem Schwung die Pläne der Bourgeoisie, Streikrecht und Tarifautonomie zu beseitigen, vernichtet.

Unerträglich wurde die Situation für Maihofer, als eine Diskussion im Betriebsrat des Max-Planck-Instituts für Kernphysik zusammengefaßt wurde: „Sie, Herr Maihofer, bekämpfen diese Festgeldforderung nicht als materielle, sondern als politische Forderung. Derzeit stehen also Ihre Unterdrückungsmaßnahmen den Interessen der breiten Schichten der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und des Volkes entgegen, und somit werden Sie und ihre ganze Regierung mit noch breiterem demokratisch geführtem Widerstand rechnen müssen." Hier entriß der Diskussionsleiter dem Redner das Blatt. Durch sofortigen großen Tumult wurde er gezwungen, es wieder herauszugeben und den Betriebsrat ausreden zu lassen.

Die Veranstaltung wurde mit der Ansprache einer KBW-Vertreterin und mit Sprechchören beendet: Bauplatzbesetzung, Schulkampf, Streik gegen das Kapital, das Volk nimmt sich seine Rechte allemal!

Anschließende Manöverkritik der führenden Heidelberger FDP-ler in einer Gaststätte: „Eine völlige Niederlage." „Was sollen wir tun?" „Wen können wir denn überhaupt noch einladen?" „Wir hätten der Festgeldforderung doch zustimmen können." „Du weißt, die FDP denkt anders."

So ist es, die FDP ist eine Partei der Geldsäcke, ebenso wie SPD und CDU.

GEHALTSNACHWEIS Monat: MAERZ Jahr: 76

ORTSZUSCHLAG UNTER VORBEHALT

Der Dienstherr schreibt jetzt auf die Gehaltsstreifen: Ortszuschlag mit Vorbehalt. Nach Abschluß des Tarifvertrages sollen die Lohnabhängigen rückwirkend geplündert werden. Über das Haushaltsstrukturgesetz vom November 1975 wurden die Ortszuschläge gekürzt. Das ÖTV-Magazin Dezember 1975 schrieb: „Um Einkommenseinbußen zu verhindern, wird eine Ausgleichszulage gezahlt. Sie verringert sich jeweils um die Hälfte des Betrages, um den sich Löhne und Gehälter aufgrund einer allgemeinen Tarifverbesserung erhöhen. Sonstige Erhöhungen werden voll angerechnet."



Darmstadt: Demonstration zur Kundgebung, siehe Bericht unten.

Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der Lehrer

Ohne Kündigungsschutz und unter Tarif

Frankfurt/M. Drastische Maßnahmen zur Verlängerung der Arbeitszeit für Lehrer hat das hessische Kultusministerium in jüngster Zeit eingeführt und geplant. Die Arbeitszeit der Lehrer wird in mehr oder weniger versteckter Form verlängert: Gestrichen wurden 9000 Entlastungsstunden für Schulleiter und ältere Lehrkräfte, Stundenermäßigungen für Lehrer mit Verwaltungsaufgaben (Schulbibliotheken o.ä.) oder besonderen Funktionen wie zum Beispiel Verbindungslehrer, sollen folgen. 11000 Stunden sollen in Unterrichtsstunden umgewandelt werden.

Einen „zumutbaren Eingriff" hat der Kultusminister dies genannt, aber nichts anderes verbirgt sich dahinter, als daß die gleiche Arbeit jetzt eben in entsprechend weniger Zeit geleistet werden muß. Das ist aber noch nicht alles. Gegenüber den zahlreichen Protestmaßnahmen von Eltern, Schülern und Lehrern gegen die Zustände im hessischen Volksbildungswesen hat er noch ein Manöver eingeleitet: „2000 Lehrer zusätzlich ab 1. August", hieß es in der „Frankfurter Rundschau" vom 26.3. Genauer betrachtet lösen sich diese Angaben der Landesregierung allerdings in einen einzigen Volksbetrug auf: nicht einmal die Hälfte davon ist wahr. 250 wirklich neue Planstellen sind für die hessischen Gesamtschulen vorgesehen, jene paar Vorzeigeschulen der Regierung, die von der Auszehrung besonders mitgenommen wurden. Die Lage der arbeitslosen Lehrer nutzt Krollmann dazu aus, auf jeweils zwei durch Pensionierung oder Tod freiwerdende Lehrer-Planstellen drei neue Lehrer zu setzen: entsprechend mit zwei Drittel Gehalt und zwei Drittel Unterrichtsstunden. Heraus kommt dann dabei, keine einzige Stunde weniger Unterrichtsausfall, dafür aber 1000 Lehrer mit Zeitverträgen, ohne Kündigungsschutz und unter dem Tarif, den die anderen Lehrer bekommen. Durch Stellenstopp, d.h. Rationalisierungen und Verschärfung der Arbeitshetze, sollen weitere 500 Stellen in anderen Bereichen der staatlichen Verwaltung eingespart werden, und entsprechend dem Zwei-Drittel-Prinzip mit weiteren 750 Lehrern besetzt werden.

Demonstration zur ÖTV-Veranstaltung

Darmstadt. Am Donnerstag, dem 25. März, führte die ÖTV in Darmstadt eine Veranstaltung zur diesjährigen Tarifrunde durch. Gekommen waren zirka 800 Kollegen, zum Teil während der Arbeitszeit, weil die Veranstaltung um 15 Uhr begann. Von der Technischen Hochschule und der Fachhochschule demonstrierten ja zirka 40 Kollegen durch die Stadt zur Kundgebung unter den Parolen „Bahn, Post und ÖTV – gemeinsam gegen Lohnabbau" und „135 DM sind knapp, davon rücken wir nicht ab". Auf der Veranstaltung wurde von Vertrauensleuten der Technischen Hochschule eine Resolution eingebracht, in der die Forderung nach 135 DM bekräftigt und die Ablehnung des Schlichtungsergebnisses und Urabstimmung gefordert wird. Die Resolution wurde mehrheitlich angenommen. Nach der Veranstaltung bildete sich ein Demonstrationszug, und trotz strömendem Regen marschierten 120 Kollegen in die Innenstadt.

Streik der Arbeiter im Betriebshof

Kassel. 300 Arbeiter der Kasseler Verkehrsgesellschaft haben am letzten Dienstag im Betriebshof Wilhelmshöhe die Arbeit für eine Stunde niedergelegt. Zuvor war eine Vertrauensleuteversammlung durchgeführt worden, der sich nach der Frühstückspause weitere Arbeiter angeschlossen. Einstimmig wurde die Tarifkommission aufgefordert, an der 135 DM Forderung festzuhalten. „Die Kollegen sind bereit, die Forderung durchzusetzen und notfalls durch weitergehende Maßnahmen unserer Gewerkschaft den nötigen Rückhalt zu verschaffen." 1974 hatten schon einmal die Arbeiter Maßnahmen ergriffen. Die Kasseler Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst hatten während des ÖTV-Streiks ihre Kampfstärke wirksam eingesetzt, das Rathaus besetzt und den Oberbürgermeister ausgesperrt.

Kassel. Donnerstag bzw. Freitag streikten 200 Kollegen des Zentrallagers der städtischen Werke, der staatlichen Gartenverwaltung, 140 Kollegen der Gesamthochschule Kassel, 200 des Betriebshofes Reinigungsamt, 60 des Staatstheaters.

An der Gesamthochschule Kassel sind am 25.3. zwischen 12 und 16 Uhr in den einzelnen Bereichen über hundert Kollegen zu Protestkundgebungen und kurzen Demonstrationen zusammengekommen, um noch einmal ihre Forderung nach 135 DM Festgeld zu bekräftigen.

Freiburg. Die Mitgliederversammlung der Abteilung Soziale Arbeit in der ÖTV hat am Montag, 22.3., nach einer Diskussion über die Tarifrunde beschlossen, am Freitag, den 26.3. nach Dienstschluß eine spontane Kundgebung in der Innenstdt durchzuführen.

Kollegen aus anderen Bereichen, vor allem aus der Hauptabteilung Land der ÖTV, unterstützten aktiv mit Flugblättern und Ständen die Vorbereitung für die Kundgebung.

100 bis 150 Menschen versammelten sich am Freitag in der Innenstadt und traten für die Durchsetzung der 135 DM ein.

Beamte für Demonstration

Hannover. Eine Veranstaltung des ÖTV-Kreisbeamtenausschusses am 18.3. empfahl dem Kreisvorstand, eine Demonstration des öffentlichen Dienstes zu organisieren.

Informationsstand

Dortmund. Am Samstag, 27.3., haben sich Mitglieder und Vertrauensleute der ÖTV aus verschiedenen Forschungsinstituten, von Fachhochschule und Universität mit Flugblättern und einem Informationsstand an die Bevökerung gewandt.

Der Streit der bürgerlichen Parteien um das Berufsbildungsgesetz

Einig beim Angriff auf das Recht auf Bildung

Am 8. April werden sich die bürgerlichen Parteien im Bundestag mit der Berufsbildung befassen. Über die Neufassung des Berufsbildungsgesetzes sind Regierung und Opposition zerstritten. Die CDU hat angekündigt, sie werde den Regierungsentwurf im Bundesrat zu Fall bringen. Zusammen mit dem Bundesrat hat sie einen eigenen Entwurf vorgelegt.

Die Ausbildung ihres Nachwuchses ist für die Arbeiter und das Volk zu einer immer brennenderen Frage geworden. Den Umgang mit den Produktionsmitteln kann heute niemand mehr in der eigenen Familie erlernen. Die Produktion findet gesellschaftlich statt und die Ausbildung in der Anwendung der Produktionsmittel ist längst zu einer gesellschaftlichen Aufgabe geworden. In der kapitalistischen Gesellschaft aber gehören die Produktionsmittel nicht denen, die arbeiten, sondern sie sind Privateigentum eines Haufens von Kapitalisten, deren einziges Interesse die Vermehrung des Profits ist.



Gießen. 2400 Menschen demonstrierten am 26.3. gegen die Schulpolitik der hessischen Landesregierung. Aufgerufen hatten die DGB und GEW-Kreisverbände Mittelhessen, Landes- und Stadtschulräte, Asten der Region, die Ortsgruppen des KBW in Gießen, Wetzlar und Friedberg und die Sympathisantengruppe des KBW in Marburg. Auch aus den ländlichen Gebieten waren viele Lehrer und Schüler gekommen, häufig mit Forderungen, die auf die Rückseite alter Landkarten gemalt waren. Die Losungen, die der KBW vorgeschlagen hatte, waren in der Demonstration sehr stark vertreten.

Die Ausbildung dem Profitinteresse unterworfen

Ausbildung unter der Regie der Kapitalisten und ihres Staates bedeutet Unterwerfung der Ausbildung der Jugend unter das Profitinteresse. Den Kapitalisten geht es nicht darum, die menschlichen Fähigkeiten auszubilden und zu entwickeln. Ihnen geht es darum, daß die Zulieferung der unterschiedlichen Arbeitskräfte gesichert ist, die sie für die kapitalistische Produktion brauchen. Mehr Ausbildung als eben nötig, um sie in den Fabriken ausbeuten zu können, ist ihnen für ihre zukünftigen Lohnsklaven zu viel und außerdem gefährlich.

Ständig suchen sie deshalb nach Wegen, das Recht auf Ausbildung von den verschiedensten Seiten her einzuschränken, während sie sich auf der anderen Seite der gesetzlichen Schranken zu entledigen suchen, die der Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte gesetzt sind.

Aus den Grund- und Hauptschulen wird ein wachsender Teil der Kinder in Sonderschulen abgeschoben, nach neun Schuljahren werden die Arbeiterjugendlichen mit ein paar Stunden Berufsschulunterricht pro Woche abgespeist und für die Ausbeutung im Betrieb freigegeben.

Hunderttausenden von Jugendlichen wird überhaupt jede vernünftige Berufsausbildung vorenthalten und sie werden gezwungen, sich den Kapitalisten als billigste Arbeitstiere anzubieten oder herumzulungern.

„Stufenausbildung" festgeschrieben

Angesichts von hunderttausend arbeitslosen Jugendlichen gehen die Kapitalisten gegenwärtig aufs Ganze. Über die Beseitigung von Schutzrechten der Jugendlichen in der Produktion haben sie sich schon geeinigt. Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz ist von den bürgerlichen Parteien einmütig verabschiedet worden. Über den Bundesrat holen sich die Kapitalisten jetzt sogar noch eine Zugabe. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 26.3. berichtet, hat sich der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat darauf geeinigt, daß das Sonntagsarbeitsverbot jetzt auch im Gaststättengewerbe aufgehoben werden soll. An zwei Sonntagen im Monat dürfen die Jugendlichen bis zu zehn Stunden ausgebeutet werden. Außerdem ist vorgesehen, daß der Arbeitsbeginn in der Landwirtschaft für Jugendliche allgemein bereits um 6 Uhr liegen darf.

Streit gibt es zwischen den bürgerlichen Parteien noch um die Beseitigung dessen, was von Rechten auf Bildung noch vorhanden ist.

Vergleicht man die beiden Entwürfe zum Berufsbildungsgesetz, stellt sich allerdings schnell heraus: Wo es darum geht, in aller Stille die jugendliche Arbeitskraft den Kapitalisten bequemer zur Ausbeutung und Vernutzung zu servieren und den Jugendlichen die verkümmerten Rechte auf eine Ausbildung zu stehlen, sind die Regierung und die Opposition ein Herz und eine Seele.

Bei der schlichten Verkürzung der Berufsbildung für die Masse der Jugendlichen von drei auf zwei Jahre, mittels Ausdehnung der Stufenausbildung, gibt es keine Differenzen. Diese „Stufenausbildung" habe sich „bewährt", heißt es in der Begründung des CDU-Entwurfs. Für die Kapitalisten stimmt das zweifelsfrei. Die Stufenausbildung verbilligt ihnen die Ausbildung, die halbausgebildeten Arbeitskräfte sind ebenfalls billiger und oft genug davon abhängig, ob sie von ihrem Lehrherrn eingestellt werden, weil sie mit ihrer Ausbildung in anderen Betrieben nichts anfangen können. Sie gibt dem Lehrherren Handhaben, die Lehrlinge in einen Konkurrenzkampf um die wenigen Plätze zu hetzen, die er für die Auffüllung seines Facharbeiterstammes braucht, und um ihnen seine Bedingungen zu diktieren.

Einig sind sich die bürgerlichen Parteien auch darin, daß die Berufsschulpflicht für die Kapitalisten lästig und deshalb aufzuheben ist. Wie wir berichtet haben, sieht der Regierungsentwurf dazu direkt die Aufhebung der Verpflichtung vor, die Lehrlinge für den Berufsschulunterricht „freizustellen". Zwar läßt die CDU den entsprechenden Paragraphen im Gesetz stehen, aber das bedeutet nicht viel. Der Umfang der Berufsschulpflicht wird nämlich durch Ländergesetze geregelt. Die Filbinger-Regierung hat bekanntlich im Winter durch einen Erlaß die Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Lehrstelle, für Kinder von Ausländern und für die Jugendlichen, wo der Lehrherr nicht bereit ist, sie „freizustellen", aus der Welt geschafft.

Damit nicht genug, will die CDU den Kapitalisten einen beträchtlichen Teil der Jugendlichen überhaupt ohne jede gesetzliche Einschränkung zur Abrichtung für die Fabrikarbeit ausliefern, bzw. ihre Auslieferung legalisieren. Bei „körperlich, geistig oder seelisch Behinderten oder Lernbehinderten" (so bezeichnet die CDU die Jugendlichen, die in Sonderschulen abgeschoben worden sind), bei den Jugendlichen, die in Erziehungsanstalten und in die Gefängnisse gesteckt wurden, soll insbesondere der sogenannte „Ausschließlichkeitsgrundsatz" nicht gelten, wonach „für einen anerkannten Ausbildungsberuf ... nur nach der Ausbildungsordnung ausgebildet werden" darf.

Mit Zustimmung seiner Kammer soll der Kapitalist unter dem Titel „Ausbildung" mit diesen Jugendlichen nach Gutdünken verfahren und für seine Willkür auch noch mit einem guten Geschäft belohnt werden. Es ist nicht verwunderlich, daß beide Gesetzentwürfe diesem Geschäft eine größere Passage widmen. Inzwischen rechnet die amtliche Statistik etwa 150000 Jugendliche pro Jahrgang als „Behinderte". Zusammen mit den Jugendlichen aus den Sonderschulen ist das ein beträchtlicher Teil der arbeitenden Jugend. Damit die Kapitalisten so richtig auf den Geschmack kommen, soll nach dem CDU-Entwurf der kapitalistische Lehrherr für seine „Menschenfreundlichkeit" zudem von der Verpflichtung befreit werden, „die Ausbildungsmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen und die Ausbildungsvergütung zu zahlen".

Befreiung von dieser Verpflichtung sehen beide Gesetzentwürfe auch für den Fall vor, wo die Ausbildung an einer überbetrieblichen Lehrwerkstatt durchgeführt wird. Da hat sich schon eingebürgert, daß die Kapitalisten die Ausbildungsvergütung aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung zahlen lassen.

Der Streit um die „Finanzierung"

Bei soviel Einigkeit im Angriff auf das Recht auf Bildung fragt sich, warum dann der Streit?

Der Streit geht ums Geld, und da hört bei den Bürgerlichen bekanntlich die Gemütlichkeit auf. Angesichts von 100000 fehlenden Lehrstellen sind die Kapitalisten nämlich auf die Idee gekommen, aus dem dringenden gesellschaftlichen Bedürfnis nach einer tauglichen Ausbildung können sie noch ein Extra-Geschäft machen. Daß sie so gnädig sind, einem Jugendlichen überhaupt eine Berufsausbildung einzuräumen, dafür wollen sie sich jetzt zusätzlich bezahlen lassen.

Wie das gehen soll, darüber streiten sich die bürgerlichen Parteien unter der Überschrift „Finanzierung der Berufsausbildung". Die Regierung hat dazu einen Fonds vorgeschlagen, aus dem bei einer bestimmten Anzahl fehlender Lehrstellen den Kapitalisten, die eine zusätzliche Lehrstelle anbieten, eine Prämie bezahlt werden soll. Einzahlen sollen in den Fonds die größeren Betriebe. Was dabei herauskommen würde, hat der Bundesrat in seiner Stellungnahme enthüllt: „Eine nur zeitweilig in besonderen Mangellagen gewährte Prämie könnte ... einen Teil der Betriebe dazu veranlassen, ihr Ausbildungsangebot einzuschränken, um später in den Genuß der Zuschüsse zu kommen."

Nicht daß die CDU den Kapitalisten den Genuß von Zuschüssen mißgönnte, aber wozu sollen die Kapitalisten selber diesen Fonds auffüllen und warum sollen nur wenige davon ihren Genuß haben? Wegen des letzteren fand auch der Vorstoß des Parteifreundes Filbinger keine rechte Anhängerschaft, der für zusätzliche Lehrstellen Steuerprämien von 4000 DM vorgeschlagen hatte. Die CDU hält die Zeit inzwischen reif für einen größeren Vorstoß. Der Bundestagsabgeordnete Goelter hat rausgelassen, wie sie es sich vorstellen. Alle Kapitalisten, die ausbilden lassen, sollen danach eine steuerfreie Rücklage für eine bestimmte Zeit bilden dürfen. Mit Steuergeldern, die den Arbeitern und dem Volk abgepreßt worden sind, wollen die Kapitalisten dafür beschenkt werden.

Das demokratische Programm der Arbeiterklasse für die Ausbildung der Jugend

Eine Klasse, die bereit ist, große Teile der Jugend schlicht vor die Hunde gehen zu lassen, und nur darauf sinnt, wie sie aus der Jugendarbeitslosigkeit noch ein zusätzliches Geschäft machen kann, steht der Entwicklung der Produktivkräfte im Weg, ihre Herrschaft muß gestürzt und das, worauf diese Herrschaft gründet, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, muß in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. Daß ist die Voraussetzung auch dafür, daß die Arbeiterklasse ihrem Interesse Geltung verschaffen kann, die menschlichen Fähigkeiten umfassend auszubilden und zu entwickeln und der Jugend eine Ausbildung zu sichern, die sie befähigt, die gesellschaftliche Produktion und die öffentlichen Angelegenheiten zu meistern. Das Programm der Arbeiterklasse für die Ausbildung der Jugend ist zusammengefaßt in den Forderungen:

„Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen." – (hv)



Kinderarbeit

Waiblingen. Gespräch mit einem Zeitungsjungen.

Wie lange verkaufst du die Zeitungen hier?

Ich fange so um 7 an, manchmal auch erst um 8, und verkaufe bis 12 Uhr.

Was verdienst du dabei?

So 2,50 DM bis 5 DM. Wenn ich manchmal 10 DM brauche, krieg ich auch 10 DM.

Bekommst du die 2,50 DM in der Stunde?

Nein, für einen halben Tag.

Langt dir das Geld?

Damit kann ich einmal ins Kino gehen.

Ist es dir nicht zu anstrengend, fünf Stunden hier zu stehen?

Wenn es kalt ist und es regnet, mache ich es nicht gern, da strengt es an.

Wie alt bis du eigentlich?

Elf Jahre.

Und wieviel Zeitungen verkaufst du?

Etwa 150 „Bild" und 20 „Welt am Sonntag".

Merck: Kampf gegen Nichtübernahme

Demonstration durchs Werk

Darmstadt. Über den Kampf gegen die geplante Nichteinstellung von 132 Lehrlingen bei Merck in Darmstadt haben wir schon in der KVZ Nr. 10 berichtet. Am Dienstag fand die erste Jugendversammlung in diesem Jahr statt. 250 waren gekommen. 15 betroffene Lehrlinge über 18, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht an der Jugendversammlung teilnehmen dürfen, wurden unter großem Beifall begrüßt. Esser, der Vertreter der Geschäftsleitung, mußte ihre Teilnahme an der Versammlung einräumen. Es zeigte sich bald, daß sich die Geschäftsleitung auf verbindliche Stellungnahmen nicht einlassen wollte. Darauf wurde beschlossen, durch den Betrieb zu marschieren. 200 sammelten sich in der Kantine und zogen mit Transparenten „Gegen Personalabbau! Deshalb Übernahme aller Lehrlinge!" durch die Betriebe. An den Ausbildungszentren schlossen sich weitere Lehrlinge über 18 an. Eine Dreiviertelstunde wurde durch den ganzen Betrieb marschiert. Zum Schluß versammelten sich die Jugendlichen erneut im Versammlungsraum und bekräftigten noch einmal, der Kampf wird fortgesetzt, bis alle Lehrlinge übernommen sind.

Die Protestaktion hat überall im Betrieb begeisterte Zustimmung gefunden.

Schon auf der Betriebsversammlung vor 10 Tagen war den Lehrlingen von den Arbeitern der Rücken gestärkt worden. Gleich zu Beginn hatten sie durch großen Beifall eine Lehrjahrsgruppe unterstützt, die zum Rednerpult marschiert war und dort ein Transparent mit der Forderung „Weiterbeschäftigung aller Lehrlinge" aufgehängt hatte. Der Betriebsrat hatte diese Forderung unterstützt, gerade auch um dem geplanten Personalabbau von 4 Prozent entgegenzutreten. Großen Beifall erhielt der Sprecher der Jugendvertretung, als er ausführte: „Merck bildet nach seinem eigenen Bedarf aus. Daß Lehrlinge 1973 eingestellt worden sind mit der Versicherung, daß sie 1976 übernommen werden, und dies jetzt nicht mehr dem Bedarf bzw. den Profitinteressen der Firma entspricht, zeigt die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Zuviel produziertes Cebion kann man lagern oder vernichten – zuviel produzierte Chemielaboranten ... entläßt man in die Arbeitslosigkeit. Dort vergammeln die Fähigkeiten junger Menschen, die arbeiten wollen, aber keinen Ausbeuter finden ..." Ein Vertreter der Vertrauenskörperleitung trat auf und sagte: „Heute Morgen habe ich in der Zeitung gelesen, wieviel Rendite diese Herren einstecken, und hier wird uns wieder das wirtschaftliche Trauerspiel vorgeführt. Dies sei der Grund, warum die Lehrlinge nicht übernommen werden. Wir sollen hier verhöhnt werden!"

Zu Mittag wurde die Versammlung abgebrochen. Mehrere Kollegen waren nicht mehr zu Wort gekommen. Auch auf der Nachmittagsversammlung brachte die Belegschaft deutlich zum Ausdruck, daß sie hinter der Forderung nach der Übernahme der Lehrlinge steht und einen Personalabbau ablehnt. – (h., Darmstadt)

Jugendliche sprengten Stadtverordnetensitzung

Bad Homburg. Zum Tagesordnungspunkt „Verlängerung des Vertrages mit dem Jugendzentrum e.V. waren am 25. März 200 Jugendliche zur Stadtverordnetensitzung gekommen. Als bei der Abstimmung die CDU und die HUW (Homburger Unabhängige Wähler) für Schließung stimmten, besetzten etwa 100 der Jugendlichen das Forum und machten die Fortführung der Sitzung unmöglich. Die Jugendlichen waren es leid, sich an der Nase herumführen zu lassen. Der seit Jahren versprochene Neubau eines Jugendentrums war kurz vorher von CDU und HUW ebenfalls zu Fall gebracht worden. Es sei kein Geld da. Dazu muß man wissen, daß CDU und HUW eine Tiefgarage für 5 Millionen in der Innenstadt bauen wollen und einen Golfplatz für die Schikkeria.

Als die Jugendlichen schließlich aufbrachen, wurden sie an der Tür, wo ein Stau entstand, hinterrücks von Polizisten mit scharfen Hunden überfallen. Es gab mehrere Verletzte. Die Presse versuchte anderntags zu hetzen, es seien größtenteils Arbeitslose gewesen. Gegen diese Verhetzung gegen Arbeitslose haben sich die Jugendlichen in einer Pressekonferenz zur Wehr gesetzt. Wir lassen uns nicht unterkriegen, trotz Erpressung und Intrigen, erklärten sie in einem Flugblatt.

§ 218, Instrument der Einschüchterung

„Die Kripo kam ins Krankenzimmer"

Frau W. aus Finkenwerder, Mutter von vier Kindern, berichtet:

Mir hat der Staat schon einmal bös in mein Leben gepfuscht. Ich war 18 Jahre alt und im vierten Monat schwanger. Weil ich schwere Lasten getragen hatte, bekam ich starke Blutungen. Mir wurde strenge Bettruhe verordnet. Trotzdem mußte ich jeden Tag zur Ärztin hin. Das ging zwei Wochen so, dann bekam ich einen Blutsturz. Ich kam ins Krankenhaus Bülowstraße. Dort wurde ich von einer Ärztin ausgehorcht, weil sie vermutete, daß ich selber an mir eine Abtreibung vorgenommen hätte. Nach der Untersuchung kamen zwei Kripo-Leute ins Krankenzimmer. In dem Zimmer waren übrigens alles ähnliche Fälle und wir wurden insgesamt wie Aussätzige behandelt. Die Kripos wollten ebenfalls herauskriegen, ob ich selber abgetrieben habe, welcher Arzt dahintersteckt usw. Sie haben mir nicht geglaubt.

Nach vier Wochen im Krankenhaus hatte ich noch einmal eine schwere Blutung. Der Chefarzt fragte, ob ich das Kind haben will. Aus Angst habe ich dann gesagt, daß ich das Kind haben will, obwohl es völlig aussichtslos war. Die Kripos hatten mich eingeschüchtert. Der Chefarzt sagte darauf abfällig: „Dann müssen Sie halt weiterleiden." Erst als der Oberarzt feststellte, daß das Kind nicht mehr lebte, wurde eine Fehlgeburt eingeleitet. Inzwischen funktionierte schon meine rechte Lungenseite nicht mehr und die Nieren waren geschädigt, in meinen Beinen war Wasser. Ich habe oft nur noch Sternchen vor meinen Augen gesehen und hatte echt Angst um mein Leben. Ich hätte doch nicht schon Wochen lang das alles auf mich genommen, wenn ich nicht Angst gehabt hätte vor Strafverfolgung, wo ich doch unschuldig war noch dazu.

Die ganze Zeit über mußte man sich behandeln lassen wie Abschaum. Zum Beispiel bevor ich in den Kreißsaal kam, mußte ich eine ganze Nacht auf der Trage verbringen. Über mir war die Operationslampe und brannte die ganze Zeit. Ich konnte mich nicht bewegen und habe die ganze Nacht kein Auge zugekriegt. Durch den Vorhang hörte ich die Schreie der anderen Frauen. Später wurde ich in einen Saal verlegt, wo nur Frauen lagen, die ihre Kinder schon bekommen hatten, und ich wußte ja, daß es bei mir aussichtslos ist. Darüber habe ich mich so aufgeregt, daß ich gleich wieder einen Blutsturz bekommen habe.

Ich finde, das alles ist schon Grund genug, gegen den § 218 zu sein. Außerdem bin ich Mutter von vier Kindern. Wir hätten gern noch mehr Kinder, aber das können wir uns nicht leisten. Ein weiteres Kind würde bedeuten, daß wir den anderen etwas wegnehmen.

Der Mann von Frau W. nimmt Stellung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

Die können doch so etwas nicht bestimmen. In Indien zum Beispiel werden Leute bestraft, wenn sie mehr als drei Kinder haben. Das ist jetzt erst vorgekommen. Und hier bestrafen sie die Abtreibung, weil sie ein größeres Arbeiterheer haben wollen, was denen sie billige Arbeitskräfte aussuchen können. Gegen den § 218 hilft nur eins: sich zusammentun und auf die Straße gehen. Von der Verfassung her ist da nix mehr drin. Das geht jetzt nur noch über eine Volksabstimmung. Die müssen wir erzwingen. Wir können doch wirklich selbst entscheiden, ob wir ein Kind durchkriegen können oder nicht. – (w./z., Finkenwerder)



Forderungen am 1. Mai: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Polizisten im weißen Kittel

Hamburg. In dem neuen § 218 ist davon die Rede, daß sich die betroffenen Frauen an Ärzte ihres Vertrauens wenden sollen, um Gutachten zum Schwangerschaftsabbruch zu erhalten. Wessen Vertrauen sollen diese Ärzte aber tatsächlich genießen? Der Chefarzt der Universitätsklinik Eppendorf, Professor Thomsen, gab dazu in der Panorama-Sendung vom 15.3. eine klare Antwort: Gutachten, die nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, oder die von Ärzten angefertigt sind, die nicht das Vertrauen der Klinikleitung genießen, werden nicht anerkannt, die Frauen werden wieder losgeschickt zu – wie sich Thomsen ausdrückte – „kompetenten Gutachtern". Daß da Thomsen nicht allein steht, das bestätigt auch eine Befragung an Stuttgarter Kliniken, die die „Stuttgarter Zeitung" am 22.3. veröffentlichte. Die kirchlichen Kliniken lehnen Abtreibungen überhaupt ab, in den meisten anderen Kliniken behalten sich die leitenden Ärzte die letzten Entscheidung vor.

Das ist genau der Weg, den das Gesetz vorschreibt. Schlüpft eine Frau noch durch die ersten Maschen, findet sie sich schließlich doch bei Gutachtern wieder, die als Bevormunder und Schikanierer ihre Sporen verdient haben und für würdig befunden worden sind, den Polizeistern zur Durchsetzung des Strafparagrafen angeheftet zu bekommen.

Reklamekongreß für den § 218 entgegentreten

Darmstadt. Am Wochenende fand in Darmstadt ein Kongreß von zirka 500 Frauenärzten statt. Der Kongreß befaßte sich mit den Indikationen gemäß § 218. Die Ärztegesellschaft hatte sich das offenbar so gedacht: Der Staat braucht für die Durchsetzung des neuen § 218 unsere Schützenhilfe. Nach dem Veranstaltungsprogramm sollte der Eindruck geweckt werden, die Frauen sind bei den Ärzten mit ihren Sorgen in den besten Händen. 26 Beiträge über Erkrankungen von Kopf bis Zeh, die als „Indikationen" anerkannt werden, wie wohlwollend ist doch diese Indikationslösung, so sollte es aussehen.

Über den reaktionären Geist dieser Versammlung gab das Tagungsprogramm hinreichend Aufschluß. Unter dem „Leitbild der sich opfernden Mutter" hieß es eingangs: „Im Schoße der Sterbenden, aufrecht, gesund, von unbewußtem Daseinsdrang erfüllt, sitzt der ahnungslose Zerstörer jenes Lebens, dem er da eigene dankt." Mit solcherlei Gefasel vom kindlichen Zerstörer soll vertuscht werden, daß die Kindbettsterblichkeit in der Bundesrepublik in den meisten Fällen nur die Folge davon ist, daß die Kapitalisten die werdende Mutter bis zuletzt ausgepreßt und ihr keine Schonung ermöglicht haben.

Klar, daß sich ein solcher Kongreß des Geldsegens von solchen Kapitalisten wie Merck und Röhm erfreuen konnte. Und daß die Polizei geballt zur Stelle war, um die Herren zu schützen, als das Komitee gegen den § 218 diesem Kongreß mit den Parolen entgegentrat: „Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218!"

Überall, wo die Ärzte sich hinbewegten, ob zur Tagung, zu ihren Festgelagen, ins Theater, mußten ihnen zwei Hundertschaften Polizei den Weg bahnen, teils auch mit Knüppel. Das Komitee hat auf mehreren Kundgebungen aufgezeigt, warum die Doktoren den Polizeischutz nötig haben.



Ochtrup: Über 4000 demonstrierten gegen Giftmülldeponie.

Die Bevölkerung wurde nicht gefragt

Ochtrup. Gegen die Eröffnung einer Giftmülldeponie war am Freitag die ganze Stadt auf den Beinen. 4000 demonstrierten zu Fuß, 400 Traktoren und Lastwagen fuhren im Zug mit. „Wenn schon eine Giftmülldeponie, dann nicht nach Ochtrup, sondern nach Bonn", „Beamte in Regierungspalästen wollen unsere Stadt verpesten", hieß es auf großen Spruchbändern und Tafeln, die an den Wagen angebracht waren. Die Bevölkerung von Ochtrup setzt sich dagegen zur Wehr, durch einen Beschluß des Regierungspräsidenten in Münster überrumpelt zu werden. Der hatte vor kurzem der Gelsenberg-Mannesmann-Umweltschutz GmbH eine sofort vollziehbare Genehmigung für den Betrieb von zwei „Sondermüll"-Deponien erteilt. Die Einwohner von Ochtrup sind nicht gefragt worden. Die ganze Sache ist in Windeseile durchgezogen worden. Zwar gibt es schon länger Pläne für sicherart Giftmüllablagerung, aber aufgrund eines geologischen Gutachtens von 1971 wurde die Anlage einer Deponie nicht gestattet. Wegen Störungen in der Erdschicht sei so etwas zu gefährlich, hieß es in dem damaligen Gutachten. Jetzt hat das Regierungspräsidium behauptet, dieses Gutachten sei inzwischen überholt, es sei damals zu dem Zweck aufgestellt worden, „einen dubiosen Bewerber um die Errichtung einer Sondermülldeponie auszuschalten". Das Eingeständnis des Regierungspräsidiums, daß es seine Gutachten zum jeweiligen Zweck frisieren läßt, ist sicher wertvoll. Um am potenten Bewerber Gelsenberg-Mannesmann zu bedienen, hat das Regierungspräsidium denn auch gleich das neue Gutachten von dessen Mitarbeitern erstellen lassen. Das Gutachten ist so schlampig gemacht, daß es nach Ansicht des Geologen Sinne, der Ratsherr in Ochtrup ist, nicht einmal für eine Hausmüll-Deponie ausreiche. Ein chemisches Gutachten über längerfristige Auswirkungen der Gasentwicklung und ein meteorologisches Gutachten zum Beispiel über die Folgen von Wolkenbrüchen fehlt überhaupt. Die Ochtruper Bevölkerung ist auch nicht bereit, sich den giftigen Dreck auf solche krumme Touren unterschieben zu lassen. Der Stadtrat mußte Berufung einlegen und erreichte erst einmal einen dreiwöchigen Aufschub.

Die Demonstration selbst stand unter der Leitung der Stadträte. In ihren Reden, für die sie wenig Beifall erhielten, mühten sie sich, die Bevölkerung auf die Ausschöpfung aller Rechtsmittel festzulegen. Um „die Veranstaltung im Griff zu behalten", hatten sie über 100 Ordner eingesetzt und einen Polizeiring um die Stadt legen lassen, um „Extremisten von der Demonstration fernzuhalten" (Westfälische Nachrichten). Aber mit der Werbung für Vertrauen in die Staatsorgane tun sie sich bei den Ochtrupern inzwischen schwer. Im Zug wurde eine Puppe an einem Galgen mitgetragen mit der Aufschrift: Regierungspräsident Möcklingshoff. – (a., Münster)

Westberlin

Verkehrskontrollen zur politischen Bespitzelung

Wem man in die Tasche greifen will, dem müssen die Hände gebunden sein. Der Staat, gerade in letzter Zeit nicht zimperlich mit Ausplünderungsmaßnahmen, versucht jede selbständige Regung im Volk dagegen zu unterdrücken, ihm Fesseln anzulegen, das Maul zu stopfen, seine „Staatsschützer" auf den Hals zu hetzen. So hat uns in Westberlin die Polizeireform mit dem „KOB" (Kontaktbeamter) ein neues Blockwartsystem beschert. Jetzt ist herausgekommen, daß Verkehrskontrollen zur politischen Bespitzelung benutzt werden.

Die Westberliner Tageszeitung „Tagesspiegel" hat in ihrer Ausgabe vom 17.3. auf den Hinweis eines Polizisten hin folgendes ermittelt:

Seit der Entführung des CDU-Landesvorsitzenden P. Lorenz benutzt die Polizei bei Verkehrskontrollen neue Formulare. Diese Formulare dienen nicht der Notierung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeug und Fahrer – dafür ist auf ihnen gar kein Platz vorgesehen. Festgehalten werden die Personalien der Fahrzeuginsassen zur alsbaldigen Auswertung in den Computern. Anhand der erfaßten Daten kann in Westberlin und im Bundeskriminalamt umgehend elektronisch festgestellt werden, wen man da vor sich hat. Durch die Datenspeicherung kann jeder zu einer bestimmten Stunde an einem bestimmten Ort mit welchen anderen Personen in einem bestimmten Fahrzeug aufgehalten hat.

Nur mal kurz eine „Mausefalle" nach einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen oder nach einer größeren Veranstaltung, zum Beispiel zum Thema Tarifkämpfe im öffentlichen Dienst. Da hat der Staat dann gleich alle namentlich, die Maihofers 3,8/8,4 % Angebot nicht widerstandslos hinnehmen, sondern für die 135 DM unter anderem auch zu streiken bereit sind. Erst mal erfaßt, wird dann mit dem Beamtenrecht nachgestoßen und die Dienststelle gesäubert.

Über die Zentralisierung der Daten können leicht Querverbindungen hergestellt werden, d.h. wer mit wem welchen Umgang treibt. Eine Verkehrskontrolle nach Feierabend vor einem Metallbetrieb, in dem letzte Woche warngestreikt wurde, und schon weiß man, wer mit wem im Auto sitzt. Dieser Vertrauensmann, der ist ja eh schon bekannt, aber die drei anderen ... da müßten sich die KOBs mal drum kümmern, im Haus rumfragen, was die für'n Lebenswandel führen, vielleicht zu Versammlungen gehen oder so. Das wird den Chef interessieren, dann fliegen sie und Ruhe herrscht wieder im Betrieb. Und wenn sie sogar organisiert sind, dann weiß man ja, wo man zugreifen muß, wenn die Organisation verboten wird.

So jedenfalls denken sich das die Polizeigehirne im Staatsapparat. Erfaßt werden soll jeder, entkommen soll keiner. In einer Glosse vom 21.3. berichtet der „Tagesspiegel" von einem Rechtsanwalt, der sich am 17. Juni 1975 während einer „Mausefalle" höchstoffiziell bestätigen ließ, „daß Fahrer und Mitfahrer in Listen eingetragen worden seien, ein Verstoß gegen irgendwelche Rechtsvorschriften jedoch nicht vorliege". Im Klartext bedeutet dies nichts anderes, als daß prinzipiell jeder, den die Polizei zu fassen kriegt, als potentieller Verdächtiger zum weiteren Gebrauch für die Staatsorgane registriert wird. (Allein im letzten Jahr waren es in Westberlin 80000!) Das gesamte Volk wird als potentieller Feind dieses Staates behandelt – eine Auffassung, die von großem Realismus geprägt ist.

So hat denn auch Sozialdemokrat und Innensenator Neubauer in einem Fernsehinterview mit der „Abendschau" die Rechtmäßigkeit der staatlichen Bespitzelung und Überwachung durch „Verkehrskontrollen" mit „der gesamten Sicherheitslage in der BRD" begründet.

Unverzichtbare Notwendigkeit sind solche Maßnahmen für das Finanzkapital, um im Innern des Landes Ruhe zu schaffen. Ruhe für die ungestörte Eroberung des Weltmarktes. Ein feinmaschiges Netz soll über das Volk gespannt und jede selbständige Regung für die eigenen Interessen und Rechte gefesselt werden.

Der Zwang zur immer stärkeren Ausweitung der Staatstätigkeit treibt jedoch stets neue und heftigere Kämpfe hervor. Zunehmend deutlicher wird darin der unversöhnliche Widerspruch zwischen der Reaktion des Imperialismus und dem Streben der Volksmassen nach Demokratie.

Dem Netz können wir uns nicht entziehen. Wir können es nur zerreißen. Staatliche Schikane, Bespitzelung und Überwachung wird es so lange geben, wie diesen Staat. Man muß ihn abschaffen. – (lg)

Neues Blockwartsystem

Westberlin. Ein Produkt der Polizeireform in Westberlin ist der Kontaktbereichsbeamte, kurz KOB genannt. Zuständig ist er für einen Polizeiabschnitt und kümmern soll er sich um alle Probleme der dort wohnenden Bevölkerung. Man muß es deutlich sagen: Der KOB leistet Schnüffeldienste und dafür ist diese neue Funktion eingerichtet worden.

Uns liegt ein Schreiben vor, in dem ein KOB einem Westberliner Jugendamt Bericht erstattet. Sein Auftrag war, zu prüfen, ob eine bestimmte Familie geeignet ist, unter Aufsicht des Jugendamts ein Pflegekind aufzunehmen. Wir zitieren aus diesem Bericht:

„Hausermittlungen ergaben, daß Frau M. keinen engeren Kontakt zu anderen Mietern pflegt. Übereinstimmende Aussagen von Mietern ergaben, daß Frau M. einen nicht sehr guten Leumund im Hause besitzt. Bis Weihnachten 74 soll sie häufig wechselnde Männerbekanntschaften gemacht haben. Seit dem Sommer 75 lebt sie mit einem der Polizei unbekannten Mann zusammen, der bis jetzt nicht zur Anmeldung gelangt ist. Weitere Ermittlungsergebnisse konnten wegen der zurückgezogenen Lebensweise der Frau M. nicht erlangt werden."

Bis in die innersten Familienangelegenheiten hinein schnüffelt dieser Staat ein, kein Winkel soll mehr unbeleuchtet bleiben. Blockwarte wurden unter den Nazis die Leute genannt, die zur Überwachung und Bespitzelung einzelner Wohnblocks eingesetzt wurden. Sie waren es, die den Häschern der Gestapo in die Hände spielten und aufgrund ihrer Ortskenntnis die Verstecke der Verfolgten verrieten.

Wenn auch dieser Staat sich derzeit anderer Methoden bedient als die Faschisten, wird doch offensichtlich, daß die Unterdrückung gegen das Volk zunimmt. Und zwar in gleichem Maße zunimmt, wie das Volk von der herrschenden Klasse geplündert und ausgepreßt wird und die Rebellion dagegen wächst. – (cri)

Die Verschärfung der Prüfungsordnungen wird nicht hingenommen

In verschiedenen Bundesländern wurden an den Hochschulen jüngst die Prüfungsordnungen und -bedingungen drastisch verschärft. Wie sich das auswirkt, sei nur an einem Beispiel der Fachhochschule Mainz aus dem Wintersemester 1975/76 illustriert. Da kam bei einer Physik-Klausur der Notendurchschnitt von 4,8 heraus. An einem Fachbereich wurden von 68 Bewerbern nur 16 zur Zwischenprüfung zugelassen. Die bürgerlichen Ideologen verkaufen das Prüfungswesen als ein Feld, auf welchem sie „objektives Wissen" zu überprüfen vorgeben. Aber jede einzelne Prüfung zeigt, daß das Prüfungssystem an den Hochschulen für den bürgerlichen Staat nichts anderes ist als das wesentlichste Instrument, mit welchem er entscheidet, welche Studenten und welches Gedankengut er für geeignet hält, Leitungs- und Funktionärsdienste für die bürgerliche Klasse und ihren Staat zu vollbringen. An den Hochschulen stellt sich dem bürgerlichen Staat gegenwärtig folgendes Problem: Wie kann die Zahl der Studenten auf das für seinen Funktionärsnachwuchs notwendige Maß reduziert werden und wie kann der Aufschwung der Studentenbewegung, der sich in immer stärkerer Kritik der bürgerlichen Privateigentumswissenschaft und wachsendem Einfluß der wissenschaftlichen Anschauungen der Arbeiterklasse unter den Studenten ausdrückt, gebrochen werden? Eine der Methoden, mit welchen der bürgerliche Staat dieses Problem zu lösen versucht, besteht in der Verschärfung des Prüfungssystems. Praktisch heißt das in der verstärkten Anwendung der Zensur der Wissenschaft durch das Notensystem, in schärferer Bevormundung, Auslese und Kontrolle. Aber wohl noch an kaum einer Hochschule hat er diese Maßnahmen durchsetzen können, ohne den Protest und Widerstand der Studenten hervorzurufen. Denn für sie wird immer unübersehbarer, daß das staatliche Zwangskorsett des Prüfungssystems im wesentlichen ein System der Entrechtung und Fesselung der Studenten ist, mit dem ihnen der Raum zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und zur freien politischen Betätigung eingeschnürt werden soll.

Zu Recht zerren sie daher das Treiben der Reaktionäre als Vertreter des bürgerlichen Staats in den Prüfungsausschüssen ans Licht der Öffentlichkeit und fordern für ihre gewählten Studentenvertretungen das Einspruchsrecht bei allen Maßnahmen, die die Studien- und Prüfungsbedingungen betreffen, wie das die Streikvollversammlung der Fachhochschule Mainz getan hat (siehe Meldung auf dieser Seite).

Die Justiz soll weiterhelfen

Seit Anfang März ermittelt die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen 40 Studenten wegen Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch.

Was war vorgefallen? 40 Studenten waren auf einer Sitzung des Fachbereichsrates Erziehungswissenschaft erschienen, um die Anerkennung eines Studentenvertreters als Mitglied im Diplomprüfungsausschuß durchzusetzen. Schon zweimal hatte der Fachbereichsrat dies abgelehnt und zu Recht sagten die Studenten, jetzt ist Schluß. Gegen die Anerkennung des Studentenvertreters als Ausschußmitglied waren die Professoren, konnten sie doch sicher sein, daß dieser Studentenvertreter ihre Machenschaften nicht hinnehmen wird. Denn er hatte mit seinen Kommilitonen bereits sich gegen die Durchsetzung der Prüfungsordnung der Diplompädagogen gewehrt und sie hatten Aktionen gegen die neu eingeführte Scheinbenotung durchgeführt. Kein Wunder, daß die Professoren, die mit Hilfe dieses Ausschusses die Prüfungsbedingungen verschärfen wollen, ihn als Studentenvertreter nicht anerkennen wollten. Aber unter dem Druck der anwesenden Studenten mußten sie klein beigeben.

Freilich gaben sie sich noch nicht geschlagen. Der Dozent Jürgen Petersen, bekannt am Institut wegen seiner Spitzeldienste für die Reaktion, notierte sich die Namen der Studenten, welche die Anerkennung des studentischen Vertreters verlangt hatten. Völlig zu Recht stellten die Studenten diesen Kerl und verlangten die Herausgabe der Denunziantenliste. Das ist Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch, kreischt jetzt vereint das bürgerliche Professorenpack und hat die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.

Zensur wissenschaftlicher Erkenntnisse

In Göttingen erhielt eine Studentin bei den Historikern, die eine Examensarbeit zum Thema „Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel in der Novemberrevolution" gemacht hatte, für diese Arbeit eine Fünf. Bei der Vergabe der zweiten Arbeit riet ihr der Prüfer, den Begriff der Arbeiterklasse doch lieber durch den der „Arbeiterschaft" zu ersetzen. Zudem solle sie sich künftig doch lieber an die „Fakten" halten, als politisch zu argumentieren. Deutlich ist, was diese Herren unter den „Fakten" verstehen. Nichts anders als ihre Ideologie, mit der die wissenschaftliche Tatsache, daß diese Gesellschaft durch den unversöhnlichen Gegensatz von Arbeiter- und Kapitalistenklasse gekennzeichnet ist, verwischt werden soll.

Kontroll- und Auslesesystem

In Niedersachsen hat die Landesregierung die Semsterferien genutzt, um durch eine Veränderung der Prüfungsbedingungen einer weiteren Einstellung von Lehrerstudenten vorzubeugen, um dem Verfassungsschutz bessere Überprüfungsbedingungen gegenüber den Lehrerstudenten zu gewährleisten und um eine verschärfte staatliche Kontrolle der Prüfungsinhalte zu gewährleisten.

– In den Prüfungen soll ein dritter Prüfer als Staatsprüfer die staatliche Kontrolle verschärfen.

– Die Bewerbungsfristen für Absolventen der Pädagogischen Hochschulen, welche in den Schuldienst gehen, wurden so vorgezogen, daß, wer sein Studium im Sommersemester beendet, zum 1.8. nicht eingestellt werden kann. Der Einstellungstermin zum 1.2.77 wurde gestrichen, so daß durch diese Veränderung den PH-Absolventen ein Jahr Arbeitslosigkeit gesetzlich verordnet wird.

– Für die Staatsexamenskandidaten wurde die mündliche Prüfung vorgezogen. Die Bewerbungsfrist wurde ebenfalls neu so festgelegt, daß sie sich nicht mehr für die Einstellung zum 1.8. melden können.

– Die Vorverlegung der Bewerbungsfristen für die PH-Absolventen wurde damit begründet, dies sei notwendig, um die „politische Überprüfung" der Bewerber vor der Einstellung durchführen zu können.

Hingenommen haben die Studenten diesen Schlag nicht. Eine Versammlung von Examenskandidaten forderte die Aufhebung der verschärften Prüfungsbedingungen und die Einstellung der politischen Bespitzelung und Überprüfung. Eine Demonstration von 70 Examenskandidaten machte klar, daß die Studenten auf ihren Forderungen bestehen. Gut sichtbar wurden diese Forderungen an den Wänden des Prüfungsamtes angebracht. – (Red. nach verschiedenen Berichten)

Beginn der VDS-Mitgliederversammlung:

Abklärungen im „vertraulichen Vorfeld"

Am Mittwoch dieser Woche hat in Köln die diesjährige Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) begonnen. Durch diesen Verband werden inzwischen knapp 800 000 Studenten vertreten. Einen Tag vor Beginn dieser Mitgliederversammlung erteilten die Politiker der bürgerlichen Parteien dem von SPD/DKP-Studenten geführten Vorstand einen Fußtritt. Einer Einladung des Vorstandes zu einer als Höhepunkt eines eintägigen VDS-Kongresses zum Hochschulrahmengesetz vom Vorstand geplanten Podiumsdiskussion über „Bildungspolitik – wie weiter?" befanden sie es nicht für nötig zu folgen. Sie ließen den Vorstand des Verbandes einfach sitzen.

Dieser Schritt der bürgerlichen Politiker – u.a. war ein parlamentarischer Staatssekretär aus dem Wissenschaftsministerium eingeladen – dokumentiert plastisch, was sie von der Politik des Vorstandes des Studentenverbandes halten.

Sie schätzen die Führung des Verbandes als Karriereritter ein, die jeder Fußtritt noch weiter nach rechts treibt. Dafür spricht folgende Passage im Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Der Vorstand bezeichnet die Gründung eines einheitlichen Studentenverbandes im Mai des vergangenen Jahres anstatt als Aufgabe und Voraussetzung für den notwendigen Fortschritt zur Stärkung des Kampfes der Studenten für ihre Rechte als einen „erfolgreichen Abschluß". Die Behauptung dieses VDS-Vorstandes, daß die VDS „eine wirksame Vertretung der Interessen der Studenten auf Bundesebene sind", lassen sich die bürgerlichen Politiker gerne gefallen, wenn sie gleichzeitig sehen, daß die Politik dieses Vorstandes noch nicht einmal in der Lage war, über die Vielzahl der Aktionen der Studenten im Kampf für ihre Rechte zu berichten, geschweige denn sie voranzubringen.

Auf die Abfuhr der bürgerlichen Politiker reagierten diese Leute folgendermaßen: Statt herauszustellen, welche Aufgaben sich der Verfaßten Studentenschaft stellen, und die Absichten dieser Politiker zu enthüllen, ließen sie eine lauwarme Protesterklärung los. Zwar redeten sie von Aktionen der Studentenschaft bundesweit und im Sommersemester, aber das ist offensichtlich bloßes Gerede. Wahr dagegen ist, daß an allen Fachhochschulen, wo das Studium schon begonnen hat, das Semester mit Aktionen begonnen wurde. Das ist überhaupt nicht das Verdienst dieser notorischen Bremser.

Auf der Mitgliederversammlung, wo die Entscheidungen fallen, wird sich zeigen, was dahinter steckt.

Während der Vorstand damit den Kongreß für abgebrochen erklärte, fand im Vorfeld der Mitgliederversammlung und das Licht der öffentlichen Auseinandersetzung scheuend zwischen den bisherigen Vorstandsfraktionen ein heftiges Tauziehen um die künftige Politik des Verbandes statt.

Die Jusos haben die kommende Bundestagswahl und den Bundeswahlparteitag der SPD im Auge und wollen den Verband „im Vorfelde" dieses Parteitages einsetzen, um der Loslösung der fortschrittlichen Studentenbewegung von der Politik der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. Sie wollen sich als „sozialistische Alternative" in der SPD gegenüber den Studenten herausputzen.

Den DKP-Studenten geht es darum, die auf die Zusammenarbeit der Studentenbewegung mit dem bürgerlichen Staat zielende Forderung nach Mitbestimmung zum offiziellen Programmpunkt des Verbandes zu erklären. Das bezeichnen sie als für sich „zünftigen Ausgang" dieser Mitgliederversammlung.

Einig erklären sich die Vertreter dieser bürgerlichen Studentenpolitik in ihrem Rechenschaftsbericht über die „Kompromißfähigkeit" des Aufrufes des VDS-Vorstandes zu den Aktionen im vergangenen Wintersemester, in dem sie beide ihre Interessen aufgehoben sehen. Der VDS-Vorstand hatte damit die Studenten aufgerufen zur Beteiligung an der Mitbestimmungsdemonstration, die die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung im letzten Herbst vor dem SPD-Parteitag veranstaltete.

Die auf der Gründungsversammlung des Verbandes beschlossene Politik des Kampfes für die Rechte und Forderungen der Studenten gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates soll in dieser Richtung „aktualisiert" werden. Daß solche Absichten mit der Politik des Verbandes gegenüber dem Kampf der Studentenbewegung gut vorgeklärt werden wollen im „vertraulichen Vorfelde" der Mitgliederversammlung, versteht sich. Das erklärt auch die Aufregung dieses Verbandsvorstandes darüber, daß die bürgerlichen Politiker sein Gesprächsangebot über „Bildungspolitik – wie weiter?" ausschlugen. – (h.j.)

Unterstützung für den Kampf der Arbeiter von Heidenreich und Harbeck

Hamburg. Am Mittwoch, dem 17. März, wurde auf der Fachschaftsratssitzung der Sozialpädagogen, ein von den Studenten gewähltes Gremium, über den Kampf der Arbeiter und Angestellten gegen die Stillegung von Heidenreich & Harbeck berichtet. Die Studenten beschlossen sofort, diesen gerechten Kampf zu unterstützen. Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. hieß: Die Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik solidarisieren sich mit den Arbeitern und Angestellten der Firma Heidenreich & Harbeck – Keine Stillegung! Keine Entlassungen! Diese Erklärung ging dann sogleich zusammen mit einer Fachschaftsratsinformation dem Betriebsrat zu.

Ferner beschlossen die Studenten, ein großes Transparent an der Außenfront des Schulgebäudes anzubringen und zur Teilnahme an der für Donnerstag geplanten Demonstration aufzurufen.

Am darauf folgenden Tag begannen bereits um 6.15 Uhr drei Studenten damit, die Transparente an der Hausfront anzubringen, damit sie von den Arbeitern, die mit ihrer Arbeit begannen, gesehen wurden. Gegen 7.30 Uhr erschien dann plötzlich ein Vertreter der Schulleitung und erklärte den Studenten: „Die Transparente kommen sofort herunter! Es gibt eine Hausordnung, nach der es verboten ist, an öffentlichen Gebäuden Reklame oder Propaganda zu machen! Also nehmen Sie die Dinger wieder ab!" Die Studenten beschlossen, da sie zu dritt nicht in der Lage waren, die Transparente zu bewachen, sie mit Hilfe von Ständern auf dem Rasen vor dem Gebäude zu befestigen. Um 8 Uhr versammelten sich 10 Studenten im Raum des Fachschaftsrats und waren sehr überrascht, daß die Transparente nicht an der Wand hingen. Die Empörung über das Vorgehen der Schulleitung wuchs von Minute zu Minute. Es kamen immer mehr Studenten. Um 8.30 Uhr forderten 50 Studenten des ersten und dritten Semesters: Die Transparente kommen wieder an die Wand. Es wurde 9 Uhr. Fast alle Lehrveranstaltungen fielen aus, und rund 100 Studenten hatten sich auf dem Flur versammelt, um ein Eingreifen der Schulleitung zu verhindern. Ein Teil der Studenten bewachte die Transparente von außen, ein anderer Teil beschriftete die Fenster mit Plakafarbe. Gegen 10 Uhr erschien plötzlich die Schulleitung, schob sich vorsichtig durch die Menge der Studenten auf dem Flur und verschwand ohne ein Wort hinter einer Tür. Auch der Hausmeister kam und antwortete auf Befragen der Studenten, ob er denn irgendwelche Anweisungen hätte: „Bis jetzt nicht. Außerdem, die Transparente werde ich nicht abreißen, das soll Herr Giller (Schulleiter) selbst machen!" Die Studenten beschlossen nun in alle Seminare zu gehen und die Teilnehmer über den bisherigen Verlauf der Aktion zu informieren und sie aufzufordern, an den Vorbereitungen zur Demonstration teilzunehmen. „Die Schulleitung ruft den Schulpräsidenten an! Der Schulleiter hat Schiß. Der will sich absichern!" hieß es unter den Studenten, und ihre Zuversicht, ihre Unterstützungsaktion gegen die Schulleitung mit Erfolg durchzusetzen, wuchs.

Ein Teil der Studenten, allen voran ein Vertreter des Sozialistischen Hochschulbundes, ihm folgend die DKP-Studenten, plädierte dafür, man solle es doch nicht auf einen Konflikt mit der Schulleitung ankommen lassen, das würde der Solidarität nur schaden. „Laßt uns doch die Plakate wieder abnehmen und sie vor dem Betrieb aufbauen." Eine große Mehrheit von Studenten erkannte rasch: Dem SHB und MSB sind Hausordnungen heilig, während sie den Willen der meisten Studenten mißachten und versuchen, zu spalten. Es ist ihnen nicht gelungen, vielmehr mußten sie sich den Aktionen anschließen.

Lehrveranstaltungen fielen aus, und viele beteiligten sich an den Vorbereitungen zur Demonstration. Die Schulleitung mußte sich auch am Nachmittag unverrichteter Dinge wieder verziehen. Draußen vor dem Schulgebäude fanden viele Diskussionen zwischen Studenten und Passanten statt. Alle waren sich einig darin, daß der Kampf der Arbeiter ein gerechter Kampf ist, und begrüßten die Solidarität der Studenten. An der Demonstration am Donnerstag nahmen etwa 200 Studenten teil. (j.l., Hamburg)

Eine Woche Streik an der Fachhochschule Mainz I

Mainz. Gegenüber dem Angriff des Kultusministeriums auf den gewählten AStA, den das Kultusministerium amtsenthoben hat (siehe KVZ Nr. 12) und auf die Sperrung der studentischen Gelder hat die Studentenschaft der Fachhochschule Mainz jetzt eine klare Antwort gegeben: In einer Urabstimmung, an der sich 57,3 % aller Studenten beteiligten, entschieden sich 71 % für Streik. Der Streik begann letzten Donnerstag mit Streikposten, einige wenige stattfindende Vorlesungen wurden gesprengt. Dabei verließen auch die Studenten, die gegen den Streik gestimmt hatten, die Vorlesung und kamen zur Streikvollversammlung. An dieser beteiligten sich über 200 Studenten. Großen Beifall bekam eine Solidaritätsresolution des Personalrats der Fachhochschule, der sich mit den Forderungen der Studenten nach Anerkennung des gewählten AStA durch das Ministerium und nach Freigabe der studentischen Gelder solidarisierte. Begrüßt wurde auf der Streikveranstaltung von Studenten und AStA die 135 DM Festgeldforderung der ÖTV. Der Streik wurde bis Mittwoch dieser Woche durchgeführt.

Eintragung in die Personalakte wegen Streikunterstützung

Bremen. Wie wir in der KVZ berichteten (Nr. 10, S. 10), führten die Studenten der Hochschule für Technik Aktionstage gegen die Streichung von insbesondere rund 200 Lehrbeauftragtenstunden durch. Auch viele Dozenten im Fachbereich Architektur, wo vor den Aktionstagen ein Vorlesungsboykott durchgeführt wurde, unterstützten diese Maßnahme der Studenten gegen diese Verschlechterung der Ausbildungssituation. Den Bremer Bildungssenator Franke hat dies jetzt so aufgeschreckt, daß er alle Dozenten, welche die Maßnahmen der Studenten unterstützen, durch einen Eintrag in die Personalakte disziplinieren will.

Geplante Mensapreiserhöhung nicht hinnehmen

Braunschweig. Die Fachbereichsgruppe Chemie der Universität Braunschweig erklärte in einer Resolution vom 3.3., daß die Studenten nicht bereit sind, „die geplanten Mensapreiserhöhungen" hinzunehmen. In der Resolution heißt es weiterhin: Der AStA wird deshalb aufgefordert, die Planung, die Organisierung der Notmensa und anderes anzufangen. „Vor allem wird es langsam Zeit, daß der AStA sich klar und deutlich gegen die Erhöhungen ausspricht." Die Studenten halten in der Resolution weiterhin fest, daß der Mensaboykott so durchgeführt werden muß, „daß kein Essen ausgegeben wird".

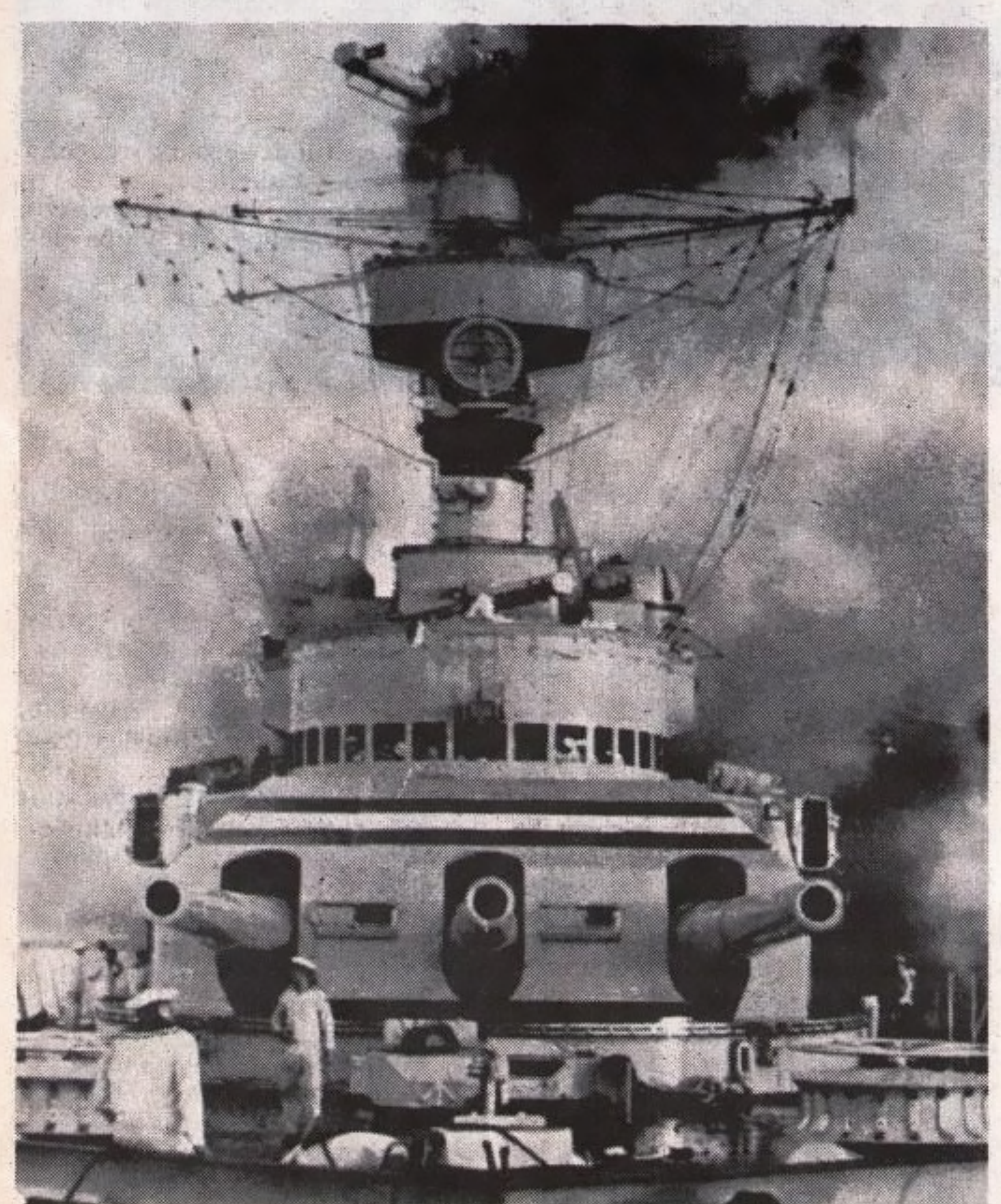
Unterstützung für die 135 DM Forderung im öffentlichen Dienst

Braunschweig. „Der Fachschaftsrat Politik spricht den Kollegen im öffentlichen Dienst seine Solidarität aus für ihren Lohnkampf und begrüßt gerade die Aufstellung einer einheitlichen Forderung von 135 DM", heißt es in einer Resolution vom 19.3. In der Resolution stellen die Studenten weiterhin fest, daß der Staat versuche, die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst gegen die Studenten auszuspielen, „mit dem Argument, daß sie von Steuern aus der Arbeit der Lohnabhängigen bezahlt werden, wobei an der Abgehobenheit der Studenten angesetzt wird, daran, daß sie nicht täglich ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Umgekehrt läuft das so, daß als Begründung dafür, daß der Staat auf Kosten des Volkes spart und den Studenten z.B. das BAFöG kürzt, die hohen Personalkosten im öffentlichen Dienst angeführt werden, wo es doch die Minister und Staatssekretäre selber sind, und nicht die Massen der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, die es sich von den Steuergroschen des Volkes gut gehen lassen."

Fulda. „Die Vollversammlung der Fachhochschule Fulda vom 25.3.76 erklärt sich solidarisch mit dem Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst für eine einheitliche Lohnerhöhung von 135 DM für alle." Weiterhin fährt die Resolution fort: „Diese Forderung ist die richtige Antwort auf die Pläne der Regierung, den Lohnabbau zu betreiben und überall auf Kosten des Volkes zu sparen."

Friedensaufgabe der Marine – Bewaffnete Aggression, was denn sonst!

Im Aprilheft der Zeitschrift „Truppenpraxis", die „in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung" herausgegeben wird, zieht der Korvettenkapitän der Bundeswehr Werner Rahn historische Lehren. Das macht er auf den Seiten 274 bis 279. Rahn ist „Lehrstabsoffizier für Wehrgeschichte" an der Marineschule in Mürwik.



Panzerschiff „Deutschland", 1937 vor Ibiza, eingesetzt im spanischen Bürgerkrieg, hat einen Treffer von der republikanischen Luftwaffe erhalten.



November 1918: Demonstration revolutionärer Matrosen in Wilhelmshaven.

Am 29. Mai 1937 wurde das Panzerschiff „Deutschland" auf der Reede von Ibiza ankernd, durch zwei Flugzeuge angegriffen und von zwei 50-Kilo-Sprengbomben getroffen. Was hatte das Panzerschiff „Deutschland" auf der Reede von Ibiza verloren? Ibiza ist eine Insel im Mittelmeer, unweit der Küste des spanischen Festlandes. Ibiza gehört zu Spanien. 1937 befand sich Spanien im Bürgerkrieg. Die Franco-Faschisten hatten von den Kolonien aus den Angriff auf die spanische Republik begonnen. Sie wurden von den reaktionären imperialistischen Mächten unterstützt. Hauptsächlich und am unverfrorensten von A. Hitler.

Faktisch befand sich Hitler im Krieg mit der spanischen Republik. Das Panzerschiff „Deutschland" befand sich vor Ibiza, um den Franco-Faschisten Waffenhilfe zu geben. Es ist ein Schandfleck der deutschen Geschichte.

Diesen Schandfleck versucht Rahn zur „lehrreichen und wertvollen Erfahrung des Krieges zur See" hochzuwienern.

Man erfährt in seinem Aufsatz so unvermutete Tatsachen wie, daß ein Luftangriff von Panzerschiffen dann leichter abgewehrt werden kann, wenn der Kommandant damit rechnet und nicht mit dem Artillerieoffizier zusammen hinaus aufs Meer blickt. Oder daß Brandgefahr entsteht und es oft auch brennt, wenn Sprengbomben auf ein Panzerschiff fallen. Oder daß es leicht Schlagseite gibt, wenn man allzuviel Löschwasser in ein Schiff pumpt. Oder daß Kanonen, die direkt von Bomben getroffen werden, hernach nicht mehr schießen, während solche, die nicht getroffen werden, sehr wohl noch schießen. Oder daß ein vollgetanktes Flugzeug an Deck ein erhöhtes Brandrisiko bedeutet. Oder daß bei Bränden an Bod oftmals die elektrische Anlage ganz oder teilweise ausfällt, sei es, weil Kabel verschmort sind, oder sei es, weil Generatoren mit Löschwasser geduscht werden, wie es auf der „Deutschland" geschah und von elektrischen Anlagen auch auf Schiffen nicht ausgehalten wird. Die Weisheiten des Korvettekapitäns sind unerschöpflich.

Das ganze seichte Geschwätz über Bomben, Schiffe, Panzerplatten ist bloß da, um eine imperialistische Ideologie am Ende des Artikels unter einem „wehrwissenschaftlichen" Anstrich zu verdecken. Dort wird der Kommandant des Panzerschiffs „Deutschland" mit seinem Abschlußbericht zitiert:

„Die Soldaten haben durch dieses Ereignis in ihren jungen Jahren einen so tiefen Eindruck in das Wesen des Krieges gewonnen, wie es viele im wirklichen Kriege niemals getan haben. Die teilweise kaum vorstellbaren Eindrücke schauerlichster Art werden die Soldaten kaum jemals vergessen."

Der Korvettenkapitän und „Lehrstabsoffizier für Wehrgeschichte" würdigt das mit folgenden Worten: „Diese quasi Kriegserfahrung war zweifellos **nützlich**, aber zu teuer erkauft, denn bei einer höheren Gefechtsbereitschaft während des Ankerns vor Ibiza wären die Personenverluste wahrscheinlich erheblich geringer gewesen. Ibiza war eben kein sicherer neutraler Hafen, sondern Krisengebiet. Nach den vorhergegangenen Luftangriffen auf verschiedene Kriegsschiffe mußte mit **weiteren Zwischenfällen** gerechnet werden."

Bedenkenlos kann sich Rahn heutzutage in eine Reihe mit der Strategie des Hitler-Faschismus stellen. Wir möchten demgegenüber feststellen, das Panzerschiff „Deutschland" war zu Zwecken der Aggression unterwegs. „Nützlich" war diese „Quasi-Kriegserfahrung" ausschließlich für den Hitler-Faschismus. Wir sind auch nicht der Meinung, daß der Hitler-Faschismus diese „Erfahrung" zu teuer „erkauft" hätte. Sie war viel zu billig, denn die spanische Republik war im Recht und die Hitler-Aggression war ungerecht. Tausende deutscher Proletarier haben auf Seite der Truppen der Republik gegen die Franco-Faschisten gekämpft. Deren Andenken ehren wir, während wir hinsichtlich des Panzerschiffs „Deutschland" bloß bedauern, daß es nicht gelang es zu versenken.

Korvettenkapitän der Bundeswehr Rahn schreibt weiter:

„Wir müssen uns heute mit dem Gedanken vertraut machen, daß die größeren Einheiten unserer Marine plötzlich in einem Krisengebiet mit ähnlichen Aufgaben betraut werden, die lange Einsatzzeiten erfordern und bei denen Zwischenfälle nicht auszuschließen sind. Solche Einsätze gehören zu den Friedensaufgaben einer Marine." Bevor sich die heutigen Soldaten und Matrosen auf das dummdreiste Geschwätz eines Korvettenkapitäns mit dem „Gedanken vertraut machen", „ähnliche Aufgaben" auszuführen, also solche wie das Panzerschiff „Deutschland" für Hitler und das deutsche Finanzkapital gegen die spanische Republik, wird es noch oft Ebbe und Flut werden.

Man kann es ausnutzen, daß der Korvettenkapitän die Parallele offen und unverschämt zieht. Die Bundesregierung hat ja das Fregattenprogramm gebilligt. Kaum daß der Beschluß durch ist, schwärmen Korvettenkapitäne schon von „Einsätzen größerer Einheiten unserer Marine in Krisengebieten". Braucht es einen besseren Beweis, daß die Fregatten als Mittel zur imperialistischen Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder gebaut werden? Nichts mit „Abschrekkung" oder sowas, sondern lupenrein für imperialistische Erpressung.

Es wird Zeit, daß man aus den Erfahrungen lernt. Rahn ist „Lehrstabsoffizier für Wehrgeschichte". Er lernt aus den Erfahrungen seiner Klasse. Das ist die imperialistische Bourgeoisie, und die lernt nichts mehr. Die kann bloß noch beseitigt werden.

Die Arbeiterklasse hat jedoch ihre eigene Erfahrung. Am 4. November 1918 sollte die Hochseeflotte der kaiserlichen Marine in Kiel zum Auslaufen gezwungen werden. Die Matrosen wußten, das würde viele „Kriegserfahrungen" geben, und Sesselfurzer wie der Korvettenkapitän und Lehrstabsoffizier Werner Rahn hätten nicht nur vier Seiten, sondern ganze Bücher vollgepinnt. Sie haben aber auf diese wertvollen Erfahrungen gepfiffen und verschiedene Kommandanten erschossen und über Bord geschmissen, die rote Fahne gehißt und die Revolution begonnen.

Das ist eine Erfahrung, auf die **wir** großen Wert legen. Dementsprechend haben wir auch ganz andere Vorstellungen von den Aufgaben der Matrosen der Marine in „Friedenszeiten".

In seinem Programm legt der Kommunistische Bund Westdeutschland fest: „Allen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Versuchen, der westdeutschen Arbeiterklasse irgendwelche gemeinsamen Interessen mit ihrer Bourgeoisie vorzutäuschen und sie dadurch auf deren Seite zu zerren, treten die Kommunisten jederzeit entgegen. Gelingt es dem Proletariat nicht, einem weiteren imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es zu seiner Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verandeln." Das ist die richtige Linie im Krieg und Frieden. – (f.)

Erfolgreicher Kantinenboykott

Marburg, Tannenberg-Kaserne. Auf Befehl des Bataillonskommandeurs Völp, dem es in der Kantine zu laut war, mußten zwei Soldaten vor der Kantine Wache schieben um aufzupassen, daß sich die Soldaten ordentlich benehmen. Daraufhin hatten viele Soldaten gesagt: Wir gehen nicht mehr in die Kantine! Das war ein gutes Druckmittel, denn wir Soldaten können zwar eine Zeitlang ohne Bier aus der Kantine auskommen, der Kantinenwirt aber nicht ohne uns. Durch die Boykottmaßnahme mußte die Wache wieder zurückgezogen werden. – (aus: „Militärzeitung" Nr. 1, Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Marburg)

Rheinkaserne:

Renovierung der Unterkünfte durchgesetzt

Koblenz, Rheinkaserne. Im schweren Pionierbataillon 310 (sPiBtl), das zum größten Teil in der Rheinkaserne untergebracht ist, haben die soldaten in den vergangenen Wochen die Renovierung der Unterkünfte durchgesetzt. Die in der 2. Kompanie erhobenen Forderungen nach sofortiger Schließung der Kompanie und Verlegung der Soldaten in gute Unterkünfte mit höchstens sechs Mann pro Stube wurden mit Hilfe der Koblenzer Militärzeitung (KMZ), dem Organ des Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK), unter den Soldaten ebenso wie unter der Koblenzer Bevölkerung verbreitet. Darauf mußte die militärische Führung reagieren.

Ganz anders hatte sie die Meldung eines Stabsarztes über den menschenunwürdigen Zustand der Unterkünfte und sanitären Anlagen behandelt: Sie hatte darauf gar nicht reagiert. In dieser bereits im Februar abgegebenen Meldung heißt es zusammenfassend:

„Die Stuben, die als Schlaf- und Aufenthaltsräume gedacht sind, sind wesentlich zu hoch belegt. Daraus resultieren zwangsläufig aggressive Verhaltensweisen, die sich in Alkoholmißbrauch und Gewalttätigkeiten äußern. Die dazu noch menschenunwürdigen sanitären Anlagen verstärken den Eindruck der Zusammenpferchung der Soldaten. Vermehrte Reinigung durch die Soldaten sowie Renovierungen oberflächlicher Art (s. Duschanlagen) verbessern die Situation nur geringfügig. Grundlegende Änderungen sind nur durch großzügige Baumaßnahmen und besonders durch geringere Belegzahlen zu erreichen. Truppenärztliche Maßnahmen können sich derzeit nur auf die Schließung der Anlagen erstrecken, womit aber den Soldaten am wenigsten gedient sein kann." (aus: KMZ-Extra, 7.3.)

Weitere Verschlechterung

In der Sonderausgabe der Koblenzer Militärzeitung vom 7.3. wird weiter berichtet:

„Die Zustände haben sich in der letzten Zeit nicht verbessert, sie haben sich vielmehr verschlechtert. Zu Beginn des 1. Quartals 76 wurde die Kompanie (Kp) von 100 auf 177 Mannschaftsdienstgrade aufgestockt. Das bedeutet, daß im 1.und 2. Zug jetzt auf jeder Stube 12 Mann liegen; auf 45 qm sind 12 Spinde, 1 Putzspind, 4 Dreistockbetten, 2 Tische und 6 bis 10 Stühle untergebracht."

Weil unter den in der KMZ verbreiteten Forderungen nach sofortiger Schließung der Kompanie und Verlegung der Soldaten in gute Unterkünfte mit höchstens 6 Mann pro Stube der Unmut der Soldaten wirksam zusammengefaßt werden konnte, bekamen es die Offiziere sehr eilig und leiteten Maßnahmen ein. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz berichtet über die Reaktionen in der 2. Kompanie des sPiBtl 310 am 21. März:

„Ein Erfolg ist erkämpft worden

Mit großer Aufregung haben die Vorgesetzten in der Rheinkaserne auf die KMZ-Extra reagiert. Generalmajor Baranek vom III. Corps erschien in der Kaserne, am Abend war dann zwei Stunden lang Stuben- und Revierreinigen. Der MAD befand sich öfters in der Kaserne. Teilweise kleine Veränderungen wurden durchgeführt, die Flure neu gestrichen und Klinken für die Klotüren angeschafft. Eine geplante Durchsuchung der Spinde und Wertfächer konnte verhindert werden, da sie vorher unter den Soldaten breit bekannt gemacht wurde.

Die KMZ-Extra wurde von den Soldaten begeistert aufgenommen, viele hängten es in ihre Spinde oder auf die Flure. Maßnahmen wurden diskutiert.

Hinter den Forderungen: Sofortige Schließung der Kompanie! Verlegung in gute Unterkünfte mit höchstens 6 Mann auf einer Stube! schlossen sich die Soldaten der 2/310 zusammen. Weitere Kompanien des sPiBtl 310 nahmen Kontakt mit den Soldaten auf und wollten auch Maßnahmen einleiten.

Trotz der Einschüchterungsversuche seitens des Kompaniechefs – so drohte er an, die Kompanie wird ab April in ein Zeltlager verlegt, und zwar in die Zwei-Mann-„Hundehütten" – und der Spaltungsversuche – 49 Soldaten erhielten an einem Tag eine förmliche Belobigung, verbunden mit Sonderurlaub – haben sich die Soldaten gegen die Zustände gewehrt. In einer begonnenen Unterschriftensammlung sprach sich fast die Hälfte der Kompanie für die obigen Forderungen aus.

Jetzt wird die Kompanie in feste Unterkünfte verlegt werden, und während dieser Zeit werden die Heizung, die Klos, Waschräume und Stuben renoviert werden. Viele Stubenbelegschaften wurden auf 8 Mann reduziert und die Soldaten in andere Kompanien verlegt.

Dieser Erfolg konnte erreicht werden, weil die Soldaten nicht auf die Offiziere vertrauten, sondern selbständig sich wehrten. Entscheidend war die Einbeziehung der Öffentlichkeit und die Bloßstellung der Offiziere auf der Straße. Heftige Diskussionen entwikkelten sich an den Ständen des Soldaten- und Reservistenkomitees. 50 Unterschriften wurden in kurzer Zeit für die Forderungen gesammelt. Breit war die Empörung bei den Passanten. Ein älterer Mann sagte: ‚Ich kenne die Rheinkaserne. Es war ein Fehler der Amerikaner, daß sie die Kaserne nicht zusammengebombt haben. Sind die Kellerwände eigentlich immer noch feucht?'

Durch den selbständigen Widerstand der Mannschaften wurden die Offiziere zum Handeln gezwungen, die Soldaten hatten die Unterstützung der Öffentlichkeit, und so haben sie diesen Erfolg erzielt."

Anzeige wegen Wehrkraftzersetzung

Als Organ, mit dem die Bewegung der Soldaten wirksam zusammengefaßt werden konnte, hatte sich die Koblenzer Militärzeitung erwiesen. Um die Bewegung unter den Soldaten zu zerschlagen, versuchen die Offiziere deshalb, die KMZ zu treffen und ihre Verbreitung in der Kaserne zu unterdrükken. Das Soldaten- und Reservistenkomitee berichtet weiter:

„Die Wache und der UvD der 2/310 sammelten eine weitere KMZ zur Rheinkaserne, am Wochenende, ein und schrieben die Namen der Soldaten auf, die sie nicht abgaben. Ein Soldat wurde vom MAD verhört. Spinde- und Autodurchsuchungen wurden vorgenommen.

Der OvWa (Offizier vom Wachdienst) fotografierte die Verteiler der KMZ und einige Soldaten, als sie die Zeitung nahmen. Schon am Tag darauf, am Montag, lag eine Anzeige gegen den presserechtlich Verantwortlichen der KMZ vor, wegen Wehrkraftzersetzung, Untergrabung der Verteidigungsbereitschaft und planmäßiger Störpropaganda.

Sie wollen die Wahrheit unterdrükken, die den volksfeindlichen und entrechtenden Charakter der Armee aufzeigt. Doch die Wahrheit läßt sich nicht verbieten. (. . .) Wir müssen uns unseren Erfolg sichern, dazu brauchen wir das Recht, daß unser Vertrauensmann über die sanitären Einrichtungen und die Unterbringung entscheidet."

Generalstreik in Italien

Am 25.3. fand in ganz Italien ein vierstündiger Generalstreik statt, zu dem die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL aufgerufen und dem sich auch etliche autonome Gewerkschaften angeschlossen hatten.

An dem Streik beteiligten sich die Beschäftigten der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, des öffentlichen Dienstes, das Schulpersonal sowie die Studenten und Schüler.

Die Streikbeteiligung war im allgemeinen sehr hoch, vor allem im Industriesektor. In über 100 Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt, auf denen Hunderttausende von Menschen ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen die Kapitalistenklasse und die Regierung Moro zum Ausdruck brachten: so z.B. an die 100000 in Mailand, zirka 70000 in Turin, 50000 in Neapel und Florenz, 30000 in Genua und Venedig.

Unmittelbarer Anlaß für den Generalstreik waren eine Reihe von Maßnahmen, die die Regierung am 17.3. getroffen hatte. Diese Maßnahmen sollen 1500 Milliarden Lire (zirka 4,5 Milliarden DM) einbringen, womit eine „Stabilisierung des Lira-Kurses" und eine Verringerung des Defizits des Staatshaushalts erreicht werden soll. Notwendig wird dies vor allem durch die wachsende Auslandsverschuldung, vor allem beim BRD-Imperialismus, und um die Kredite bei Fälligkeit zurückzahlen zu können. Eingetrieben werden sollen diese Milliarden durch eine Erhöhung der

– **indirekten Steuern** auf Benzin,
– der **Mehrwertsteuer** auf Fleisch, Automobile, alkoholische Getränke, auf Kino- und Theatervorführungen usw. um 6 %,
– der **Gebühren** (Fernsehen, Registergebühren) sowie durch eine
– **Einschränkung der öffentlichen Ausgaben um zirka 5 %.**

Erzwungen wurden diese Maßnahmen durch die EG, allen voran die BRD, die über ihre Kredite für die italienischen Kapitalisten und ihren Staat diesen das „Sparprogramm" sozusagen als Kreditbedingung diktierten.

Aber die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Italien sind nicht bereit, eine zusätzliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hinzunehmen. Deshalb haben am Tag nach der Bekanntgabe der Erhöhungen der Massensteuern in etlichen Betrieben und Städten spontane Streiks und Protestkundgebungen stattgefunden, so z.B. bei Pirelli, Alfa Romeo, Autobianchi (Mailand), bei Fiat in Turin, bei Alfasud in Neapel, bei der Iret in Trient usw.

Während die bürgerlichen Zeitungen von diesen Protestkundgebungen kaum Notiz nahmen, sabotierten die Gewerkschaftsbosse und Revisionistenführer diese Kämpfe. So lehnten sie die Regierungsmaßnahmen nicht bedingungslos ab, und bezeichnenderweise hat Ministerpräsident Moro vor der entscheidenden Sitzung des Ministerrats den KPI-Sekretär Berlinguer empfangen, der offensichtlich nichts gegen dieses Programm der Ausplünderung der Volksmassen einzuwenden hatte.

Dennoch konnte der schon seit einiger Zeit von Betriebsräten und Arbeiterversammlungen geforderte Generalstreik zur Durchsetzung der Tarifforderungen nun nicht länger von den Gewerkschaftsführungen hinausgeschoben werden. Neben den volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung hatte vor allem die unnachgiebige Haltung der Kapitalisten in den bereits sechs Monate andauernden Auseinandersetzungen um die Erneuerung der Kollektivverträge für die wichtigsten Branchen (Metall-, Chemie-, Textil-, Bauarbeiter usw.) und die steigende Arbeitslosigkeit die Forderung nach einem nationalen Generalstreik immer stärker werden lassen. Auch konnten jedoch durch die Kampfentschlossenheit der Arbeiter und Volksmassen die Pläne der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates großenteils durchkreuzt werden:

Dutzende von Betrieben wurden besetzt gehalten, um Entlassungen zu verhindern, die Arbeitslosen organisieren sich in eigenen Komitees, in den Wohnvierteln sind Hunderte von leerstehenden Wohnungen besetzt worden, die Erhöhungen der Gebühren werden durch kollektive Zahlungsverweigerung bekämpft.

Der weiteren Organisierung und Entfaltung dieser Kämpfe stellen sich die Gewerkschaftsführung und die Revisionisten der KPI immer offener entgegen.

So betonte Gewerkschaftsboss und Mitglied des ZK der KPI L.Lama anläßlich des Generalstreiks: *„Der heutige Generalstreik bedeutet keineswegs, daß die Arbeiter jede Art von Opfer zurückweisen . . ., weil sie wissen, daß eine Politik der Sparsamkeit und der Zurückhaltung im Verbrauch wie auch im Einsatz der Ressourcen heute unumgänglicher denn je ist, um durch eine allmähliche Veränderung der ökonomischen Strukturen die Krise zu überwinden."* (L'Unità, 25.3.76)

Dementsprechend sahen auch einige Forderungen der Plattform für den Energiesektor aus, z.B.: „Einführung von Sparmaßnahmen auf dem Energiesektor."

Daß auf Grund solcher „verantwortungsbewußten" Vorschläge an die Kapitalisten und ihren Staat die Forderungen der Arbeiter nach höherem Lohn, besseren Arbeitsbedingungen und niederen Preisen usw. „geopfert" werden müssen, liegt auf der Hand. Dem Bestreben der Revisionisten und Gewerkschaftsführer, „gemeinsam" mit den Kapitalisten die Krise zu überwinden, steht aber der hartnäckige Kampf der Arbeiter um ihre Interessen gegenüber.

So konnten zum Beispiel Mitte März die klassenbewußtesten Arbeiter einiger Abteilungen bei Fiat-Mirafiori in Turin, die bekanntlich zur Vorhut der italienischen Arbeiterklasse zählen, durch selbständige Streiks und Kampfmaßnahmen die Gewerkschaft zur Ausrufung eines zweistündigen Streiks im ganzen Werk zwingen. Trotz aller Abwiegelungsversuche revisionistischer und reformistischer Gewerkschaftsfunktionäre gelang der Streik im vollen Ausmaß und wurde in einigen Abteilungen bei auf acht Stunden verlängert! – (l.g./t.l., Bozen)



Streikversammlung in Mailand

Drohung des US-Imperialismus gegen Kuba

US-Außenminister Kissinger hat unverhüllt gegenüber Kuba Kriegsdrohungen ausgestoßen. In einer Ansprache in Dallas hat er ausgeführt: „. . . daß die Vereinigten Staaten . . . sich nicht unbegrenzt mit der Anwesenheit kubanischer Expeditionsstreitkräfte in fernen Ländern zum Zweck der Ausübung von Druck und Bestimmung der politischen Entwicklung durch Waffengewalt abfinden. Wir haben diese Warnungen schon früher verkündet. Ich wiederhole sie heute. Die Vereinigten Staaten werden eine weitere kubanische militärische Intervention im Ausland nicht akzeptieren." (Süddeutsche Zeitung) Dabei wurde durch Pressemeldungen weiterhin bekannt, daß der US-Imperialismus seit der Revolution in Kuba im Jahre 1959 eine Liste von „Eventual-Plänen" zwecks militärischem Angriff auf Kuba in der Schublade hat. Tatsächlich handelt es sich keineswegs um die erste Drohung der Supermacht USA gegenüber Kuba.

Nicht die erste Drohung

Seit der bewaffneten Revolution, durch die das US-abhängige Batista-Regime von den kubanischen Volksmassen davongejagt wurde, versucht der US-Imperialismus durch Subversion und Intervention die Souveränität Kubas zu untergraben und den Einfluß des US-Kapitals wiederherzustellen. Bei den „Eventual-Plänen" handelt es sich um Pläne für Seeblockaden, also das Abschneiden der Insel von jeglichem Seeverkehr durch die US-Marine. Weiterhin liegen Pläne vor, daß ein Teil des Landes gezielt bombardiert werden soll, um die Entwicklung des Landes empfindlich zu stören. Weiterhin, daß vom auf Kuba liegenden US-Stützpunkt Guantanamo Strafexpeditionen ins Land geschickt werden, und schließlich eine Invasion auf die Insel mit dem Ziel der Besetzung.

Die jetzigen Drohungen des USA-Imperialismus sind die direkte Antwort auf die Expansionsbestrebungen des sowjetischen Sozialimperialismus, der Kuba seinerseits in Abhängigkeit hält und kubanische Wehrpflichtige als Söldner für seine imperialistischen Ziele in Angola kämpfen läßt.

In Angola sterben Angolaner und Kubaner für die Hegemonialbestrebungen der Supermächte. Auf ihre Niederlage dort antworten die US-Imperialisten mit Drohungen gegen Kuba. Auch hier werden die Supermächte ihre Rivalität zunächst vor allem auf Kosten fremder Völker, also dieses Mal des kubanischen Volkes, austragen.

Die Lehren von 1962

Schon einmal war Kuba Streitpunkt für die beiden Supermächte. 1962 fuchtelten die Führer der KPdSU mit ihren Atombomben herum und wollten sie auf Kuba stationieren. Die Antwort des US-Imperialismus war ebenfalls das Fuchteln mit Atombomben und eine Seeblockade um Kuba. Daraufhin zog sich die Sowjetunion zurück. Mit dem US-Imperialismus einigte sie sich über die Forderung der USA nach „internationaler Inspektion" Kubas, was eine direkte Verletzung der Souveränität Kubas bedeutete. Das war eine wichtige Erfahrung für das kubanische Volk: Erst hat der Sozialimperialismus Kuba für seine Abenteuer benutzt, dann hat er sich auf Kosten Kubas geeinigt. Was immer die Sowjetunion jetzt gegen ihren US-Rivalen tun wird: Das kubanische Volk kann sich nur auf seine eigene Kraft verlassen, wenn es nicht Opfer der Rivalität der Supermächte werden will.

Angesichts der Rivalität der Supermächte gibt es für die Völker der Welt nur eins: Zusammenschluß und Kampf gegen Hegemoniestreben und Imperialismus. Das ist die Lehren aus dem Krieg in Angola und den Kriegsdrohungen gegen Kuba. – (jk)

Vergeblicher Kampf eines Arbeiters um einen Arbeitsplatz in der Sowjetunion

Iswestija 13.9.74 berichtet in ihrem Feuilleton "Halte dich fester am Lenkrad" über den folgenden Vorfall: Der Kraftfahrer A. Bereshnoi sucht Arbeit bei der Interkolchosbauorganisation in Barowitschi (Provinz Tschernigow). Man führt ihn auf den Autofriedhof, er solle einen ausrangierten LKW in Ordnung bringen, dann dürfe er fahren. Die Ersatzteile können nicht geliefert werden, die muß er sich selbst auf dem Schwarzen Markt besorgen. Er tut das und verlangt Ersatz seiner 78 Rubel Auslagen (was gut die Hälfte eines durchschnittlichen Monatslohns ausmacht). Diese werden ihm nicht erstattet, sondern man läßt durchblicken, er solle sich seine Auslagen durch Schwarzarbeit mit dem LKW wieder hereinholen. Bald versagt der LKW wieder den Dienst und es sind größere Reparaturen erforderlich. Auch diese soll Bereshnoi in der gleichen Weise durchführen und finanzieren. Der Chef gibt ihm sogar den Tip, zur Ziegelei zu fahren, dort warteten immer Klienten für größere Fuhren. Bereshnoi weigert sich, er hat Angst, erwischt zu werden, denn er ist gerade erst nach Strafverbüßung wegen einer ernsten Straftat entlassen worden. Der LKW kommt daher nicht durch die amtliche technische Inspektion. Daraufhin sagt ihm der Chef: "Du konntest nicht dafür sorgen. Nimm dich die Kündigung ein." (aus: Ostprobleme 2/1976)

Militärputsch in Argentinien

Der Peronismus fesselt die Arbeiterklasse

In Argentinien hat das Militär die Macht an sich gerissen – „ohne Gewalt", wie das westdeutsche Fernsehen berichtete. „Ohne Gewalt", das können sie sagen, weil das Volk von Argentinien ohnmächtig den Aufmarsch der gesamten Gewaltmaschinerie der argentinischen Bourgeoisie hinnehmen mußte – die Besetzung der Gewerkschaftshäuser, die Erklärung des Belagerungszustandes über das ganze Land, die Androhung der Todesstrafe und standrechtliche Erschießung auf Streiks und jeglichen Widerstand, das Verbot sämtlicher politischer Parteien, die Verhaftung von Gewerkschaftsführern und aller Personen, von denen das Regime Organisierung des Widerstands erwarten muß und der es habhaft werden konnte. Von Streiks wurde aus dem Industriezentrum von Cordoba berichtet, nichts aber über ihren Ausgang. Sämtliche Zeitungen, Radio und Fernsehen und alle öffentlichen Institutionen, soweit sie nicht aufgelöst wurden wie das National- und die Provinzparlamente, sind vom Militär besetzt. Die Militärgerichtsbarkeit ist errichtet.

Als Kernpunkt ihres Regierungsprogramms verkündigte die Militärjunta: „Ausländische Investitionen seien willkommen und würden gefördert . . . eine strikte Ordnung im öffentlichen Leben, eine von Streikverboten und Repression unerlaubter Gewerkschaftsaktivität geförderte Anhebung der Produktivität sowie Rechtsgarantien für ausländische Investitionen werden das notwendige günstige Klima für den Zustrom von Auslandskapital schaffen." (Süddeutsche Zeitung, 27. März) Die Inflation in Argentinien hat 1975 zuletzt 400 Prozent betragen, die Auslandsverschuldung beträgt 11 Milliarden Dollar, von denen 1,5 Milliarden dieses Jahr fällig sind. (Handelsblatt, 11. Februar) Die Junta will den Würgegriff des imperialistischen Finanzkapitals zur Ausführung bringen.

Argentinien ist ein Land der Dritten Welt, das vom Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt wird. Über die Hälfte des Kapitals in Argentinien befindet sich in ausländischem Besitz, etwa je zur Hälfte im Besitz des US-Imperialismus und des europäischen Kapitalismus. Das westdeutsche Finanzkapital hat selbst bedeutende Niederlassungen in Argentinien.

Bis zum Zweiten Weltkrieg herrschte der britische Imperialismus über Argentinien, gestützt auf die Großgrundbesitzeroligarchie, deren Produkte er verarbeitete und verkaufte. Der Niedergang des britischen Imperialismus mit dem Zweiten Weltkrieg war die Geburtsstunde des Peronismus. Hervorgegangen ist der Peronismus aus dem Militär, seine Ideologie war die Zusammenarbeit der Arbeiterklasse mit der entstehenden nationalen Bourgeoisie des Landes. Der Peronismus konnte die Arbeiterbewegung gewinnen, indem er einige lang umkämpfte Rechte der Arbeiterklasse versprach und auch gewährte, als er an die Macht kam. Zugleich vollzog der Peronismus einen wirklichen Bruch mit dem Imperialismus. Den Engländern ließ er zum Beispiel das Eigentum über die Kühlhäuser und die fleischverarbeitende Industrie, die britischen Aktionäre der verstaatlichten Eisenbahnen wurden großzügig entschädigt. Noch unter der Herrschaft Perons begann das Eindringen des US-Kapitals. Auch die versprochene Agrarreform blieb in der peronistischen Nachkriegsherrschaft unerfüllt. Der Peronismus versuchte die Versöhnung von Imperialismus, nationaler Bourgeoisie und Arbeiterbewegung.

Das städtische Proletariat und das Landarbeiter mußten die reformistischen Hoffnungen, die der Peronismus geweckt hatte, blutig bezahlen. 1955 wurde das Peron-Regime gestürzt, die Arbeiterklasse ging aller errungenen Rechte verlustig, und eine Militärdiktatur wurde errichtet, die peronistische Gewerkschaftsbewegung blutig unterdrückt. Argentinien geriet gänzlich unter die Vorherrschaft des US-Imperialismus. Der US-Imperialismus richtete das Land immer mehr zugrunde. Der Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist praktisch nie erloschen und richtete sich gegen die imperialistische Ausbeutung und die wechselnden Militärstatthalter und auch gegen die zwischenzeitlichen parlamentarischen Regierungen, die nichts anderes waren als eine Verkleidung der imperialistischen Militärdiktaturen. Der Widerstand blieb aber auch immer dem Peronismus verhaftet. 1973 war das Militär schließlich nach einem Wahlsieg der peronistischen Partei gezwungen, Peron aus dem Exil zurückkehren zu lassen. Mit der erneuten Regierung Peron trat das Militär aber keinesfalls von der Bühne ab.

Das Militär in Argentinien ist selbst unmittelbarer Teil der Großbourgeoisie und besitzt selbst annähernd die Hälfte des Kapitals der argentinischen Großbourgeoisie, das aber völlig mit dem ausländischen Kapital verfilzt ist.

Die Wiederholung des Verschleißes des Peronismus an der Macht sollte dem Imperialismus und der mit dem Imperialismus verbundenen argentinischen Großbourgeoisie ermöglichen, die Arbeiterklasse und die Volksmassen erneut zu schlagen. Der Peronismus ist dabei in seine widersprüchlichen Bestandteile zerfallen; eine Fraktion, die die Interessen des Imperialismus und der mit dem Imperialismus verbundenen argentinischen Großbourgeoisie vertrat und die Regierung stellte; eine Fraktion, die sich auf die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes bezieht, aber sich nicht von der reformistischen Ideologie des Peronismus, der Versöhnung mit der Bourgeoisie und dem Imperialismus befreien konnte. Ähnlich wie in Chile ist es der Reformismus, der dem Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes um nationale Befreiung und Beseitigung des imperialistischen Ausbeuterjochs abermals eine Niederlage bereitete. Den von der peronistischen Partei abgespaltenen revolutionären Organisationen in Argentinien, die nach wie vor im Land existieren und zum Teil den bewaffneten Widerstand aufgenommen haben, wird es nur gelingen, voranzukommen, wenn sie sich gänzlich von der reformistischen Ideologie des Peronismus lösen.

Argentinien ist das Land in Lateinamerika mit dem zahlenmäßig stärksten Proletariat. 31 Prozent der Bevölkerung sind Industriearbeiter, 8 Prozent Landarbeiter. 11 Prozent der Bevölkerung sind kleine und mittlere Bauern und Pächter. Sie müssen sich unter Führung der Arbeiterklasse zusammenschließen und können sich mit großen Teilen der städtischen Kleinbourgeoisie, die 48 Prozent der Bevölkerung ausmacht, verbinden, um den Kampf für die nationale Befreiung, die demokratische Revolution und den Sozialismus aufzunehmen. – (b)

Solidaritätsveranstaltung mit einem Vertreter der FPOLISARIO

Ein Vertreter der FPOLISARIO (Volksfront für die Befreiung von Saguiat el Hamra und Rio de Oro) sprach auf Einladung des Zentralen Komitees des KBW auf Solidaritätsveranstaltungen in Aachen, Frankfurt, Braunschweig und Westberlin. Obwohl durch Schikanen der westdeutschen Behörden die Teilnahme eines Vertreters der FPOLISARIO an der ersten für die Rundreise geplanten Veranstaltung in Freiburg verhindert werden konnte, so empfingen auch dort die rund 600 Teilnehmer die Grüße und den Bericht der FPOLISARIO über Telefon und Tonband. In Aachen wurde der Genosse von den 200 Menschen auf der Veranstaltung begeistert empfangen. (Bericht in KVZ Nr. 12/1976) In Frankfurt folgten etwa 500 seinen Ausführungen, darunter viele Spanier und Araber.

Überall erlebte der Genosse der FPOLISARIO große Sympathie und Unterstützung. In Frankfurt wurden 3 700 DM zur Verfügung gestellt, in Braunschweig von über 400 Teilnehmern 3 277 DM, die UTE (Vereinigung spanischer Arbeiter in der Emigration) spendete zusätzlich den Erlös aus einem Kalenderverkauf von 606 DM, in Westberlin wurden sogar 6 130 DM gesammelt, darunter eine Spende von über 1 000 DM von der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe. Auf allen Veranstaltungen überbrachten verschiedene Organisationen Grußbotschaften an das saharauische Volk, die FPOLISARIO und forderten von der Bundesregierung die sofortige Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara. Auf den verschiedenen Veranstaltungen waren das die UTE, die FRAP, die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft, die Liga gegen den Imperia-

sellschaft, die Liga gegen den Imperia-

lismus, die Generalunion Arabischer Studenten, die Freunde der FDLP, die Äthiopische Studentenunion. Die Ortsgruppe Braunschweig des KBW und das Nahost-Komitee Westberlin beschlossen die Unterstützung mit einer Kleidersammlung fortzusetzen.

Der Vertreter der FPOLISARIO stellte zum Abschluß fest:

„Durch den Mund eines Vertreters des saharauischen Volkes konnte das deutsche Volk sich Kenntnis verschaffen über die Bedingungen des Kampfes des saharauischen Volkes. Für unser Volk war es eine sehr erfolgreiche Rundreise, sowohl was das unserem Kampf entgegengebrachte Verständnis angeht wie auch die materielle Hilfe. Als Beitrag zum Kampf unseres Volkes unter Führung seiner Avantgarde, der FPOLISARIO, kamen fast 18 000 DM zusammen. Diese Hilfe ist Pflicht jedes Demokraten und fortschrittlichen Menschen, es ist die Pflicht, den gerechten Kampf für die Selbstbestimmung, für Befreiung und Unabhängigkeit der arabischen Völker zu unterstützen.

Eine wichtige Aufgabe ist es außerdem, von der Bundesregierung die Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara zu fordern.“

Spenden für den Befreiungskampf des Volkes von West-Sahara

Konto des KBW
Commerzbank Mannheim
Nr. 32 58 589
Stichwort FPOLISARIO

Die militärische Lage

Befreiungskampf in der Westsahara

Erklärung eines Mitglieds der Internationalen Kommission der FPOLISARIO

„Während Hassan den sogenannten „grünen Marsch“ organisierte, die Presse die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit darauf lenkte, erfolgte 200 Kilometer östlich davon unbemerkt von der Weltöffentlichkeit der Einmarsch der marokkanischen Armee mit Bodentruppen und Flugzeugen.

Gleich bei der ersten Stadt Weiha wurden über 250 Saharauis von ihnen umgebracht, in anderen Dörfern ging es ähnlich zu. Die Invasion hatte die volle Unterstützung der Spanier, die alle strategisch wichtigen Orte kannten und sie und ihre militärischen Karten der marokkanischen Armee übergaben. Zur Zeit sind über 30 000 marokkanische Soldaten, fast die Hälfte der ganzen Armee, in unserem Land. Sie haben einen Spaziergang von wenigen Tagen erwartet, weil Marokko 16 Millionen Einwohner hat und Mauretanien 5 Millionen, während das Volk der Saharauis nur 750 000 im Lande zählte. (Laut Angaben der FPOLISARIO insgesamt 1 Million, davon 250 000 in den umliegenden Ländern. Anmerkung der Redaktion) Dabei haben sie aber eines nicht vorhergesehen, daß das ganze saharauische Volk kämpft, Männer, Frauen, Kinder, und eine große Armee zur Befreiung des Vaterlandes bildet. Die ganzen Pläne der Imperialisten werden zerbrechen, weil sie nicht den Willen unseres Volkes und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker in Rechnung stellen. Wir werden sie besiegen.

Die Volksbefreiungsarmee von Sahara (Ejercito de Liberacion Popular Saharaui) hat die marokkanischen

Saharaui) hat die marokkanischen

Truppen aufgehalten. Sie halten nur einzelne, von uns eingekreiste und vom Umland isolierte Punkte besetzt. Als sie sahen, daß sie uns an einer Front im Norden nicht schlagen können, haben sie die Südfront eröffnet. Auch dort kämpft Marokko, denn Mauretanien ist schwach. Wir kennen ihre „militärische Stärke“, sie hatten nie eine Luftwaffe oder Seestreitkräfte und ein nur mit leichten Waffen ausgerüstetes Heer. Als sie uns bei La Guera angriffen, wurden Mirage-Kampfflugzeuge und Torpedos eingesetzt. Das waren französische und amerikanische Waffen. Der französische und amerikanische Imperialismus steckten hinter Marokko und Mauretanien. Sie haben eine Luftbrücke eingerichtet: Paris – Madrid – Rabatt – Nouakschott.

Frankreich hat von seinem Stützpunkt im Senegal aus mit der Luftwaffe eingegriffen und mauretanische Truppen evakuiert, wo sie in Gefahr waren. Sie haben wie die Amerikaner von den Stützpunkten in Spanien aus schwere Waffen eingeflogen. Die 6. US-Flotte ist vor der Küste Saharas herumgekreuzt. Die FPOLISARIO führt im Süden der Demokratischen Arabischen Republik Sahara und Nordmauretanien täglich Operationen durch, um dem Feind den Nachschub abzuschneiden. Offiziell heißt es, es sei alles ruhig. Gleichzeitig kann man aber lesen, daß ein mauretanischer Konvoi zwanzig Tage brauchte, um 500 Kilometer zurückzulegen. Auch über den Westen Mauretaniens übt die Volksbefreiungsarmee die Kontrolle aus, eine Eisenbahnlinie und ein Förderband wurde bei Nouadhibou zerstört.

opérations militaires
du 1er au 29 Février

MAROC
ALGERIE
RASD
MAURITANIE

Die Karte zeigt die wichtigsten Operationen der Volksbefreiungskräfte. Die Zahlen in den Kreisen geben an, wieviele Kräfte der Invasoren getötet (M), verwundet (B), gefangengenommen (P) werden konnten. (Aus: El Moudjahid, 12. März) Am 19. März berichtet diese algerische Zeitung, daß bei mehreren Überfällen auf marokkanische Stellungen etwa 100 Kilometer innerhalb der Demokratischen Arabischen Republik Sahara über 100 Soldaten Hassans getötet oder verwundet wurden. Auf der Veranstaltung in Westberlin führte der Vertreter der FPOLISARIO aus, daß bei einer wichtigen Operation am 21. März, wo ein Kommando der Volksbefreiungsarmee einen Versorgungskonvoi der marokkanischen Armee zwischen Haousa und Ijiria überraschte, zwei Phantomjäger F 5 abgeschossen, 38 marokkanische Soldaten getötet, 16 gefangengenommen und eine unbekannte Zahl verwundet werden konnten. 16 Kalashnikow und 7 Minenwerfer der Typen CM, LCOC und PMU wurden erbeutet. Die Befreiungsarmee hatte nur einen Toten zu beklagen.

Mauretanien ist heute ein Anhängsel Marokkos. Marokkaner wurden bereits in die Verwaltung eingeschleust, marokkanische Luftstützpunkte sind in Mauretanien geplant.

Mauretanien geplant.

Unsere Stärke ist, daß das ganze Volk kämpft, daß wir die Söhne der Wüste sind, die sie genau kennen, und daß wir Ort und Zeit des Kampfes wählen. Wir können drei Tage ohne Wasser leben und sieben Tage ohne zu essen, wir müssen nicht zum Ort gehen, an dem wir kämpfen wollen, wir kontrollieren das ganze Gebiet. Wenn eine Einheit in El Aiun nach Amgala loszieht, wissen wir genau, wann sie abmarschieren und wann sie ankommen. Hassan sagt, in Amgala würden Algerier die Marokkaner angreifen. Das ist eine Lüge. Es sind unsere Guerilla-Kämpfer.

Zum Beispiel wird an einer Wegstelle einem LKW-Konvoi aufgelauert. Ein oder mehrere LKWs fahren sich im Sand fest. Der Leutnant befiehlt abzusteigen, auszugraben und zu schieben. In diesem Augenblick schlagen wir zu, sie können sich nicht richtig verteidigen. So haben wir z.B. einem Konvoi bei Amgala große Verluste zugefügt. In „Le Monde“ berichtete kürzlich ein gefangener marokkanischer Soldat das etwa so: ‚Wir waren in einem Kampfgebiet. Man sah weit und breit niemand. Plötzlich steht vor uns ein FPOLISARIO-Kämpfer, er ruft etwa, und schon waren wir von weiteren Kämpfern umgeben, die aus dem Sand auftauchten. Sie lagen mit Sand bedeckt in der Wüste und warteten auf uns.‘

80 Prozent der Bevölkerung sind in die befreiten Zonen geflüchtet. In die Städte bringt Hassan jetzt Marokkaner. Gleichzeitig wird versucht, die Saharauis vollständig zu assimilieren, ihre eigenständige Kultur zu vernichten. Gleichzeitig werden Demonstrationen der Marokkaner in El Aiun und anderen Städten, die sie besetzen, organisiert, auf denen sie die Besetzung feiern.

Unser Kampf ist sehr schwer, aber es

Unser Kampf ist sehr schwer, aber es gibt nur zwei Alternativen, die vollständige Befreiung oder der Kampf bis zum Tod. Die demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Kräfte müssen uns unterstützen, denn unser Kampf ist im Interesse des Kampfes aller Völker um Befreiung. Ihr müßt über unsere gerechte Sache informieren, eure Regierung zur Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara auffordern und uns auch materiell unterstützen. Bei uns haben fünf Menschen gemeinsam eine Decke, Medikamente, Nahrung, an allem mangelt es.“

Solidaritätsadresse des Zentralen Komitees des KBW

Seine Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Besatzerstaat hat der KBW aus Anlaß des für den 30. März geplanten Streiks im besetzten Ostpalästina (Westjordanland) dem Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO ausgedrückt.

Trotz Einreiseverbot – Erfolgreiche Veranstaltungen

Obwohl die westdeutschen Behörden durch ein Einreiseverbot die Teilnahme einer Delegation der Volksfront für die Befreiung Omans zu Veranstaltungen in Heidelberg und Köln verhinderte, konnten die Veranstaltungen erfolgreich durchgeführt werden. In Köln waren 180 Menschen und in Heidelberg 800 erschienen, um ihrer Unstützung Ausdruck zu verleihen und gegen das Einreiseverbot zu protestieren. Konnten die Genossen von der PFLO persönlich auch nicht anwesend sein, so grüßten sie doch über ein Tonband die Solidaritätskomitees und die westdeutsche Solidaritätsbewegung. In der Grußbotschaft erklärt der Vertreter der PFLO, Hussein Moussa:

„Im Namen der Volksfront für die Befreiung Omans, im Namen der Kämpfer, die den bewaffneten Kampf führen gegen die iranischen Invasionstruppen, gegen die Truppen des britischen Imperialismus und gegen die jordanischen Söldner und die Söldner aus allen Teilen der Welt, die der Sultan in seiner Armee im Auftrag des Imperialismus einsetzt, begrüße ich die Solidaritätskomitees in Köln und Heidelberg. Wir wissen, welche Anstrengungen die Nahost-Komitees, sei es in Köln, in Heidelberg oder in anderen Städten der BRD, machen, um eine kraftvolle Unterstützung für die omanische Revolution zu organisieren und Informationen zu verbreiten über die Oman-Frage. Wir schätzen diese Anstrengungen hoch ein und wir betrachten diese Veranstaltungen, an denen ihr teilnehmt und an denen wir nicht direkt teilnehmen können, als ein ausgezeichnetes Mittel, um die omanische Revolution zu unterstützen. Wir konnten nicht teilnehmen, weil die westdeutschen Behörden darauf bestanden haben, unsere Einreise zu verhindern. Aber sie haben uns doch nicht an der Teilnahme hindern können. Gerade daß wir jetzt zu euch sprechen, beweist, daß nichts die Solidaritätsbewegung hindern kann, nichts kann sie zum Stillstand bringen.“

Zum Abschluß stellte er fest:

„Wir sind sicher, daß durch die enge Verbindung der kämpfenden Völker in Oman, in Palästina und im gesamten arabischen Raum und durch die Unterstützung durch die revolutionären Bewegungen in den kapitalistischen Ländern und die Unterstützung der sozialistischen Länder unsere Völker in der Lage sein werden, den US-Imperialismus und seine Handlanger zu schlagen.

Wir möchten noch einmal den Solidaritätskomitees in der BRD und Westberlin danken. Wir danken den Nahost-Komitees, daß sie diese revolutionären Solidaritätsveranstaltungen organisiert haben. Wir sind sicher, daß diese Veranstaltungen einen wirksamen Beitrag leisten gegen die Informationsblockade, die der Feind versucht über die omanische Revolution und den Kampf des omanischen Volkes zu verhängen.

Grüße von der PFLO an alle, die zum Erfolg dieser Veranstaltung beigetragen haben.

Wir schreiten voran, dem Sieg entgegen!

Hussein Moussa
Zentrales Komitee für internationale Beziehungen der Volksfront für die Befreiung Omans“

(Aufgenommen in Mailand am 25. März, übersetzt vom Palästina-Komitee Freiburg)

Zur Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes des Volkes von Oman wurden auf der Veranstaltung in Köln 1 200 DM und in Heidelberg 2 432,74 DM gesammelt. Der Allgemeine Studentenausschuß der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg spendete außerdem 200 DM und die Ortsgruppe des KBW 500 DM.

Solidaritätsveranstaltung mit Zimbabwe in Hamburg

Das Rassistenregime in Zimbabwe steht vor seinem Zusammenbruch – Unterstützt den bewaffneten Kampf des Volkes! Unter dieser Losung hatte die Ortsgruppe Hamburg des KBW, die Sozialistische Studentengruppe und das Afrika-Komitee Hamburg gemeinsam zu einer Veranstaltung am Mittwoch, dem 24. März, aufgerufen. Mit großem Beifall wurde der Vertreter der ZANU in Westeuropa, der Genosse R. Chiwara, auf dieser Veranstaltung von den etwa 300 Teilnehmern begrüßt. Auf der Veranstaltung wurden für die Unterstützung der ZANU über 3 200 DM gesammelt sowie 27 Armbanduhren, 3 Tonbandgeräte, außerdem Radios, Taschenlampen, ein Fotoapparat und eine Schreibmaschine. Am Donnerstag, dem 25. März, verließ ein Schiff in Richtung Beira/Mozambique den Hamburger Hafen, beladen mit etwa 7 Tonnen (etwa 300 Säcke) Kleidung, die die Afrika-Komitees in Bochum, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Moers und Regensburg für die ZANU gesammelt haben.

Interview

In Oman wird die revolutionäre Kultur entwickelt

Zum ersten Mal kommt eine revolutionäre Kulturgruppe aus Oman nach Westeuropa. Welche Bedeutung hat diese Rundreise und wie schätzt du sie ein?

Der Besuch der Kulturgruppe der Revolutionsschulen in Europa ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der PFLO und den Solidaritätskomitees in Westeuropa. Wir haben beschlossen, diese Rundreise in Zusammenarbeit mit den Solidaritätskomitees durchzuführen, weil die PFLO die Kunst für eine wichtige Waffe im Kampf gegen den Feind hält. Die Ergebnisse auf der Ebene der Propaganda waren sehr gut. Vor allem müssen wir bedenken, daß in Westeuropa über die Oman-Frage wenig bekannt ist und die arabische revolutionäre Kunst außerdem allgemein nicht weit verbreitet ist, weil sie noch wenig entwickelt ist. Allein die Tatsache, daß die Kulturgruppe solch eine Rundreise unternimmt, ist schon ein Beitrag zur Verbreitung von Kenntnissen über den Kampf in Oman und die revolutioäre arabische Kunst.

Die Kulturgruppe hat überall, wo sie Veranstaltungen durchgeführt hat, großen Anklang gefunden, ganz besonders in den Reihen der arabischen Arbeiter, für die wir gesonderte Veranstaltungen in Frankreich durchgeführt haben. Die Städte, die die Kulturgruppe besucht hat, sind in Frankreich Paris, Toulouse, Montpellier und Grenoble; in Italien sind es Mailand und Florenz gewesen. Wir hatten vor, die BRD zu besuchen, aber das Einreiseverbot durch die westdeutschen Behörden hat das verhindert. Wir bedauern sehr, daß wir hier unserer Aufgabe nicht nachkommen konnten, wir sind jedoch sicher, daß diese Maßnahmen nicht werden verhindern können, daß unsere revolutionäre Kunst die westdeutschen Massen erreicht.

Welche politische Bedeutung mißt die Front der Kulturfrage bei?

Das nationaldemokratische Arbeitsprogramm hat die Notwendigkeit betont, eine fortschrittliche Kultur aufzubauen, die die Interessen des Volkes widerspiegelt und seiner Kampftradition entspringt. Die Kulturfrage ist tatsächlich sehr kompliziert, da wir eine Menge überlebter Vorstellungen, die der reaktionären Kultur entspringen, geerbt haben. Sie wurden vom Imperialismus mit Sorgfalt aufrechterhalten.

Zur Zeit arbeitet das Sultan-Regime darauf hin, zersetzende und dekadente Gedanken und verweichlichte kulturelle Vorstellungen über die Massenmedien unter der Jugend zu verbreiten. Es gibt ungeheuer viel Propagandamaterial, das importiert und über das Farbfernsehen in Maskat verbreitet wird. Deswegen ist der Kampf an der Kulturfront wichtig, aber zugleich auch schwierig. Denn zur gleichen Zeit, wo wir die veralteten Vorstellungen und die reaktionäre Kultur zerschlagen, ist es notwendig, daß wir eine neue Kultur aufbauen, die den Kampftraditionen des Volkes entspringt und seine Interessen und Leiden ausdrückt. Das ist nicht einfach. Andererseits kann man unter Analphabeten keine fortschrittliche Kultur verbreiten. Deswegen hat die Front seit dem Kongreß von Hamrin im Jahre 1968 die Beseitigung des Analphabetentums in den Reihen des Volkes und der Volksbefreiungsarmee angepackt. Die Alphabetisierungskampagne ist voll im Gange. Hand in Hand mit der Beseitigung des Analphabetentums geht die Politisierung, weil die Beseitigung des Analphabetentums durch den politischen Unterricht sich vollzieht.

Zur Zeit haben wir große Fortschritte bei der Verbreitung der Nationalkultur erzielt: Die Kulturgruppe der Revolutionsschulen ist entstanden, von der ein Teil diese Rundreise durchgeführt hat. Es wurde weiterhin eine Theatergruppe gegründet, die in den befreiten Gebieten auftritt. Die Theaterproduktion, die Lyrik, die Malerei und die Bildhauerkunst werden gefördert. Zur Zeit wird eine Ausstellung von Kinderzeichnungen in Paris gezeigt. – Dies sind nur einige Beispiele kultureller Tätigkeiten. Es ist zweifellos so, daß die befreiten Gebiete den Aufschwung einer neuen und fortschrittlichen Kultur erleben.

Den Machenschaften der Imperialisten zum Trotz:

Die Völker des südlichen Afrika sind ihre eigenen Befreier



Soldaten des rhodesischen Söldnerregimes kontrollieren die Dorfbewohner, nachdem ihre Siedlung in ein KZ verwandelt wurde.

Weil der Befreiungskampf der Völker im Süden Afrikas voranschreitet, überschlagen sich die Machenschaften und Einmischungsversuche der Imperialisten. Die beiden übrig gebliebenen Siedlerregimes in Zimbabwe und Südafrika sind angeschlagen.

Der US-Außenminister bereitet die Weltöffentlichkeit auf erneute Einmischung des US-Imperialismus in Afrika vor. Im Ringen um Vorherrschaft mit der anderen Supermacht Sowjetunion und nach seiner Niederlage in Angola will er sich nicht geschlagen geben. Er bereitet eine Afrika-Reise vor. Gleichzeitig trafen sich in London Callaghan, Außenminister der englischen Regierung, und sein Kollege Gromyko, Außenminister der sozialimperialistischen Supermacht. Gegenstand ihrer Verhandlungen war der Süden Afrikas. Der britische Imperialismus, nur noch ein Abglanz früherer Tage, will die Isolation des Smith-Regimes ausnutzen, um selber wieder ins Spiel zu kommen. Dabei fürchtet er den neuen Eindringling, die Sowjetunion.

Wenn sich die Beauftragten zweier imperialistischer Mächte treffen, verhandeln sie naturgemäß über ihre Einflußzonen, und ihre Differenzen entspringen der imperialistischen Konkurrenz. Seine Furcht vor der Einmischung der Supermacht, die Aufrechterhaltung imperialistischer Ansprüche Englands wurden von Callaghan unter dem Vorwand der Besorgnis um den Frieden und Entspannung vorgetragen: „Der Minister betonte den hohen Wert guter Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die auch im Interesse der Entspannung in Europa und der Sache des Weltfriedens lägen. Callaghan fuhr dann fort: „Ich betone den letzten Punkt nicht ohne einen leicht warnenden Ton, da die Sowjetunion eine Weltmacht und Großbritannien ein Land ist, dessen Perspektiven niemals auf den Kontinent Europa begrenzt waren." (Neue Zürcher Zeitung, 25. März)

Gleichzeitig berieten die beiden imperialistischen Chefunterhändler über Angola. Nach wie vor herrscht der unerträgliche Zustand, daß Teile angolanischen Bodens von südafrikanischen Truppen besetzt sind. Das angolanische Volk haßt die südafrikanischen Rassisten, die die portugiesische Kolonialmacht unterstützt und den Bürgerkrieg in Angola ausgenutzt haben, um gegen das angolanische Volk und sein Land bewaffnete Aggression durchzuführen.

Der russische Sozialimperialismus fürchtet den selbständigen Befreiungskampf des angolanischen Volkes, er wagt aber ebenfalls nicht, seine Truppen gegen die südafrikanischen Aggressionstruppen einzusetzen. Entsprechend hat Gromyko „am Donnerstag zum Abschluß seines dreitägigen offiziellen Besuchs in Großbritannien mitgeteilt, London und Moskau arbeiteten an einer „das Gebiet von Angola' betreffenden Regelung". (Neue Zürcher Zeitung, 27. März) Nachdem es dem Sozialimperialismus gelungen ist, unter dem Vorwand der Unterstützung der MPLA Truppen in Angola zu stationieren, wagt es diese Supermacht jetzt, unverhohlen über den Kopf des angolanischen Volkes hinweg über Angelegenheiten seines Befreiungskampfes mit anderen imperialistischen Mächten zu verhandeln! Schon zeigt sich, was die Souveränität Angolas dieser Supermacht wert ist. Die südafrikanische Regierung hat inzwischen bekanntgegeben, daß sie ihre Truppen zurückziehe, nachdem eine Regelung bezüglich der Benutzung der Staudämme erzielt worden sei.

In Zimbabwe verstärkt das Siedlerregime Ian Smiths seine Truppen. Smith hat bekräftigt, daß er dafür sorgen werde, daß auch in 1 000 Jahren Zimbabwe keine Mehrheitsregierung der Afrikaner haben werde. Die Großmäuligkeit verrät die Verzweiflung. Das Regime kämpft um Atempausen, will sich Luft verschaffen. Deshalb hat Smith erneut einen Vorschlag gemacht, um Verwirrung zu stiften und Spaltung zu säen: „Nach diesen Plänen sollen afrikanische Stammesgebiete in zwei Regionen mit autonomen Regierungen umgebildet werden, die sich an den Gebieten des Mashona- und Matabele-Stammes orientieren, während die dritte Region den etwa 270 000 weißen Rhodesiern vorbehalten bleibt. Zugleich sollen Schwarzrhodesier in die Zentralregierung in Salisbury aufgenommen werden. Zunächst ist je ein Minister für den Mashona-Stamm und den Matabele-Stamm vorgesehen, die faktisch als Minister für die Belange der Afrikaner fungieren würden." (Neue Zürcher Zeitung, 30. März)

Das Siedlerregime fürchtet den Aufschwung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe. Es versetzt ihm Schläge. Seine Hoffnung setzt es auf die Uneinigkeit der afrikanischen Nationalisten und die Spaltung innerhalb der zimbabwischen Befreiungsbewegung. Präsident Kaunda von Sambia hat den Vorschlag gemacht, daß das imperialistische England sich einmischen solle: „Großbritannien solle die Mitglieder der Regierung Smith verhaften und das Parlament auflösen. Sodann solle ein mehrrassiger „Regierungsausschuß' unter einem britischen Vorgesetzten gebildet werden, dessen Aufgabe wäre, binnen eines Jahres Wahlen vorzubereiten, bei denen jeder Erwachsene wahlberechtigt sein müsse. In diesem Ausschuß sollen auch ‚echte Weiße' wie der jetzt unter Hausarrest lebende frühere rhodesische Ministerpräsident Garfield Todd und der frühere Premier der kurzlebigen rhodesischen Föderation, Sir Roy Walensky, vertreten sein." (Mannheimer Morgen, 30. März)

Bischof Abel Muzorewa, Mitglied des ANC von Zimbabwe, hat in einem Fernsehinterview erklärt, daß er bereit wäre, kubanische Truppen einzusetzen, „da auch die andere Seite eine erhebliche Zahl von britischen Söldnern angeheuert hat". (Der Spiegel Nr. 14/76)

Kräfte wie Kaunda und Muzorewa sind Bestandteil der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen. Sie halten an der Befreiung Afrikas vom Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus fest. Sie wollen diese Ziele aber ohne die Volksmassen durch Übereinstimmung mit den Imperialisten erreichen. Die Geschichte und die Erfahrung der Völker Afrikas aber beweisen, daß die Völker ihre nationale Befreiung nur im Vertrauen auf die eigene Kraft und durch den bewaffneten Volkskrieg gegen Imperialismus und Kolonialismus erreichen können. Sie müssen ihre Unabhängigkeit und Befreiung im Kampf gegen jede imperialistische Einmischung erringen und können sich nicht auf den Imperialismus stützen.

Das Volk von Zimbabwe, die ZANU haben am bewaffneten Befreiungskampf und dem Vertrauen auf die eigene Kraft festgehalten und deshalb das Entspannungsmanöver Vorsters genauso zum Scheitern gebracht wie sie jetzt einen neuen Aufschwung des bewaffneten Kampfes organisieren. Dies ist auch die einzige Gewähr für den Sieg. Deshalb lautet die Losung der ZANU: „We are our own liberators – Wir sind unsere eigenen Befreier". Eine englische Zeitung hat Präsident Samora Machel von Mozambique gefragt, ob in Zimbabwe kubanische Söldner eingesetzt würden. Präsident Machel hat geantwortet: „Diese Auffassungen entspringen ‚dem unter den Weißen bestehenden Mythos, daß die Schwarzen unfähig sind. Sie dürfen unsere Kapazität nicht verkennen. Die Zimbabwer werden Smith ohne kubanische Beteiligung besiegen.' " (Süddeutsche Zeitung, 30. März)

Sadat in der Bundesrepublik

Ungleiche Partner

Gegenwärtig ist der Präsident der Volksrepublik Ägypten, Anwar El Sadat, auf Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Es ist der erste Besuch eines ägyptischen Staatsoberhauptes seit 1929 in Deutschland. Bundespräsident, Bundesregierung und bürgerliche Presse betonen die große Bedeutung dieses Besuchs.

Worin besteht das Interesse der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie an Ägypten? Nach den beiden Supermächten ist der BRD-Imperialismus der drittgrößte Gläubiger des ägyptischen Staates. Noch in diesem Jahr wird Ägypten an die Spitze der Länder rücken, die der imperialistische Staatsapparat vermittels Kreditierung an die Leine legen und in Abhängigkeit bringen will. Seit 1972 hat die westdeutsche Bourgeoisie über ihren Staatsapparat 850 Millionen Mark Kapital nach Ägypten exportiert. Im Schatten der beiden Supermächte und in Konkurrenz zu ihnen will die westdeutsche Bourgeoisie im Nahen Osten selbständig Fuß fassen und expandieren.

Selbstverständlich unterstützt der BRD-Imperialismus Israel. Jüngst hat sein Finanzminister Apel und den DGB-Vorsitzenden Vetter dorthin entsandt. Angesichts der wachsenden Isolierung des Zionistenstaates und der Fortschritte im Befreiungskampf der arabischen Bevölker, insbesondere des palästinensischen Volkes, will sie jedoch nicht nur auf ein Pferd setzen. Deshalb baut sie ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten aus.

Als imperialistisches Land will sie im Ringen um Expansion und Kontrolle im Nahen Osten den beiden Supermächte nicht das Feld überlassen. Das Erdöl, die Sicherung des Erdölimports und große Märkte stehen dabei auf dem Spiel. Gegenüber Ägypten setzt der BRD-Imperialismus nach Expansion und Kontrolle. Kapitalexport und Kreditierung sind ihm dabei Mittel.

In diesem Streben nach Expansion und selbständiger imperialistischer Position muß der BRD-Imperialismus deshalb Konzessionen an die arabische Nation und die arabischen Staaten machen. Denn er ist keine Supermacht. Bundesaußenminister Genscher hat in seiner Empfangsrede ausdrücklich für die Rückgabe der besetzten Gebiete an die arabischen Staaten und für das nationale Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eintreten müssen. Im Gegensatz zur Sowjetunion, die die Schuldenlast Ägyptens unerbittlich ausnutzen will, hat die BRD-Regierung durch Umschuldungsverhandlungen „Verständnis für die schwierige wirtschaftliche Lage bewiesen". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. März)

Präsident Sadat ist Vertreter Ägyptens, eines Landes der Dritten Welt. Das ägyptische Volk ist Teil der arabischen Nation, die gegen den Zionistenstaat kämpft. Ägyptisches Territorium ist nach wie vor von der Kolonialmacht besetzt. Ägypten steht nicht nach Expansion und Eroberung. Ägypten kämpft für die Befreiung der besetzten Gebiete, das ägyptische Volk kämpft für die Zerschlagung des Zionistenstaates und unterstützt den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes für ein demokratisches Palästina.

Sadat über die Erpressung durch die Sozialimperialisten zur Fesselung der arabischen Kräfte im Oktoberkrieg

Als die Sowjetunion die Lieferung benötigter Waffen verweigerte . . .

„Sadat: . . . Stattdessen wandte ich mich an Indien. Indien ist ein führendes Land der blockfreien Staaten, denken Sie an Nehru, Tito, Nasser, die Vorkämpfer der Blockfreiheit. Und Indien hat Flugzeugfabriken, es fliegt nicht nur Migs, sondern baut sie sogar selbst zusammen. Als ich die Inder kontaktierte, antworteten sie, sie müßten die Russen fragen, dies sehe ihr Vertrag mit Moskau so vor.

Spiegel: Und?

Sadat: Nach vier Monaten teilten sie mir mit, daß die Sowjets ihnen verboten hätten, mir etwas zu liefern.

Spiegel: Ist das war für Sie der Punkt erreicht, Schluß zu machen?

Sadat: Ja, genau . . ." (Der Spiegel Nr. 14/1976)

Sadat: „Als ich mich mit Indien in Verbindung setzte, kontaktierte ich auch die Chinesen . . . die Chinesen schickten mir dreißig neue MiG-Triebwerke und Tausende verschiedener Ersatzteile und einiges andere mehr an Ausrüstung. Und als ich ihnen sagte, ich sei bereit zu bezahlen, sagten die Chinesen: ‚Wir sind keine Waffenhändler. Dies ist ein Geschenk, um Ihnen zu helfen.' " (Süddeutsche Zeitung, 29. März)

In diesem Kampf hat Ägypten schlechte Erfahrungen mit den beiden Supermächten. Der US-Imperialismus und der Sozialimperialismus sind die beiden größten Gläubiger. Bei den USA ist Ägypten mit 456 Millionen Dollar verschuldet, bei der Sowjetunion allein durch nichtmilitärische Schulden aufgrund ungleicher Verträge mit 5,19 Milliarden Dollar. Hinzu kommen die Schulden für die Waffen, die etwa 4 Millionen DM betragen. (Mannheimer Morgen, 30. März)

Die sozialimperialistische Supermacht hat sich in Ägypten unter dem Mantel der Freundschaft eingeschlichen, um Ägypten auszupressen und in Abhängigkeit zu bringen. Über die Erfahrungen Ägyptens mit der Sowjetunion stellte Präsident Sadat fest: „Aber die Art, wie sie uns behandeln, ich muß es leider sagen, ist unerträglich. Das sind keine Druckmittel mehr, sondern bösartige Daumenschrauben, militärisch und wirtschaftlich, und das bei den Schwierigkeiten, die ich hier im Land habe." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. März)

Über die Haltung der ägyptischen Regierung zur nationalen Unabhängigkeit und zum Kampf gegen Israel hat Präsident Sadat erklärt: „Wir sind ein stolzes Volk, wir sind patriotisch und nationalistisch. Wenn uns jemand hilft, fein. Wenn nicht, dann werden wir uns eben selbst helfen." Und als „Grundsätze, auf die wir uns bei den arabischen Gipfelkonferenzen geeinigt haben", erklärt er: „Erstens keinen Zentimeter arabischen Landes Israel zu überlassen, zweitens keinen Kompromiß bei den Rechten der Palästinenser einzugehen." (Der Spiegel)

Die ägyptische Regierung ist eine bürgerlich-nationalistische Regierung. Die Behebung der wirtschaftlichen Krise in Ägypten will sie durch verstärkte Hereinnahme ausländischen Kapitals lösen: Dabei setzt die ägyptische Regierung besonders auf die BRD. Die Befreiung der besetzten Gebiete will sie durch die Methode der Diplomatie lösen. Um Israel zu schwächen und zu isolieren, setzt sie deshalb nicht auf die Entfaltung der Kraft der Massen. Diese fürchtet und unterdrückt sie. Sie setzt auf die Ausnutzung der Widersprüche zwischen den beiden Supermächten und den EG-Staaten.

Die EG-Staaten, darunter den BRD-Imperialismus, will Sadat als Garantiemächte im Nahen Osten gewinnen: „Aber soweit Westeuropa betroffen ist, muß auch Deutschland mitmachen. Weil es eine politische und wirtschaftliche Macht ist. Garantien werden beiden Seiten gegeben werden, den Arabern und den Israelis. Und falls diese Garantien eine UNO-Truppe an den Grenzen einschließen, nun warum dann nicht auch deutsche Soldaten. Deutschland muß im Nahen Osten eine Verantwortung übernehmen. Es ist eine der wichtigsten Mächte hier in Europa, aber auch hier in Nahost." (Der Spiegel) Eine solche Politik des Ausnutzens der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten der EG und den beiden Supermächten kann begrenzt zur Schwächung und Isolierung Israels beitragen, aber die Befreiung der arabischen Region vom Imperialismus kann damit nicht erreicht werden.

In ihrer bürgerlichen Diplomatie ist die Regierung auch bereit, die eigene Souveränität vorübergehend einzuschränken. Im Rahmen des Sinai-Abkommens vom September 1975 mußte Israel die Erdölfelder von Abu Rodeis, ein Stück der Sinai-Halbinsel, zurückgeben. Gleichzeitig wurde ein Waffenstillstand auf drei Jahre abgeschlossen. Präsident Sadat erklärte dazu: „Ja, aber in diesem Jahr zählen wir zum ersten Mal zu den erdölexportierenden Staaten. Wir haben 22 Konzessionen in der westlichen Wüste und im Delta vergeben und hoffen auf mehr Ölfunde." „Ich habe zunächst eine Karte von Sinai. Blicken sie hinüber, direkt gegenüber, da hatten die Israelis bis zum Oktober eine ihrer stärksten Festungen. Nun können sie da hinüberfahren und mein, fünfzig Kilometer nach Sinai hinein. Das ist die Landkarte, die mich interessiert . . ." (Der Spiegel)

Wenn nach den ersten Tagen des Staatesbesuchs von der bürgerlichen Presse die „Übereinstimmung beider Seiten" hervorgehoben wird, so kann man leicht, daß sie unterschiedliche Wurzeln hat. Die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie will Expansion im Nahen Osten, Eroberung neuer Märkte, Abhängigkeit Ägyptens. Sie ist ein Feind der Befreiung der arabischen Nation vom Imperialismus und Zionismus. Deshalb unterstützt sie Israels Aggression und Okkupation, macht gleichzeitig Zugeständnisse an die Forderungen des palästinensischen Volkes und gut Wetter bei der ägyptischen Regierung.

Das ägyptische Volk ist Teil der arabischen Nation, deren Territorium teilweise besetzt ist und die in ihrer Mitte den Kolonialstaat noch erdulden muß. Der ägyptische Staat will nach dem Kampf gegen die Kontrolle durch die Supermacht Sowjetunion nicht in eine neue Abhängigkeit hineinrutschen, kann aber mit dem jetzigen Regime aus eigener Kraft die selbständige Entwicklung des Landes nicht lösen und bekämpft den Kolonialstaat nicht konsequent bis zu dessen Zerschlagung. Die ägyptische Regierung bekämpft das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, trägt zur Isolierung Israels bei und will die nationale Unabhängigkeit Ägyptens verteidigen.

Jeden dieser Schritte tut sie getrieben des Drucks der Volksmassen. Lösen kann sie die Aufgaben der arabischen Nation und insbesondere des palästinensischen Volkes nicht: Befreiung der Region vom Hegemonialstreben der beiden Supermächte, Zerschlagung des Besatzerstaates Israel, Aufbau und Festigung der nationaldemokratischen Macht und Wirtschaft. Dies können nur die revolutionären arabischen Völker selber, geführt durch die Arbeiterklasse. – (hjh)

Die Zeitschrift Arbeiterkampf und der Klassenkampf in China

Unfreiwillige Enthüllung bürgerlicher Weltanschauung

Vor einigen Jahren, während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, hat der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas festgestellt:

„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen."

Seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution sind die KP Chinas, die Chinesische Arbeiterklasse und die chinesischen Volksmassen immer bewußter danach verfahren:

„Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen! Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig von einander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können."

Zur Konsolidierung der Ergebnisse der Großen Proletarischen Kulturrevolution haben die chinesischen Volksmassen unter Leitung der KP Chinas seither eine Reihe Kritik- und Studienbewegungen durchgeführt, haben Lin Biao und Konfuzius kritisiert und die Theorie der Diktatur des Proletariats studiert.

Die Revolution muß das Kommando führen

Dabei haben die Massen unter Führung der KP Chinas große Fortschritte im Klassenkampf wie in der Produktion gemacht. In seinem Bericht an die ;. Tagung des IV. Nationalkongresses hat Tschou En-lai vor etwas über einem Jahr festgestellt:

„Die sozialistische Revolution ist eine gewaltige Triebkraft für die Entwicklung der Produktivkräfte. Wir müssen an der Richtlinie: **Die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall fördern,** festhalten, uns unter der Kommandoführung der Revolution um die Steigerung der Produktion bemühen und den Aufbau des Sozialismus beschleunigen, damit die materielle Grundlage des sozialistischen Systems in unserem Land weiter gefestigt wird."

Unter Führung der KP Chinas hat sich das chinesische Volk die Aufgabe gestellt, im ersten Schritt „bis 1980, ein unabhängiges, relativ vollständiges System der Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt aufzubauen; beim zweiten Schritt, noch in diesem Jahrhundert, allseitig die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren, damit die Volkswirtschaft unseres Landes in den vordersten Reihen der Welt stehen kann."

Unter dem Vorwand, dieser Aufgabe zu dienen, sind in der KP Chinas Kräfte hervorgetreten, die die Ergebnisse der Kulturrevolution beseitigen und der Produktion vor dem Klassenkampf den Vorrang einräumen wollen. Diese rechte Abweichung ist bei den Massen auf Widerstand gestoßen. Der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, hat einen neuen Aufschwung genommen. Die Kommunistische Volkszeitung hat über die verschiedenen Phasen dieses Kampfes und die Punkte der Auseinandersetzung regelmäßig berichtet, in diesem Jahr in den Artikeln „Die Volksmassen kritisieren das Kapitulantentum", 1/76, „Die Herrschaft der ARbeiterklasse muß ständig neu erkämpft werden", 6/75, „Das Lohnsystem in der Volksrepublik China", 9/76, „Der Angriff auf die Ergebnisse der Kulturrevolution widerspricht dem Willen des Volkes", 11/76 und zuletzt in der Nr. 12/76 mit einem weiteren Korrespondentenbericht.

Neue Deutung der Zeitschrift „Arbeiterkampf": Kampf dreier Linien

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" hat jetzt festgestellt, der KBW habe es „fertiggebracht, bisher buchstäblich k e i n Wort über die aktuellen Vorgänge zu verlieren." Da dies offensichtlich falsch ist, kann die Zeitschrift „Arbeiterkampf" damit nur meinen, daß wir uns darauf beschränkt haben, über die Kritik an der rechten Abweichung zu berichten, und es nicht für unsere Aufgabe angesehen haben, eigene Theorien über den gegenwärtigen Kampf zweier Linien in der KP Chinas aufzutischen. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" hat sich dieser Aufgabe unterzogen. Sie bietet ihren Lesern folgende Theorie an:

„Zweifellos hat die L i n k e innerhalb und außerhalb der KP Chinas allen Grund, Deng Hsiao-ping und die Linie der ‚Pragmatiker' zu kritisieren. Andererseits gibt es auch für die R e c h t e n, deren Linie heute die chinesische Außenpolitik weitgehend bestimmt und für die das Ziel eines wirtschaftlich starken ‚modernen' China im Rahmen einer bürgerlichen innen- und außenpolitischen Strategie liegt, gute Gründe, die ‚Pragmatiker' anzugreifen, da deren Linie im jetzigen Stadium die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen würde.

Dies heißt natürlich nicht, daß die Linke nicht gleichfalls an der Entwicklung der Produktivkräfte und am Aufbau eines mächtigen, industrialisierten s o z i a l i s t i s c h e n Chinas interessiert wäre. Aber das Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte kann von ganz unterschiedlichen Klassenstandpunkten her kommen. Ebenso scheint es uns möglich und den jetzigen Auseinandersetzungen zugrundeliegend, daß man in diesem Stadium von ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten zu scheinbar gleichen Schlußfolgerungen kommen kann, d.h. zum Angriff auf die Linie der ‚Pragmatiker'!"

Was der Zeitschrift „Arbeiterkampf" für China „möglich" „scheint", scheint uns mehr über die Weltanschauung ihrer Herausgeber auszusagen als über die „jetzigen Auseinandersetzungen" in der Volksrepublik China. was nämlich? Daß die Zeitschrift „Arbeiterkampf" so offen bürgerliche Positionen vertritt, wie sie bisher noch keine rechte Abweichung in der KP Chinas vertreten hat: „Aber das Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte kann von ganz unterschiedlichen Klassenstandpunkten her kommen." Allgemein gesagt ist das in zweifacher Weise unwissenschaftlicher Unsinn: Erstens. Noch zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte haben zwei Klassen, deren Interessen zum gegebenen Zeitpunkt in antagonistischem Widerspruch gestanden haben, gleicherweise ein Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte gehabt. Keine Klasse, die zu irgend einem Zeitpunkt in der Geschichte durch ihre Produktionsweise zur Entwicklung der Produktivität beigetragen hat, mit Ausnahme des Proletariats, hat dabei jemals ein anderes Interesse verfolgt als das der Ausbeutung. Zweitens. Niemals, nicht in der Vergangenheit und erst recht nicht in der Gegenwart, wird die Bourgeoisie in ihren Handlungen durch das I n t e r e s s e an der Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt. Sie wird durch das Interesse an der Mehrwertauspressung geleitet und durch die schonungslose Verfolgung dieses Interesses hat sie zweifellos zur Entwicklung der Produktivkräfte beigetragen. Marx hat auf diese Tatsache hingewiesen:

„Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er (der Kapitalist) rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höhren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung des Individuums ist. Nur als Personifikation des Kapitals ist der Kapitalist respektabel." (Marx, Kapital Bd.I, S.618)

Als solche respektable Person hat der Kapitalist nur ein Interesse, die Verwertung des Werts, die Plusmacherei durch Ausbeutung fremder Arbeit. In frommen Stunden mag er was von Entwicklung der Produktivkräfte daherplappern, der er dient. Man muß wissenschaftlich und ideologisch ziemlich verkommen sein, wenn man das dem Kapitalisten nachplappert. Der „Arbeiterkampf" fühlt sich dazu bemüßigt. Warum? Nur bürgerliche Elemente können sich zur Beschönigung des Kapitalismus veranlaßt fühlen.

Wissenschaftlicher Unsinn, um die Bourgeoisie herauszustreichen

Ist die von der Zeitschrift „Arbeiterkampf" vorgetragene Auffassung allgemein gesprochen in zweifacher Hinsicht falsch, weil zwei Klassen nicht in antagonistischem Gegensatz stehen können und dennoch in gleicher Weise ein Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte haben können, und weil die Bourgeoisie stets nur ein Interesse an der Ausbeutung fremder Arbeit, aber noch nie eine Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte gehabt hat, so ist diese Auffassung gegenüber dem Klassenkampf in China direkt konterrvolutionär. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" behauptet, daß die Bourgeoisie in einem sozialistischen Staat Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte hätte mit dem „Ziel", ein „starkes ‚modernes' China" aufzubauen. Nach der Auffassung der Zeitschrift „Arbeiterkampf" stehen also die bürgerlichen Kräfte im Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auf der Seite der Produktivkräfte. Sind sie also gegenüber den sozialistischen Produktionsverhältnissen revolutionär?

In Wirklichkeit ist es so, daß die bürgerlichen Kräfte an bürgerlichen Überresten in den Produktionsverhältnissen reaktionär ansetzen, um den Kapitalismus zu restaurieren und die Produktivkräfte, vor allem die größte Produktivkraft, das revolutionäre Proletariat, erneut ihrer Ausbeuterherrschaft zu unterwerfen. Zu behaupten, in der Volksrepublik China hätten bürgerliche Kräfte ein Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte, heißt direkt ihre Absichten beschönigen. Die bürgerlichen Kräfte tragen gegenüber dem Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats die „Theorie der Produktivkäfte" vor, um über den Ausbau des bürgerlichen Rechts, des Prämiensystems, der Einmannleitung der Betriebe usw. dieRestauration des Kapitalismus zu betreiben. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" aber kommt daher und bescheinigt ihnen, sie hätten die Entwicklung der Produktivkräfte im Sinn. Dahin ist die Zeitschrift „Arbeiterkampf" gekommen. Sie hat erklären wollen, was ihr in China „möglich scheint" und sie hat enthüllt, was mit ihr wirklich los ist.

Ist es nicht besser, sich an die Pekinger Volkszeitung und die Peking-Rundschau zu halten als an die Zeitschrift „Arbeiterkampf", wenn man sich über den Kampf zweier Linien in der Volksrepublik China Klarheit verschaffen will? In ihrer Nummer vom 27.3. schreibt die Pekinger Volkszeitung:

„Der Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat und sich nicht ändern will, erhebt die Volkswirtschaft zum Hauptkettenglied, als wenn er der einzige wäre, der sich um die Produktion kümmert und der sich am meisten den vier Modernisierungen widmet (der Industrie, der Landwirtschaft, von Wissenschaft und Technologie und der nationalen Verteidigung). Das ist blanker Schwindel. Unsere Differenz mit ihm in dieser Frage ist nicht, ob die Produktion gefördert werden soll und die vier Modernisierungen verwirklicht werden sollen, sondern welche Linie angewandt und welcher Weg verfolgt werden soll, um diese Absichten durchzuführen.

Vorsitzender Mao hat kürzlich festgestellt:

‚Dieser Mensch begreift den Klassenkampf nicht. Er hat dieses Kettenglied niemals ergriffen. Immer noch redet er von ‚weiße Katze, schwarze Katze' und macht keinen Unterschied zwischen Imperialismus und Marxismus.' Das macht uns klar, daß die Produktion und die Modernisierung verkommen werden, wenn wir das Hauptkettenglied, den Klassenkampf, aus der Hand lassen und die richtige marxistische Linie sowie den sozialistischen Weg verlassen. Wenn wir seiner revisionistischen Linie folgen, können wir die Produktion niemals fördern, sondern nur sabotieren. Dann können wir niemals die sozialistische Modernisierung erreichen, sondern nur die Entartung zum Kapitalismus. Die Geschichte von mehr als zwei Jahrzehnten, besonders seit Beginn der Kulturrevolution, zeigt, daß die revolutionäre proletarische Linie des Vorsitzenden Mao die einzig richtige ist, um unser Land zu einem machtvollen sozialistischen Staat aufzubauen. Wir müssen der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao folgen, die Volkswirtschaft noch weiter voranbringen und die ununterbrochene Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zu Ende führen." (Hsinhua, 28.3.)

Die gegenwärtige Auseinandersetzung ist die Fortsetzung des Kampfes zweier Linien in der Kommunistischen Partei Chinas, die Fortsetzung des Klassenkampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Das kann jeder verstehen.

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" dagegen ist mit ihrer „interessanten" Theorie vom gemeinsamen Kampf der Rechten und der Linken gegen die „Pragmatiker" tief im bürgerlichen Sumpf gelandet. Sie greift die proletarische Macht an und verherrlicht die Bourgeoisie. Braucht man sich noch zu wundern, daß sie in derselben Nummer kühl feststellt, daß die Volksrepublik Albanien das „Zentrum eines internationalen Hochstapler-Syndikats" sei und eine für die internationale Arbeiterbewegung „negative Rolle" spiele? Nein, man braucht sich nicht zu wundern. – (gs)

Sekretärin bei ITT-Regelungstechnik entlassen

Die Chefetage hat viel zu verbergen

Am Dienstag, 23.3.76, erhielt Flora Veit, die seit Anfang Januar als Sekretärin des Technischen Leiters von ITT Regelungstechnik (vormals Dräger) in Essen arbeitete, ihre Kündigung. Dazu die Auflage, sofort ihre Sachen zu packen und den Betrieb nie wieder zu betreten. Ihr Geld bis Ende April bekam sie gleich bar ausgezahlt. Offiziell erhielt sie keine Begründung (Probezeit), ihr Chef ließ jedoch durchblicken, daß die Geschäftsleitung Nachforschungen über sie angestellt und erfahren habe, daß sie aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden war, weil sie Kommunistin ist. Diesen Sachverhalt habe sie bei ihrer Einstellung verschwiegen. Ihre Weiterbeschäftigung stelle ein zu großes Risiko für das Unternehmen dar.

Damit hat Frau Veit in nicht ganz zwei Jahren zum vierten Mal ihre Stelle verloren aufgrund ihrer politischen Auffassung. Das erste Mal war sie 1974 aus dem Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen entlassen worden, ein Jahr später aus der Stadtverwaltung Oberhausen als Pädagogische Mitarbeiterin der Volkshochschule, im Herbst 1975 nach vier Wochen Tätigkeit als nebenamtliche Dozentin von der Privaten Wirtschaftsfachschule Dr. Blindow, und jetzt als Sekretärin von ITT. Jedesmal wurde ihr gute fachliche Qualifikation bescheinigt. Jedesmal wurden ihr ihre politischen Anschauungen vorgehalten, die sie 1970 als Studentin vertreten und die sie gegenüber der Behörde bei ihrer ersten Entlassung vertreten hatte. Dies wurde weitergetragen von einer Behörde zur anderen, zum privaten Schulkapitalisten und zum Industriekapitalisten ITT. Den Kommunisten soll die Existenz möglichst vernichtet werden, damit sie endlich zum Schweigen gebracht werden.

KOCKSHUSEN
im Schellenberger Wald
DAS HAUS MIT TRADITION SEIT 1688
Ruf: 444831
Rechnung Essen, den
409,85

Spesenquittung von ITT-Managern über ein Abendessen für 6 Personen

Es geht dabei nicht nur um den öffentlichen Dienst, der von Kommunisten „reingehalten" werden soll. Der Staat arbeitet mit den Kapitalisten Hand in Hand in der Verfolgung der Kommunisten. Laut Gesetz ist es den Behörden, einschließlich Verfassungsschutz, nicht gestattet, Erkenntnisse über bestimmte Personen an Privatunternehmen weiterzugeben. Daß die Kapitalisten diese lästige Schranke gerne beseitigt haben wollen und die Staatsvertreter auch darauf hinarbeiten, zeigt das neue Verfassungsschutzgesetz in Niedersachsen, nach dem diese Zusammenarbeit erlaubt sein soll. Daß sie auch jetzt schon praktiziert wird, wird an Frau Veits Entlassung klar.

Die Kommunisten sind für den Staat ein „Risiko", weil er treue Diener braucht, die ihm willige Vollstrecker sind bei der verschärften Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen, und die die Staatsorgane nicht zersetzen und schwächen durch Kämpfe gegen den obersten Dienstherren Staat für mehr Lohn und mehr Rechte. Die Kommunisten sind für den Kapialisten ein Risiko, die unterstützt durch den bürgerlichen Staat „10 Schritte in die Welt machen wollen, während die Arbeiter und Angestellten einen zurück machen sollen". Die Kommunisten sind die ersten, die diese Pläne durchkreuzen, die die Machenschaften der Imperialisten enthüllen und Kämpfe organisieren gegen die verschärfte Auspressung der Lohnabhängigen zugunsten der imperialistischen Expansion.

Deshalb mußte Frau Veit gehen. Zum Schweigen wurde sie dadurch nicht gebracht. Am Morgen nach der Entlassung verteilte sie vor dem Betrieb eine persönliche Erklärung, in der sie ihre Kollegen über die Gründe ihrer Entlassung informierte und gleichzeitig an vielen Beispielen aus dem Betrieb klarmachte, warum sie für die ITT Kapitalisten ein Risiko war (siehe Auszüge aus ihrer persönlichen Erklärung).

Die Geschäftsleitung wurde durch die persönliche Erklärung in große Aufregung versetzt. Während des Verteilens sammelten sich in der Pförtnerloge immer mehr Herren, entwickelten eine große Hektik und riefen die Polizei zu Hilfe. Diese konnte nichts gegen die Verteilung der Erklärung unternehmen, blieb aber als Handlanger der Geschäftsleitung die ganze Zeit über da, um die Kollegen einzuschüchtern. Das gelang ihr nicht. Da war kaum ein Kollege, der die Erklärung nicht haben wollte.

Frau Veit lud ein zu einer Diskussion am gleichen Tag nach Feierabend. Dort erschienen 6 Kollegen, einer war als Spitzel von Frau Veits Chef geschickt. Es wurde eine lebhafte Debatte geführt über die Gründe der Entlassung, die Zustände im Betrieb und die Auffassungen der Kommunisten.

Im Betrieb versuchte die Geschäftsleitung die Kollegen zu verunsichern und gegen Frau Veit aufzuhetzen. Ihr Chef behauptete, Frau Veit würde wegen einer kriminellen Straftat gesucht. Zu solchen Lügen müssen die Kapitalisten greifen, um sich selbst zu rechtfertigen und die Kommunisten zu isolieren.

Das werden sie nicht schaffen. Sie können den Kommunisten durch Entlassungen einzelne Schläge versetzen, aber die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes werden weiter zunehmen und der Kommunismus wird immer mehr Anhänger gewinnen. Denn die Kämpfe gegen wachsende Ausbeutung, Arbeitshetze, staatliche Ausplünderung und Entrechtung werden nicht von den Kommunisten hervorgerufen, sondern durch die objektiven Verhältnisse im Kapitalismus selber. Die Kommunisten sind nur die treibende und organisierende Kraft in diesem Prozeß. – (f)

Einige Tatsachen über einen ITT-Betrieb

Die Firma Dräger wurde 1967, zur Zeit der ersten großen Krise des westdeutschen Kapitalismus nach 1945, von dem imperialistischen US-Konzern ITT aufgekauft. Sie heißt jetzt ITT Regelungstechnik und hat ca. 500 Beschäftigte. Hergestellt werden Ventile, Regler, Thermostate etc. für die Heizungs- und Klimatechnik und automatische Überwachungsanlagen für große Bürohäuser.

1. Die Lager sind überfüllt.

Die Heizungs- und Klimatechnik ist von der kapitalistischen Krise besonders getroffen, sie ist abhängig von dem Baumarkt, und stellt zudem noch einen besonderen Luxus dar. Auf eine Klimaanlage kann man leicht verzichten. Die Lager bei ITT in Essen sind überfüllt. Der Lagerleiter weiß nicht, wohin mit den Sachen. Die Geschäftsleitung kümmert sich nicht drum. Alle Ein- und Ausgänge sind verstellt. Sicherheitsvorschriften werden grob mißachtet. In allen Gängen und Treppenhäusern, auch in den Verwaltungstrakten türmen sich die verpackten Produkte, die nicht verkauft werden. Sichtbare Zeichen der kapitalistischen Überproduktion.

2. Neue Märkte sollen erobert werden.

Die ITT-Manager entwickeln eine fieberhafte Reisetätigkeit: Japan und Fernost, USA, Israel und Persien, Mexiko; das waren ihre wichtigsten Stationen in den letzten zwei Monaten. Wenn einer zurückkommt, bringt er viele neue Visitenkarten mit und verkündet stolz, daß jetzt das große Geschäft beginnt – das muß er, denn von dem großen Geschäft hängt seine Karriere ab. Bei Mißerfolg kann diese ein jähes Ende nehmen.

3. Die Belegschaft muß immer stärker ausgepreßt werden.

In der weltweiten Konkurrenz können die ITT-Kapitalisten nur bestehen, wenn sie billiger produzieren. Dazu versuchen sie, aus den Arbeitern und Angestellten herauszupressen, was nur möglich ist. Überall werden Kräfte eingespart, die nicht ersetzt werden, die Arbeitshetze nimmt unerträgliche Formen an. In der Technischen Abteilung, wo die Neuentwicklungen und Konstruktionsänderungen, d.h. auch Rationalisierungen, gemacht werden, sind unbezahlte Überstunden Gang und Gäbe. Einige Ingenieure sitzen oft bis in die Nacht rein. Anfang Februar hat die Geschäftsleitung per Rundschreiben bekannt gegeben: Überstunden sind nicht genehmigt, werden also nicht bezahlt, müssen aber gemacht werden. In diesem Falle betraf das besonders die Kundendiensttechniker, die unterwegs sehr viel Überstunden machen müssen. Sie sollen ihr „Bestes" geben, nicht den „Hammer" um 16.20 Uhr fallen lassen, „damit unser Unternehmen die jetzige Durststrecke wohlbehalten übersteht". Die Überstunden dürfen sie dann entweder abfeiern, oder erhalten eventuell eine steuerfreie Prämie dafür. An Abfeiern ist kaum zu denken. Die steuerfreie Prämie – wobei die Kapitalisten die Steuern sparen wollen, die Techniker erhalten eine ihrem Nettolohn entsprechende Prämie – war bis Ende März immer noch nicht bezahlt, obwohl Überstunden noch von Oktober bis jetzt für einige Techniker ausstanden.

4. Die kapitalistischen Manager verprassen das Geld.

Während aus den Arbeitern und Angestellten immer mehr unbezahlte Mehrarbeit herausgepreßt wird, führen die Herren der Geschäftsleitung ein Luxusleben. Vor kurzer Zeit hat der Technische Leiter zusammen mit 5 anderen Herren von ITT und einer anderen Firma, die für ITT neue Geräte herstellt, 1 760 DM ausgegeben, davon 500 DM für Essen mit Austern, Schnecken usw. und den Rest von 1 260 DM (nur noch zu fünft) in der Nachtbar „Studio Cabaret".

In der Kantine haben die Herren von der Geschäftsleitung einen extra Salon, in dem sie für die gleichen 1,50 DM, die die Belegschaft für eine Essensmarke zahlt, ein Diner kommen lassen mit gutem Fleisch, Aperitif, Wein, Käse und Kaffee.

5. Die Qualität der Produkte wird immer schlechter.

Um in der Konkurrenz zu bestehen, reicht es nicht aus, Lohnkosten einzusparen. Es wird zusätzlich am Material gespart. Eine Aufgabe der Konstrukteure der Technischen Abteilung ist es, die Konstruktion von bestimmten Geräten so zu verändern, daß die Metallteile dünner sind. Der Verschleiß ist mit eingeplant. Ein anderer Teil der Mitarbeiter aus der Technischen Abteilung ist hauptsächlich damit beschäftigt, Reklamationen entgegenzunehmen und zu bearbeiten. So führt die imperialistische Konkurrenz zur Fäulnis: Mit steigender Technologie werden die Produkte nicht besser, sondern immer schlechter.

6. Die Kapitalisten sind unfähig, die Produktion zu leiten.

Die leitenden Manager, einschließlich des technischen Leiters, sind völlig unproduktiv. Ihre fast ausschließliche Tätigkeit besteht darin, in immer größerer Hektik Besprechungen abzuhalten, zu disponieren und umzudisponieren, viel Wirbel zu machen, bei dem wenig herauskommt, und die Arbeit der Untergebenen zu überwachen. Dabei tyrannisiert der erste Geschäftsführer, der Oberboß den ganzen Führungsstab. Nach seiner Pfeife muß alles tanzen, wenn er ruft, muß jeder sofort aus einer Besprechung aufspringen und zu ihm eilen. Auf schriftliche Vorlagen schreibt er mit dickem blauem Filzstift quer drüber seine Kommentare im Stil wie: „Sind Sie denn verrückt geworden?" Oder aber: „3 Monate sind viel zu lange, das geht auch in 3 Tagen." Die Herren schlucken's und geben den Druck nach unten weiter. Dazu kommt noch, daß die Geschäftsleitung von ITT in Essen noch einmal kontrolliert wird von dem „Headquarter" des ITT-Konzerns in Europa in Brüssel. An dieses Headquarter müssen Monatsberichte gemacht werden, in denen die Lage möglichst rosig geschildert wird, damit die Gelder nicht gestrichen werden. Da tauchen ab und zu Oberaufseher aus Brüssel in Essen auf und lassen sich über den Stand der Dinge informieren. Diese Oberaufseher sind nun noch mal einen Grad überflüssiger als es die Manager am Ort selber schon sind. Die verbrauchen viel Spesen und stören nur. Und da das europäische Headquarter noch mal dem Welt-Headquarter von ITT in New York untergeordnet ist, kann man sich vorstellen, wie sich das Aufseherwesen fortsetzt.

Der Kapitalismus ist im Stadium des Imperialismus in Fäulnis übergegangen. Er hemmt die Entwicklung der Produktivkräfte. Er erzeugt immer mehr unproduktive Tätigkeiten, drückt die arbeitenden Massen ins Elend und ruiniert ihre Gesundheit. Die Fesseln des Privateigentums an Produktionsmitteln muß beseitigt werden. Dann können sich die Produktivkräfte und die Fähigkeiten der Menschen frei entfalten und der gesellschaftliche Reichtum ungeheuer anwachsen. – (f., Ortsgruppe Essen)

Auszüge aus der Erklärung von Frau Veit
Verteilt vor dem Werk aus Anlaß der Entlassung

Gestern nachmittag ist mir durch den Leiter der Technischen Abteilung, Herrn Sahr, gekündigt worden. Ich war seit Anfang Januar bei Herrn Sahr als Sekretärin tätig. Nach Anweisung von Dr. Kellermann mußte ich sofort meine Sachen packen und erhielt Hausverbot. Herr Sahr begründete meine Entlassung damit, daß die Geschäftsleitung ermittelt habe, daß ich als Kommunistin aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden bin. Ich war früher Lehrerin. Und diesen Sachverhalt hätte ich bei meiner Einstellung nicht angegeben. Ich hätte zwar sehr gute Arbeit geleistet, aber meine Weiterbeschäftigung sei ein zu großes Risiko für das Unternehmen.

Ich bin also entlassen worden, weil ich Kommunistin bin. Ich unterstütze den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW). Die Tatsache des „Vertrauensbruchs" ist dabei zweitrangig. Hätte ich von meiner politischen Haltung und Betätigung bei meiner Einstellung berichtet (wozu ich übrigens nicht verpflichtet bin), hätten sie mich nicht genommen, das ist klar.

Als Kommunistin bin ich für die ITT-Bosse ein Risiko. Zumal in meiner Stellung, wo ich mitbekam, was auf den Chefetagen vor sich geht.

Wie sieht's denn aus bei ITT Regelungstechnik? Welcher Kollege stöhnt nicht über die ständig steigende Arbeitshetze, die viele Mehrarbeit, die nicht bezahlt wird? Überall werden Kollegen eingespart, aber die Arbeit wird nicht weniger, sondern mehr. Die Geschäftsleitung will den Beschäftigten mehr Arbeit abverlangen, aber weniger Geld dafür zahlen. Dazu hat sie zu einem besonderen Trick gegriffen. Überstunden werden nicht genehmigt (d.h. auch nicht bezahlt), müssen aber gemacht werden. Auf Anweisung von Dr. Kellermann hat Herr Sahr dazu Anfang Februar ein Rundschreiben an Mitarbeiter der TA herausgegeben, in dem es u.a. heißt:

„Überstunden werden von der Geschäftsleitung nicht genehmigt. Das darf jedoch nicht heißen, daß von uns keinerlei Überstunden geleistet werden. Ich muß von jedem Mitarbeiter erwarten, daß er sich voll und ganz für die ihm gestellte Aufgabe einsetzt. Ohne diese Mitarbeit ist es bei der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Lage kaum möglich, gegen unsere Mitbewerber am Markt zu bestehen. ... Ich appelliere daher an alle Mitarbeiter, sich voll und ganz für ihre Arbeit einzusetzen, damit unser Unternehmen die jetzige Durststrecke wohlbehalten übersteht." Die Überstunden dürfen abgefeiert werden oder es werden eventuell Prämien dafür bezahlt. Bis heute haben die Kollegen keinen Pfennig für die vielen Überstunden erhalten, die sie in den letzten Monaten geleistet haben, und an Abfeiern ist kaum zu denken.

Die Meß- und Regelungstechnik ist stark von der kapitalistischen Krise betroffen. Der Kampf gegen die Konkurrenz ist hart. „Wir müssen uns alle noch mehr anstrengen," hat Dr. Kellermann schon auf der Betriebsversammlung im Januar verkündet. Was heißt: Die Arbeiter und Angestellten sollen verzichten, mit geringem Lohn viel arbeiten, wie's von den Metallkapitalisten gegenwärtig in der Lohnrunde von allen Metallarbeitern verlangt wird. Während die Bosse sich's weiter gutgehen lassen und das Geld, das für Überstunden nicht reicht, verprassen.

Neulich wurden in einer Nacht von Herrn Sahr für ihn mit weiteren 5 Herren von ITT und SAFE 1760 DM ausgegeben, davon 500 DM für Essen im Gasthaus Kokshusen mit Austern, Schnecken etc. und der Rest von 1260 DM in der Nachtbar „Studio Cabaret".

(...)

Was ich hier schreibe, ist nur einiges von dem, was ich in knapp drei Monaten mitbekommen habe. Die ITT-Bosse sind sich der Gefahr bewußt. Es kann Unruhe geben, wenn ans Licht kommt, was über ihre Schreibtische geht.

So sieht es überall in Westdeutschland aus: Während die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten und die Arbeitshetze ungeheuer gesteigert werden, exportieren die Kapitalisten Milliardenbeträge ins Ausland, um sich fremde Märkte und Völker zu unterwerfen. Während ein Teil der Arbeiter ins Elend absinkt, erlebt der Luxuskonsum der feinen Gesellschaft einen neuen Aufschwung. Der Verbrauch von Kaviar kletterte im Krisenjahr 1975 auf die Rekordhöhe von 36,8 Tonnen und lag damit um rund 30 % über dem Absatz von 1974 (nach Süddeutsche Zeitung vom 11.2.76).

Es zeigt sich: Die in der kapitalistischen Gesellschaft, die arbeiten und allen Reichtum schaffen, haben gerade ein Minimum zum Leben, und die, die nicht produzieren, sondern nur kommandieren, eignen sich allen Reichtum an. Das wird so lange so sein, wie die Fabriken, Maschinen, alle Produktionsmittel einigen wenigen privaten Eigentümern gehören. Nicht den Bedürfnissen der Menschen, sondern ihrem Streben nach Profit ordnen sie die ganze Produktion unter. Ist es da ein Wunder, daß sie Kommunisten entlassen, die sagen: Die Arbeiter müssen das private Eigentum an Produktionsmitteln beseitigen und die Produktion in ihre eigenen Hände nehmen und den Sozialismus aufbauen? Das ist gar kein Wunder, denn so wie die Verhältnisse sind, müssen die Kapitalisten wirklich fürchten, daß die Werktätigen begreifen, wo sie den Hebel ansetzen müssen, um die herrschenden Verhältnisse umzustoßen.

Die Geschäftsleitung hat von der Behörde die Information bekommen, daß ich wegen meiner politischen Auffassung aus dem Schuldienst entlassen worden bin. Die Staatsorgane arbeiten aufs engste mit den Kapitalisten zusammen. Alle, die sich gegen die herrschenden Zustände äußern, werden von einem Heer von Spitzeln des Verfassungsschutzes überprüft. Von vorne bis hinten dient der Staatsapparat den Kapitalisten. Für die Werktätigen Erhöhung der Steuern und Abgaben und Gebühren, für die Kapitalisten Steuererleichterungen und Milliardensubventionen. Und wo sich das Volk dagegen zur Wehr setzt, greift der Staat zur Schikane und zur Gewalt.

Verfolgungsmaßnahmen und Unterdrückung nützen den Kapitalisten und ihrem Staat nichts. Es sind die Verhältnisse, die den Widerstand hervortreiben.

(...)

24. März 76 Flora Veit